



Masterarbeit im Rahmen des  
Postgraduiertenstudiengangs Europawissenschaften Berlin

vorgelegt von

**Dietmar Zühlke**

Magister Artium (Geschichte [Hauptfach], VWL und Öffentliches Recht)

E-Mail: dietmar.zuehlke@gmx.net

# Die Schaffung von Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen in EU-Beitrittsländern am Beispiel Rumäniens

Betreuer 1: Prof. Dr. Ansgar Belke

Universität Hohenheim

Institut für Volkswirtschaftslehre, Lehrstuhl für Außenwirtschaft (520E)

Betreuer 2: Prof. Dr. Volker Nitsch

Freie Universität Berlin

Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Steuerung durch und von FDI</b>	<b>3</b>
2.1	Definition von FDI	3
2.2	Wirkung und Grenzen von FDI	5
2.3	Kurzfristig nicht-beeinflussbare Standortfaktoren	9
<b>3</b>	<b>Wirtschaftsentwicklung Rumäniens seit 1990</b>	<b>10</b>
<b>4</b>	<b>Schaffung von Rahmenbedingungen für FDI</b>	<b>13</b>
4.1	Rechtliche Maßnahmen	15
4.1.1	Rechtssicherheit	15
4.1.2	Eigentumsrecht	19
4.1.3	Gesellschaftsrecht und bürokratische Hürden	21
4.1.4	Wettbewerbsrecht	25
4.2	Wirtschaftliche Maßnahmen	27
4.2.1	Steuersystem	27
4.2.2	Investitionsgesetzgebung	29
4.2.3	Privatisierung	33
4.2.4	Öffentliche Infrastruktur	36

4.2.5	Förderung des Images Rumäniens im Ausland . . . . .	38
4.3	Politische Maßnahmen . . . . .	40
4.3.1	Korruptionsbekämpfung . . . . .	40
4.3.2	Internationale Kooperationen . . . . .	43
4.3.3	Beziehungen zur EU und die Verwendung von EU-Geldern . .	47
<b>5</b>	<b>Ergebnisse</b>	<b>50</b>
5.1	Reformauswirkungen auf FDIs in Rumänien . . . . .	50
5.2	Gesamtbewertung der Investitionspolitik Rumäniens . . . . .	53
5.3	Lehren für zukünftige EU-Beitrittskandidaten . . . . .	57
<b>6</b>	<b>Schlussbetrachtung und Forschungsausblick</b>	<b>59</b>
<b>7</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>61</b>

## Abkürzungsverzeichnis

AHK	Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer
APAS	Agentur für Privatisierungen und Verwaltung staatlicher Betriebe
ARIS	Agentur für Auslandsinvestitionen
AVAS	Agentur für Privatisierungen
bfai	Bundesagentur für Außenwirtschaft
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIT	Bilaterale Investitionsabkommen
BTI	Bertelsmann Transformation Index
CAGR	Compound Annual Growth Rate
CICD	Centre for International Cooperation and Development
CPI	Corruption Perception Index
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
EU	Europäische Union
FDI	Foreign Direct Investment (= Ausländische Direktinvestitionen)
FIC	Foreign Investors Council
FPI	Foreign Portfolio Investments
INSSE	National Institute of Statistics
ISPA	Instrument for Structural Policies for Pre-Accession
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
NASMEC	National Agency for Small & Medium Sized Enterprises & Co-operatives
NBR	National Bank of Romania
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PHARE	Poland Hungary Assistance for Restructuring the Economy
PPP	Public-Private Partnership
S.A.	Societatea pe actiuni (=Aktiengesellschaft)
SAPARD	Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development
S.R.L.	Societatea cu raspudere limitata (= GmbH)
UNCTAD	UNO Handels- und Entwicklungskonferenz
UNO	Vereinte Nationen
VO	Verordnung
WTO	Welthandelsorganisation

# Abbildungsverzeichnis

1	FDI-Beitrag zum Wachstum . . . . .	7
2	Standortfaktoren . . . . .	14
3	Verwendung und Kategorisierung von Maßnahmen . . . . .	14
4	Arbeit der Gerichte als Investitionshürde . . . . .	18
5	Vertragsdurchsetzung . . . . .	19
6	Eigentumsrechte . . . . .	21
7	Geschäftsgründung . . . . .	24
8	Markt- und Wettbewerbsordnung . . . . .	27
9	Steuersystem . . . . .	30
10	Privatisierungserfolge . . . . .	35
11	Entwicklung des Privatsektors im Vergleich . . . . .	36
12	Infrastruktur . . . . .	39
13	Korruptionsbekämpfung . . . . .	44
14	Internationale Kooperation . . . . .	46
15	Investitionsgesetzgebung: BITs . . . . .	46
16	Entwicklung FDI-Zufluss . . . . .	51
17	Pro-Kopf FDI-Zufluss . . . . .	52

# 1 Einleitung

Kaum jemand in der Europäischen Union (EU) hätte dies 1996 wohl prophezeit: Rumänien, das lange Zeit als das „Sorgenkind Europas“<sup>1</sup> bezeichnet worden war, scheint zehn Jahre später den Anschluss an Europa geschafft zu haben. Rumänien verzeichnet Wachstumsraten von über 5%. Inflation und Arbeitslosigkeit sind sowohl im europäischen als auch im regionalen Vergleich auf respektablem Niveau, und die Karpatenrepublik steht kurz vor dem EU-Beitritt.

Interessant ist es hierbei zu verstehen, wie es den rumänischen Regierungen gelungen ist, die jahrelange Stagnation zu überwinden. Jüngste Studien zeigen, dass dabei ausländische Direktinvestitionen (= Foreign Direct Investments, FDIs) eine entscheidende Rolle gespielt haben.<sup>2</sup> Doch mit welchen Maßnahmen gelang es Rumänien, ausländische Investoren so erfolgreich anzulocken, dass die FDI-Zuflüsse 2005 über 20mal höher als noch 1996 gewesen sind?

Dieser Frage wird in der vorliegenden Masterarbeit, „Die Schaffung von Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen in EU-Beitrittsländern am Beispiel Rumäniens“, nachgegangen. Dabei wird untersucht, welche Rahmenbedingungen Rumänien geschaffen hat, die FDIs begünstigen, und wie erfolgreich Rumänien hierbei gewesen ist. Es wird in der Arbeit auch der Aspekt untersucht, wie der Investitionsstandort Rumänien heute im Vergleich zu anderen europäischen postkommunistischen Staaten zu bewerten ist und inwieweit Rumänien als Vorbild für zukünftige EU-Beitrittskandidaten fungieren kann. Hierbei stehen die staatlich beeinflussbaren Tätigkeiten im Fokus. Auf eine Analyse privatwirtschaftlicher und regionalpolitischer Maßnahmen zur Attraktivierung von FDIs, die durchaus gegeben waren und sind, muss im Rahmen dieser Arbeit verzichtet werden.

Für die Untersuchung der Frage, wie günstige Rahmenbedingungen für FDIs geschaffen werden können, bietet sich Rumänien besonders an, da es noch kein EU-Mitgliedsland ist und deshalb eine relativ eigenständige Investitionspolitik betreiben kann. Zudem ist Rumänien mit knapp 22 Mio. Einwohnern groß genug und erhält außerdem ausreichend große FDI-Mengen, sodass durch Einzelinvestitionen Verzerrungen der Analysen nicht zu befürchten sind.

---

<sup>1</sup>Menzer, Jörg K., Rumänien: Realität ist besser als der Ruf - Vom Sorgenkind Europas zum Vorreiter, in: Ost-West-Contact, 4, 2006.

<sup>2</sup>Vgl. Neuhaus, Marcus, Direktinvestitionen: Der Wachstumsmotor in Mittel- und Osteuropa, in: Deutsche Bank Research, EU-Monitor, 24.6.2005, S.14-20.

Im nachfolgenden Kapitel 2 wird der Begriff FDI definiert, die generelle Bedeutung von FDIs untersucht und schließlich herausgearbeitet, welche Rahmenbedingungen für FDIs von rumänischen Regierungen beeinflusst werden können und welche nicht. Kapitel 3 gibt einen kurzen Abriss der wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens seit 1990 wieder.

Im Hauptteil der Arbeit (Kapitel 4) werden die zwölf Maßnahmen zur Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen von FDIs diskutiert und anhand Rumäniens empirisch untersucht, die die größte Wirkung versprechen. Entsprechend dem interdisziplinären Charakter der Masterarbeit und zur Verdeutlichung der unterschiedlichen Ansätze und Zuständigkeiten staatlicher Investitionspolitik wird eine Kategorisierung in rechtliche, wirtschaftliche und politische Maßnahmen vorgenommen.

In Kapitel 5 der Arbeit werden die Ergebnisse der Reformpolitik untersucht, d. h. wie diese Maßnahmen sich bei FDIs in Rumänien ausgewirkt haben, wie die Investitionspolitik Rumäniens im Gesamten zu bewerten ist und welche Lehren hieraus für andere EU-Beitrittskandidaten gezogen werden können. Die Arbeit wird mit einer Schlussbetrachtung und einem Forschungsausblick abgerundet (Kapitel 6).

Veröffentlichungen zu Auslandsinvestitionen in Rumänien gibt es bisher vor allem von internationalen Organisationen, Banken und Wirtschaftsverbänden.<sup>3</sup> Die Darstellungen konzentrieren sich jedoch in der Regel auf eine Jahr-zu-Jahr-Perspektive, es fehlt eine Gesamtbetrachtung. Der Umfang wissenschaftlicher Literatur zum Thema ist gering und reduziert sich auf rein wirtschaftswissenschaftliche Perspektiven. Der hier angestrebte interdisziplinäre Blick bleibt meist wenig beleuchtet. Die vielleicht gelungenste Arbeit zu dem Themenkomplex ist von W. Müller<sup>4</sup>; sie diskutiert die FDIs in Rumänien allerdings vor allem als Phänomen der Systemtransformation und hat weniger die staatlichen Handlungszwänge und Spielräume im Blick. Insofern mag diese Arbeit mit ihrer interdisziplinären Betrachtungsweise als Beitrag zur Schließung einer Lücke in der wissenschaftlichen Literatur angesehen werden.

Die Analysen der Arbeit werden durch zahlreiche Graphiken veranschaulicht. Die Primärdaten, auf denen sie beruhen, sind in den meisten Fällen durch eigene Auswertungen weiterentwickelt worden.

---

<sup>3</sup>Siehe z. B. Europäische Kommission, May 2006 Monitoring Report Romania, Brüssel 16.05.2006; Bank Austria Creditanstalt, Investitionsleitfaden Rumänien, 2. Auflage, Wien 2006; International Business Promotion, Romanian Business Digest, Bukarest 2006.

<sup>4</sup>Vgl. Müller, Waldemar, Ausländische Direktinvestitionen in Rumänien - Einfluss auf die Systemtransformation und EU-Integration, Erlangen 2005.

## 2 Steuerung durch und von FDI

Im Folgenden wird dargestellt, welche Begriffe für das Verständnis von FDI zentral sind, wie Staaten und Unternehmen FDI beurteilen und welche Standortfaktoren von Regierungen kurzfristig nicht beeinflusst werden können. Dabei wird auch auf die Relevanz dieser Definitionen und Faktoren für Rumänien eingegangen.

### 2.1 Definition von FDI

Die Investitionstheorie kennt mehrere Begriffspaare, deren Abgrenzung im Kontext der Arbeit relevant ist. Zu definieren sind hierbei (1) FPI vs. FDI, (2) „Greenfield“ vs. „Brownfield Investments“ und schließlich (3) „Outsourcing“ vs. „Offshoring“.

(1) Der Begriff FPIs (Foreign Portfolio Investments) verkörperte in der Literatur bis in die 60er Jahre die klassische Idee von Auslandsinvestitionen. FPIs beinhalten den Besitz von Wertpapieren und anderen Finanzanlagen ohne Kontrolle auf den Ausgeber der Wertpapiere etc. Dabei zielen sie auf Zinseinkünfte ab.<sup>5</sup>

Der Terminus FDI hingegen bezieht sich auf alle Beteiligungen und Käufe, die von Ausländern getätigt werden und die keine Portfolioinvestitionen (Fonds etc.) beinhalten.<sup>6</sup> Voraussetzung ist dabei ein „long-term investment relationship between a resident entity and a non-resident one [implying] that the investor exerts a significant degree of influence on the management of the direct investment enterprise.“<sup>7</sup> Von signifikantem Einfluss wird in der Regel - und auch in Rumänien - gesprochen, wenn der Investor mindestens 10% des gezeichneten Kapitals hält. FDI können aus Kapitalbeteiligungen oder Eigenkapital bestehen. Zu FDI werden demnach auch Fusionen und Übernahmen gezählt. Andere Einflussmöglichkeiten, die häufig die Voraussetzung von FDI-Beteiligungen erfüllen, sind Unterverträge, Franchising, Turnkey Arrangements, Leasing, Lizenzen etc.<sup>8</sup> Darüber hinaus werden auch Gewinne zu FDI gezählt, die von ausländischen Investoren reinvestiert werden; allerdings werden diese nicht in allen Ländern dokumentiert.<sup>9</sup> Unterschieden wird bei FDI zudem zwischen

<sup>5</sup>Vgl. Gokkent, Giyas M., *Theory of foreign portfolio investment*, Miami 1997; Fischer, Bernhard, *Foreign portfolio investment in emerging markets. A panacea for economic development?*, HWWA-Report 148, Hamburg 1995.

<sup>6</sup>Vgl. Hauser, Frank, *Country risk and Foreign Direct Investment in Transition Countries*, München 2005, S.16.

<sup>7</sup>National Bank of Romania, *Foreign Direct Investment in Romania*, Bukarest 2005, S.1.

<sup>8</sup>Vgl. UNCTAD, *World Investment Directory, Volume VIII. Central and Eastern Europe 2003*, New York/ Genf 2003, S.64f.

<sup>9</sup>Vgl. ebd und: OECD, *Investment Policy Reviews Romania*, Paris 2005, S.20.



dem jährlichen Zu- (bzw. Abfluss) von FDI's und den akkumulierten Nettobestand von FDI's.<sup>10</sup>

Die rumänische Datenerhebung orientiert sich an den internationalen Grundsätzen für die Bestimmung von FDI's von IWF<sup>11</sup> und OECD.<sup>12</sup> Bis 2005 sammelte die Rumänische Zentralbank die relevanten Daten auf der Basis eines Übernahme-, eines Schuldenregisters sowie von Bankeninformationen ein. Seitdem koordinieren Banken den Transfer der Daten, die dann vom staatlichen Statistikamt (INSSE) ausgewertet werden. Eine Sektorauswertung findet nur auf sehr aggregiertem Niveau statt.<sup>13</sup>

(2) Wie dargestellt besteht eine Vielzahl von Beteiligungsformen für ausländische Investoren, die häufigsten sind jedoch Greenfield und Brownfield Investments.

Greenfield Investments sind Unternehmensneugründungen im Empfängerland, bei denen der ausländische Investor teilweise oder vollständig rechtliche und operative Verantwortung übernimmt. Brownfield Investments entsprechen Akquisitionen, also dem Erwerb eines Unternehmens oder Unternehmensteiles im Empfängerland durch eine ausländische Firma. Zu Brownfield Investments gehört auch die Privatisierung, der wichtigste Treiber für FDI's in den osteuropäischen<sup>14</sup> Transformationsländern.<sup>15</sup>

Ob sich Unternehmen für ein Greenfield oder ein Brownfield Investment entscheiden, hängt u. a. davon ab, welche Fertigungstiefe die Firma besitzt, wie risikoavers sie ist und welche staatlichen Rahmenbedingungen attraktiver sind.<sup>16</sup>

(3) Ferner abzugrenzen voneinander sind im Kontext der Analyse von Auslandsinvestitionen die Begriffe Outsourcing und Offshoring. Outsourcing fällt nicht unter FDI's, sondern beschreibt in der Regel den Einkauf eines Unternehmens von Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland. Im rumänischen Fall fände sich beispielsweise ein Call-Center, das in Bukarest für eine deutsche Mobilfunkfirma arbeitet, als rumänische Outsourcing-Dienstleistung im Exportteil der Handelsstatistik wieder.<sup>17</sup>

<sup>10</sup>Nettobestand = Bestand Jahr 0 + Zufluss Jahr 1 - Abfluss Jahr 1.

<sup>11</sup>Vgl. IWF, Balance of Payments Manual, 5. Auflage, Washington 1993.

<sup>12</sup>Vgl. OECD, Benchmark Definition of Foreign Direct Investment, 3. Auflage, Paris 1995.

<sup>13</sup>Vgl. OECD, Policy, S.20.

<sup>14</sup>Der Begriff „Osteuropa“ wird in der Arbeit weit ausgelegt und umfasst: Estland, Lettland, Litauen, Belarus, Ukraine, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedonien, Albanien, Moldova, Bulgarien und Rumänien.

<sup>15</sup>Siehe ausführlich dazu Abschnitt 4.2.3; vgl. Hauser, S.9; Neuhaus, Direktinvestitionen, S.15.

<sup>16</sup>Vgl. Görg, Holger, Analysing Foreign Market Entry: The choice between Greenfield investments and Acquisitions, Journal of Economic Studies, 27, 3, 2000, S.165-181.

<sup>17</sup>Vgl. Grossman, Gene M.; Helpman, Elhanan, Outsourcing vs. FDI in industry equilibrium, in: Journal of the European Economic Association, 1, 2003, S.317-327, S.318.; Wullenkord, Axel, Entwicklungen und Perspektiven im Outsourcing, in: Ders. (Hg.), Praxishandbuch Outsourcing.

Offshoring ist in der Regel eine besondere Form von Greenfield Investment, bei der Produktionsaktivitäten ins Empfängerland verlegt werden. Zu denken ist hierbei z. B. an die Fabrikverlagerung eines Automobilherstellers. Kein Offshoring betreiben hingegen z. B. Einzelhändler, die lediglich eine (Verkaufs-)Filiale im Ausland betreiben. Beim Offshoring sind die Risiken für Investoren besonders groß, da die Investitionskosten (Fabrikbau etc.) sehr hoch sind und eine solche Entscheidung nur schwer rückgängig zu machen ist.<sup>18</sup> In Rumänien besteht derzeit nur ein Bruchteil der FDI's aus Offshoring. In dieser Arbeit werden alle Formen von FDI's untersucht.

## 2.2 Wirkung und Grenzen von FDI's

Bei der Betrachtung der Wirkung von FDI's sind - verallgemeinert - drei Perspektiven möglich: (1) Die Perspektive des Herkunftslandes, (2) die der investierenden Firmen und (3) die des Empfängerlandes.

(1) Die Auswirkung von Auslandsinvestitionen auf das Herkunftsland wird schon lange diskutiert.<sup>19</sup> Die eine Argumentationslinie sieht vor allem negative Auswirkungen für den Heimatmarkt, da sie die Verringerung der heimischen Fertigungstiefe dadurch befürchtet, dass vermehrt Firmen im Ausland produzieren oder Vorleistungen im Ausland einkaufen. Dieser Zusammenhang wird von Hans-Werner Sinn (IFO-Institut) als Basarökonomie bezeichnet.<sup>20</sup> Optimistischere Vertreter<sup>21</sup> weisen darauf hin, dass die Empirie, z. B. für Deutschland, im Gegenteil zeigt, dass die Fertigungstiefe in den vergangenen Jahren gestiegen ist. Dies liegt vor allem an der Betrachtungsweise: Während Vertreter der Basarökonomie v. a. die verarbeitende Industrie im Blick haben, verweisen ihre Kritiker auf die Gesamtwirtschaft, die, z. B. in Deutschland, in zunehmenden Maße von Dienstleistungen geprägt ist, deren Wertschöpfungstiefe konstant gestiegen ist. Amiti und Wei haben schließlich auch darauf hingewiesen, dass die westlichen Industrienationen heute noch deutlich mehr

---

Strategisches Potenzial, aktuelle Entwicklung, effiziente Unterstützung, München 2005, S.3-12, S.3ff.

<sup>18</sup>Boes, Andreas; Schwemmler, Michael, Was ist Offshoring?, in: Dieselben (Hg.), Bangalore statt Bötlingen? Offshoring und Internationalisierung im IT Sektor, Hamburg 2005, S.9-12, S.10f.

<sup>19</sup>Vgl. Cohen, Benjamin J., Foreign Investment by United States Corporations as a Way of Reducing Risk, Discussion Paper No. 151, Economic Growth Center, New Haven/CT 1972; Literaturüberblick bei: Kokko, Ari, The home country effects of FDI in developed countries, Working Paper 225, ELIS, April 2006, S.7f.

<sup>20</sup>Vgl. Sinn, Hans-Werner, Die Basar-Ökonomie. Deutschland: Exportweltmeister oder Schluslicht?, Berlin 2005.

<sup>21</sup>Vgl. z. B. Horn, Gustav; Behncke, Stefanie, Deutschland ist keine Basarökonomie, in: DIW Wochenbericht, 40, 2004.

Insourcing, v. a. von Dienstleistungen, betreiben als Outsourcing.<sup>22</sup>

(2) Zu der Frage, warum Firmen Investitionen im Ausland tätigen, gibt es eine Vielzahl von Theorien. An dieser Stelle wird die Übersicht auf drei Ansätze beschränkt: das Ownership-Location-Internalization-Paradigma (OLI), die Theorie der horizontalen FDI's und schließlich die der vertikalen FDI's.<sup>23</sup>

Das **OLI-Paradigma**, das im wesentlichen auf Dunning<sup>24</sup> zurückgeht, gilt als die erste Theorie, die genauer untersucht, aus welchen Gründen Firmen FDI's tätigen. Danach entscheiden sich Firmen dann für FDI's, wenn sie (a) einen komparativen Vorteil, wie einen technologischen Vorsprung durch Patente, Skaleneffekte etc., besitzen und diesen aus dem Heimatmarkt auf den ausländischen Markt übertragen können (**O**wnership), (b) wenn der ausländische Markt besonders attraktive Faktoren, wie z. B. geringe Steuersätze, großes Absatzpotenzial etc., für die Firma ausweist (**L**ocation) und (c) wenn es der Firma möglich ist, auch vor- und nachgelagerte Stufen der Wertschöpfungskette im Empfängerland zu kontrollieren, da ansonsten die Transaktionskosten für Beschaffung und Kontrolle zu hoch wären (**I**nternalization).<sup>25</sup>

Eine zweite Theorie, die der **horizontalen FDI's**, z. B. vertreten durch Markusen<sup>26</sup> und Brainard<sup>27</sup>, basiert auf der Annahme, dass Firmen generell an Zusammenschlüssen mit anderen Firmen interessiert sind, durch die sie Synergieeffekte, vor allem durch geringere Produktions- und Beschaffungskosten, erwarten. Zusammenschlüsse mit ausländischen Firmen sind dann attraktiv, wenn in den Herkunftsländern der fusionierenden Firmen möglichst wenige Unterschiede, z. B. hinsichtlich des Rechtsrahmens und des Lohnniveaus, bestehen.<sup>28</sup>

Die Theorie von Helpman hingegen, die die Entstehung von **vertikalen FDI's** beschreibt, geht davon aus, dass gerade divergierende Faktorintensitäten in verschiede-

<sup>22</sup>Vgl. Amiti, Mary; Wei, Shang-Jin, Fear of Service Outsourcing: Is It Justified?, IMF Working Paper 186, 2004, S.1-41, S.20.

<sup>23</sup>Siehe zu der Auswahl der Theorien: Hauser, Country Risk, S.7-11.

<sup>24</sup>Vgl. Dunning, John H., Trade, Location of Economic Activity and the MNE: A Search for an Eclectic Approach, in: Ohlin, Bertil; Hesselborn, Per Ove; Wijkman, Per Magnus (Hg.), The International Allocation of Economic Activity, London 1977, S. 395-418.

<sup>25</sup>Vgl. Hymer, Stephen H., The International Operations of National Firms: A Study of Direct Foreign Investment, Cambridge 1976, S.41-46.; Dunning, Global Economy, S.429; Ders., Multinational Enterprises and the Global Economy, Wokingham 1993, S.56-61.

<sup>26</sup>Entwickelt bereits 1984. Einen guten Überblick gibt Markusen, James R.; Maskus, Keith E., General Equilibrium Approaches of the Multinational Firm: A Review of Theory and Evidence, Working Paper 8334, National Bureau of Economic Research, Cambridge/MA 2001.

<sup>27</sup>Vgl. Brainard, William, A Simple Theory of Multinational Corporations and Trade with a Trade-off between Proximity and Concentration, Working Paper 4269, National Bureau of Economic Research, Cambridge/MA 1993.

<sup>28</sup>Vgl. Markusen, Theory.

nen Ländern zur Aufteilung von Firmen auf mehrere Standorte führen können, z. B. in einen für hochqualifizierte und einen für niedrigqualifizierte Mitarbeiter. Demnach bieten FDI's die Möglichkeit, durch Aufgliederung einer Firma die Wertschöpfungskette kostenseitig zu optimieren.<sup>29</sup>

Allen vorgestellten Theorien ist gemeinsam, dass zwar eine genaue Evaluierung der Voraussetzungen für FDI's notwendig ist, dass aber bei Erfüllung dieser Faktoren die investierenden Firmen durchaus positive Effekte verzeichnen können.

(3) Insbesondere für die ex-kommunistischen Länder in Osteuropa hat die Forschung gezeigt, dass FDI's in den Empfängerländern einen wichtigen Hebel für den Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft darstellen. Zu denken sind hierbei an Wachstums-, Beschäftigungs- und Ausbildungseffekte-, Struktur- sowie an Kapital- bzw. Finanzeffekte.<sup>30</sup>

Als wichtigster positiver Effekt von FDI's wird im Allgemeinen das **Wirtschaftswachstum** genannt. Tatsächlich waren FDI's 1994-2003, mit einem Anteil von 74%, der wichtigste Treiber für das Wachstum in Osteuropa. Abbildung 1 zeigt darüber hinaus, dass diese Korrelation insbesondere auch für Rumänien gültig ist.<sup>31</sup>

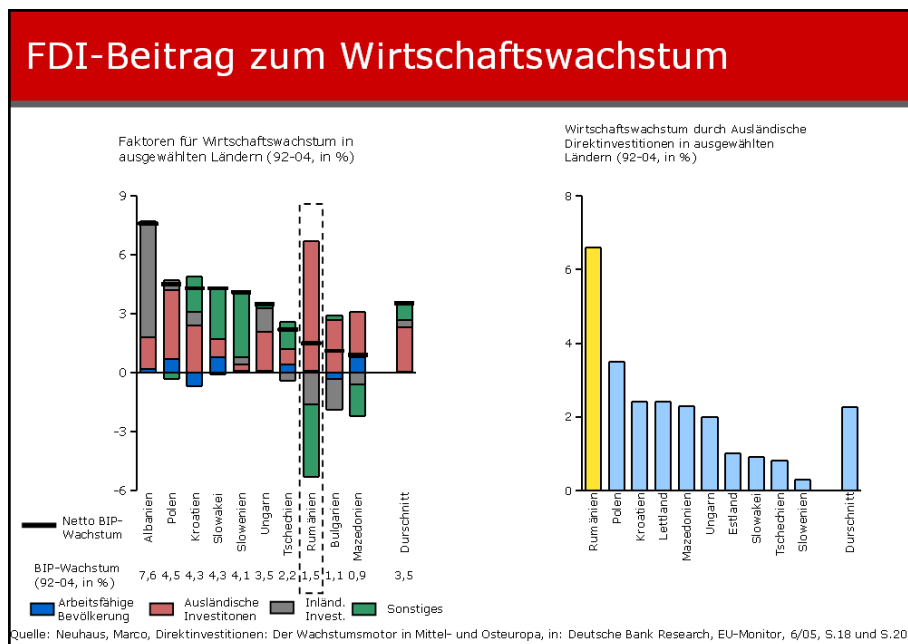


Abbildung 1: FDI-Beitrag zum Wachstum

Weitere positive Auswirkungen von FDI's für das Empfängerland können die di-

<sup>29</sup>Vgl. Helpman, Elhanan, A Simple Theory of Trade with Multinational Corporations, Journal of Political Economy 92, 1984, S.451-471; weiterentwickelt in: Helpman, Elhanan, Multinational Corporations and Trade Structure, Review of Economic Studies 52, 1995, S.443-58.

<sup>30</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.111-137 und Neuhaus, Direktinvestitionen, S.14ff.

<sup>31</sup>Vgl. Neuhaus, Direktinvestitionen, S.14.

rekten und indirekten Effekte für **Beschäftigung und Ausbildung** sein. (Direkte) Einstellungen sind v. a. bei Firmenneugründungen zu erwarten, während bei anderen FDI-Formen in der Regel die indirekten Effekte überwiegen, also die Einstellungen durch vor- und nachgelagerte Industriebetriebe.<sup>32</sup> Zudem profitieren die Beschäftigten in den Empfängerländern von den Schulungs- und Ausbildungsmaßnahmen, die Investoren einführen müssen, damit die Mitarbeiter z. B. die neuen Maschinen bedienen können. FDI bewirkt schließlich den Transfer von technologischem Wissen, das die Produktivität steigert und unabhängig vom Investor im Land bleibt.<sup>33</sup>

Ferner beschleunigen FDI nach herrschender Meinung den Transformationsprozess bestehender **Markt- und Wettbewerbsstrukturen**. Dies ist insbesondere im Rahmen von Privatisierungen der Fall. Des Weiteren stehen FDI häufig in engem Zusammenhang mit einem Ausbau der Infrastruktur und einer Verbesserung der Rechtssicherheit. Gleichwohl sind diese Effekte nicht notwendigerweise Folge von FDI, sondern Maßnahmen, die Regierungen nutzen, um Investoren anzulocken.<sup>34</sup>

Schließlich wird häufig auf die positiven Effekte von FDI auf **Finanzen und Kapital** des Empfängerlandes verwiesen. Demnach stärkt der Kapitalzufluss durch Privatisierungen die Liquidität des Staates. Außerdem tragen FDI und zur Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten bei.<sup>35</sup>

Andererseits können FDI auch negative Effekte für die Empfängerländer haben. So zeigen Studien, dass inländische z. T. durch ausländische Investitionen verdrängt werden (crowding out).<sup>36</sup> Denkbar ist ferner eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit von Regierungen, die durch den Druck ausländischer Firmen verursacht werden kann, wenn es um das Aushandeln günstiger Investitionsbedingungen geht. Weiter verschlechtern investitionsfreundliche Regelungen häufig - zumindest kurzfristig - die soziale Situation der Bürger (Kündigungsschutz, Wohlstandsverteilung etc.).<sup>37</sup>

Wie gefährlich die Abhängigkeit von ausländischem Kapital sein kann, bewies die Mexiko-Krise (1994/95). Eine Rezession und politische Unsicherheiten führten zu einer schlagartigen Kapitalflucht ausländischer Investoren. Nur mit Hilfe eines Bail-

<sup>32</sup>Siehe UNCTAD, World Investment Report 1996, Investment, Trade and International Policy Arrangements, New York/ Genf 1996, S.166ff. und Cluse, Reinhard, Ausländische Direktinvestitionen in den Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas. Ansätze zur Verbesserung der Standortqualität, Freiburg 1999, S.98ff.

<sup>33</sup>Vgl. Dunning, Global Economy, S.372ff., 287ff.

<sup>34</sup>Vgl. Cluse, ADI, S.120ff. und 128ff.; Müller, Rumänien, S.126ff. und 131ff.

<sup>35</sup>Vgl. IWF, Romania, S.50.; Müller, Rumänien, S.112ff.; kritischer: Cluse, ADI, S.95ff., 114ff.

<sup>36</sup>Vgl. Neuhaus, Direktinvestitionen, S.19.

<sup>37</sup>Vgl. Dunning, Global Economy, S.431ff. und Müller, Rumänien, S.116.

outs des IWF konnte Mexiko schließlich die ausstehenden Kredite zurückbezahlen. Zwar waren im Fall Mexikos primär FPIs betroffen, doch die hohe Zahl an FDI, von der sich Investoren plötzlich zu trennen versuchten, verschärfte die Krise.<sup>38</sup>

Letztlich überzeugt jedoch die Auffassung, dass die durchaus bestehenden (meist kurzfristigen) negativen Auswirkungen von Auslandsinvestitionen zumindest langfristig durch die positiven Effekte für die Empfängerländer überlagert werden.<sup>39</sup> Fraglich ist allerdings, inwieweit die FDI selber diese Effekte haben oder ob nicht vielmehr die Bemühungen der Empfängerländer, ausländische Investoren anzulocken, die Schaffung von bestimmten Rahmenbedingungen forcieren.

### 2.3 Kurzfristig nicht-beeinflussbare Standortfaktoren

Bei der Analyse von Rahmenbedingungen von FDI ist es für Regierungen elementar zu verstehen, welche Faktoren von ihnen kurzfristig beeinflusst werden können.<sup>40</sup> So kann eine Regierung, wie die rumänische, die Unternehmenssteuern relativ kurzfristig senken, um Rumänien für Investoren attraktiver zu machen, während das Landesklimate beispielsweise keine Handlungsvariable darstellt.

Im Folgenden wird analysiert, welche kurzfristig nicht-beeinflussbaren Faktoren Rumänien als Investitionsstandort ausmachen.<sup>41</sup> Zu denken ist hierbei an (1) die Marktgröße, (2) die natürlichen Ressourcen, (3) das Klima, (4) die geographischen Gegebenheiten und (5) die Bevölkerungsstruktur.<sup>42</sup>

(1) Rumänien ist mit knapp 240 Tsd. qm ungefähr so groß wie die alte Bundesrepublik und mit 21,7 Mio. Einwohnern nach Polen der größte Markt in Osteuropa. Vorteilhaft wirkt sich zusätzlich aus, dass die Bevölkerung relativ gleichmäßig im Land verteilt ist und es 20 Städte mit mehr als 150 Tsd. Einwohnern gibt.<sup>43</sup> Allerdings stellt sich der demographische Wandel in Rumänien als besonders dramatisch dar: Ein deutlicher Geburtenrückgang und eine steigende Sterblichkeitsrate sowie eine Auswanderungswelle nach 1990 führten zu einem Bevölkerungsrückgang von 4,9% (1992-2002), dessen Ende auch 2005 (0,4%) nicht abzusehen war.<sup>44</sup>

<sup>38</sup>Siehe z. B. Fiesser, Caroline, Die mexikanische Finanzkrise 1994/95 und ihre Auswirkungen auf die Reform des Internationalen Währungsfonds, Hamburg 2004.

<sup>39</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.135f.

<sup>40</sup>Unter kurzfristig ist hierbei ein Periode von vier Jahren zu verstehen.

<sup>41</sup>Eine ausführliche Analyse der beeinflussbaren Faktoren erfolgt in Kapitel 4.

<sup>42</sup>Siehe hierzu auch: Müller, Rumänien, S.140ff.

<sup>43</sup>Vgl. bfai, Wirtschaftsführer, S.13 und 47.

<sup>44</sup>Vgl. Maniu, Mircea; Kallai, Ella; Popa, Dana, Explaining growth. Country report: Romania (1990-2000), Bukarest 2001, S.25 und EBRD, Strategy for Romania, London 2005, S.12.

(2) Rumänien verfügt über zahlreiche Bodenschätze, insbesondere gibt es signifikante Öl-, Gas-, Salz-, Gold- und Silbervorkommen. Jüngere Funde weisen auch auf Potenzial für den Abbau von Blei, Zink, Kupfer, Eisen und Mangan hin. Dennoch müssen zahlreiche Rohstoffe, wie z. B. Öl, importiert werden, da mit dem Abbau bislang noch nicht großflächig begonnen wurde. Ferner bietet Rumänien gute Möglichkeiten für Land- und Forstwirtschaft (40% bzw. 25% der Landesfläche).<sup>45</sup>

(3) Das Klima in Rumänien ist gemäßigt kontinental, auch wenn die Temperaturbandbreite von bis zu 39 Grad Celsius im Sommer und -24 Grad Celsius<sup>46</sup> einen Risikofaktor für den landwirtschaftlichen Anbau darstellen kann.

(4) Zudem profitiert Rumänien von Absatzmöglichkeiten in fünf angrenzenden Nachbarstaaten und weiteren wichtigen Absatzregionen in geographischer Nähe, wie in Westeuropa, auf dem Balkan, in zahlreichen Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), im Nahen Osten und in Nordafrika. Grund dafür ist v. a. eine sehr gute Verkehrsanbindung zu Wasser (Schwarzes Meer und Donau).<sup>47</sup>

(5) Rumänien besitzt schließlich eine relativ homogene Bevölkerung, die zu 90% rumänisch-stämmig ist. Auch die religiöse Homogenität - 87% der Rumänen gehören der rumänisch-orthodoxen Kirche an - kann als Vorteil für wirtschaftliche Aktivitäten gewertet werden. Als wenig nachteilig hat sich in der Vergangenheit herausgestellt, dass die Rumänen romanischer Abstammung sind und nicht, wie die meisten ihrer Nachbarn, slawische Wurzeln haben.<sup>48</sup>

Im Ergebnis stellen die kurzfristig nicht-beeinflussbaren Faktoren Rumäniens im Wesentlichen Vorteile für potenzielle Investoren dar.

### 3 Wirtschaftsentwicklung Rumäniens seit 1990

Nachfolgend wird dargestellt, (1) welche Grundtendenzen die rumänische Wirtschaft seit 1990 bestimmt haben, (2) welche Faktoren zum jüngsten Wirtschaftsaufschwung führten, (3) wie Rumäniens Schlüsselindikatoren heute zu bewerten sind und (4) welche Wirtschaftsentwicklung Rumänien zu erwarten hat.

(1) In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der

---

<sup>45</sup>Siehe: PI Partners, Legal considerations for foreign investors, in: RBD 2006, S.53-56, S.56; Rabobank, Country Report Romania, Bukarest 2006, S.2; Maniu, Explaining growth, S.24.

<sup>46</sup>Vgl. bfai, Wirtschaftsführer, S.13.

<sup>47</sup>Vgl. ebd.; EBRD, Country Fact Sheet Romania, London 2006, S.4.

<sup>48</sup>Vgl. bfai, Wirtschaftsführer S.15 und 17f.; Boia, Lucian, Historische Wurzeln der politischen Kultur Rumäniens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 27, 2006, S.13-20, S.14.

Diktatur unter Ceaucescu (1965-1989) war die rumänische Wirtschaftsentwicklung von einem schwerfälligen Transformationsprozess von einem sozialistisch kontrolliertem Staat zu einer Marktwirtschaft geprägt. Doch auch spezifisch rumänische Probleme behinderten den Wirtschaftsaufschwung. Dies waren zum einen die schlechten Startbedingungen Rumäniens auf Grund einer - auch im sozialistischen Vergleich - desolaten Wirtschaftslage Ende der 80er Jahre, die vor allem den völlig veralteten Industrieanlagen, dem Bestreben Ceaucescus nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit und dem starken Fokus auf eine ineffiziente Landwirtschaft geschuldet waren.<sup>49</sup> Zum anderen erholte sich die rumänische Wirtschaft auf Grund massiver innenpolitischer Schwierigkeiten im Vergleich zu anderen Transformationsländern deutlich langsamer. Entschlossene Reformen wurden u. a. durch die Allianz aus Ex-Kommunisten (unter Präsident Ilescu) und Rechtsradikalen bis 1996 verhindert.<sup>50</sup>

All diese Faktoren führten zu einem drastischen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das sich 1992 lediglich auf 37% des Niveaus von 1989 befand.<sup>51</sup> Eines der größten Probleme war dabei die grassierende Inflation, die 1997 155% erreichte. Zudem stellten sich ein massiver Beschäftigungsabbau, große ökonomische Probleme der Staatsbetriebe und eine Erosion der Staatsfinanzen ein.<sup>52</sup>

Das Ende der Balkankriege und die Überwindung der Finanzkrise Ende der 90er Jahre bedeuteten den wirtschaftlichen Wendepunkt. Die Mitte-Rechts-Regierung unter Präsident Constantinescu (ab 1996) forcierte, angetrieben durch die EU-Beitrittsperspektive, die überfälligen Wirtschaftsreformen.<sup>53</sup>

(2) Die wichtigsten Faktoren für den jüngsten Wirtschaftsaufschwung waren die stark ansteigenden Auslandsinvestitionen und die positive Exportentwicklung.

Bis in die späten 90er Jahre galt Rumänien als sehr risikoreiches Land für Investitionen.<sup>54</sup> Daher flossen FDIs anfangs nur spärlich nach Rumänien (z. B. lediglich €100 Mio. im Jahr 1993). Erst mit Zunahme der Privatisierungen ab 1997 gab es massive FDI-Zuwächse. 1997 überstieg der FDI-Zufluss mit €1,1 Mrd. die akkumulierten Auslandsinvestitionen der Jahre 1991-1996. 2004 erreichten die Zuflüsse €4,1

---

<sup>49</sup>Vgl. Leïße, Olaf, Rumänien und Bulgarien vor dem EU-Beitritt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 27, 2006, S.6-13, S.11 und siehe: bfai, Wirtschaftsführer, S.32f.

<sup>50</sup>Siehe Rabobank, Romania, S.2.; Müller, Rumänien, S.144f; Maniu, Explaining growth, S.14f; Gabanyi, Anneli Ute, Rumänien vor dem EU Beitritt, SWP, Berlin 2005, S.22.

<sup>51</sup>Vgl. IWF, Datenbank, [www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2005/01/data](http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2005/01/data).

<sup>52</sup>Vgl. Leïße, EU-Beitritt, S.11; Bank Austria, Rumänien, S.8.

<sup>53</sup>Vgl. Bank Austria, Rumänien, S.10.

<sup>54</sup>Siehe International Finance Group, Evaluation Brief: IFC Operations in Romania, 2005.



Mrd. und 2005 €5,2 Mrd.<sup>55</sup> Der FDI-Bestand hat sich von 1996 bis 2005 mit einer Compound Annual Growth Rate (CAGR)<sup>56</sup> von 34% von \$1,2 Mrd. auf \$17,1 Mrd. erhöht.<sup>57</sup> In Kapitel 5 wird die Komposition der FDIs im Detail analysiert.

Rumänien war bis Ende der 80er Jahre eine nur begrenzt offene Volkswirtschaft. Der „openness indicator“<sup>58</sup> lag 1991 lediglich bei 25%, konnte aber auf 80% (2003) gesteigert werden und befindet sich damit auf dem Niveau Polens. Insbesondere der Export stieg mit einem CAGR von 19% (1999-2005) stark an.<sup>59</sup> Eine weitere Öffnung der rumänischen Wirtschaft ist im Zuge des EU-Beitritts zu erwarten.<sup>60</sup>

Rumänien handelte im Jahre 2005 Güter im Werte von €52,3 Mrd. Das Außenhandelsvolumen hat sich damit seit 1991 (€7,1 Mrd.) mehr als versiebenfacht. Das Handelsdefizit betrug allerdings 2005 11% des BIP, was wiederholt zu Kritik an der Abhängigkeit der rumänischen Wirtschaftskraft von Importen geführt hat.<sup>61</sup>

Russland hat erheblich an Gewicht in der Handelsstatistik Rumäniens verloren (24% (1991) vs. 4% (2004)). Vielmehr sind heute die EU 25 Rumäniens wichtigster Handelspartner mit über 71% des Gesamthandels. Die rumänischen Exporte sind stark von Textilprodukten (31%) und Maschinen (19%) abhängig.<sup>62</sup>

Weitere wichtige Faktoren für den rumänischen Wirtschaftsaufschwung waren die Steigerung des privaten Konsums mit Wachstumsraten bis zu 10,8% (2004), die Währungsreform (2004), die zu einer Aufwertung des Leu in den ersten acht Monaten 2005 um 12% führte, die Förderung durch die EU und die Einführung der Flat Tax.<sup>63</sup>

(3) Die Reformen der 90er Jahre führten zu einem höheren BIP, geringer Inflation und sinkender Arbeitslosigkeit. Zudem steht der EU-Beitritt unmittelbar bevor.

<sup>55</sup>Vgl. NBR, FDI, S.2.; Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Datenbank über ausländische Direktinvestitionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, 1.6.2006, S.1-4, S.3.

<sup>56</sup>Durchschnittliches Wachstum = (jüngster Wert/ Ausgangswert)<sup>1/# der Jahre - 1</sup>.

<sup>57</sup>Vgl. Larive, Foreign Direct Investment in Romania, in: RBD, S.43-52, S.45; eigene Berechnung.

<sup>58</sup>(Exporte + Importe)/ BIP; vgl. Maniu, Explaining growth, S.68 und 73.

<sup>59</sup>Vgl. World Trade Organization, World Trade Statistics 2005, Washington 2006, S.41; ABN-AMRO Romania, Romania vs. Poland - A narrowing gap, in: RBD, S.21-26, S.23; Europäische Kommission, Rumänien. Umfassender Monitoring-Bericht 2005, Brüssel 25.10.2005, S.116.

<sup>60</sup>Vgl. Nitsch, Volker; Sturm, Daniel M., The Trade Liberalization Effects of Regional Trade Agreements, Conference Paper, 7th Annual Conference on Global Economic Analysis, Washington DC 2004, S.1-33, S.15.

<sup>61</sup>Vgl. National Bank of Romania, Macroeconomic Statistics, in: RBD, S.270-286, S.270; Rabobank, Romania, S.7; OECD, Country Fact Sheet Romania, Paris 2005, S.13; eigene Berechnungen.

<sup>62</sup>Vgl. Europäische Kommission, DG Trade, EU-Romania bilateral trade and trade with the world, Brüssel 29.04.2005; Deloitte, Romania - Economic Overview, in: RBD, S.29-34, S.31; Uvalic, Milica, Regional Cooperation in Southeastern Europe, in: Southeast Europe and Black Sea Studies, 1, 1, 2000, S.1-27, S.12.

<sup>63</sup>Vgl. Abschnitte 4.2.1. und 4.3.3. Siehe HVB Bank, Romania. Focus on EU accession, in: RBD, S.17-18, S.17; Banca Comerciala Romana, Evolution and Prospects of the Romanian Economy, in: RBD, S.67-73, S.68; Dresdner Bank, Investieren in Mittel- und Osteuropa, 09/2004, S.21.

Ab 2000 stellte sich ein deutlicher Wirtschaftsaufschwung ein. 2003 erreichte das **BIP** erstmals wieder das Niveau von 1989. Nach Wachstumsraten von 8,3% (2004) und 5,3% (2005) erreichte Rumänien ein BIP von €74 Mrd. (2005).<sup>64</sup> Dabei stieg das Pro-Kopf-Einkommen der Rumänen von \$1.650 (2000) auf \$4.250 (2005). Allerdings lag die rumänische Pro-Kopf-Kaufkraft immer noch bei nur 35% des EU 25 Wertes.<sup>65</sup>

Die Steuer- und Währungsreformen sowie geringere Lohnsteigerungen führten zu deutlich niedrigeren **Inflationsraten**, waren aber 2005 mit 9% nach 11,9% im Jahr zuvor im EU-Vergleich weiterhin hoch.<sup>66</sup>

Die **Arbeitslosigkeit** lag im Jahr 2005 bei 5,9% und ist damit deutlich seit ihrem Höhepunkt im Jahr 1999 (11,8%) gesunken. Besonders zu beachten ist allerdings die Beschäftigungsstruktur. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten besitzt der landwirtschaftliche Sektor mit 32% der Beschäftigten (2004) für den rumänischen Arbeitsmarkt weiterhin eine sehr große Bedeutung.<sup>67</sup>

(4) Der Ausblick für die rumänische Wirtschaft unter Präsident Basescu (seit 2004) ist optimistisch. Experten erwarten ein BIP-Wachstum von 4,5% für 2006 und 5,2% für 2007 bei fallenden Inflationsraten auf 6,5% bzw. 4,8%. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich auf 5,5% (2006) und 5,3% (2007) sinken.<sup>68</sup> Die Investitionsagentur ARIS rechnet für 2006 mit FDIs in Höhe von €5,8 bis 6,2 Mrd. Die wichtigsten Wachstumsfaktoren werden neben dem weiteren Anstieg der FDIs der zügige EU-Beitritt, ein weiteres Exportwachstum, positive Auswirkungen der Steuerreform und eine Erhöhung der Staatsquote sein.<sup>69</sup>

## 4 Schaffung von Rahmenbedingungen für FDI

Im Folgenden wird analysiert, inwieweit es den rumänischen Regierungen gelungen ist, zum Erfolg führende Rahmenbedingungen für FDI zu schaffen. Dabei werden unterschiedliche Maßnahmen zur Beeinflussung des Investitionsklimas untersucht.

Eine gute Basis, um die kurzfristig beeinflussbaren Maßnahmen für die Attraktivierung von FDI zu identifizieren, ist die Sicht der ausländischen Investoren. So

<sup>64</sup>Zahlen für 2005 sind vorläufig; s. Maniu, Explaining growth, S.22; bfai, Wirtschaftsführer, S.33.

<sup>65</sup>Vgl. Larive, Romania, S.45; Rabobank, Romania, S.2; Eurostat, News Release 79, 15.6.2006.

<sup>66</sup>Vgl. Europäische Kommission, Candidate Countries Economies Quarterly, 1. Quartal 2005.

<sup>67</sup>Vgl. NBR, RBD, S.270; Deloitte, Overview, S.32; EU-Kommission, Monitoring 2005, S.117ff.

<sup>68</sup>Vgl. The Economist Intelligence Unit, Romania outlook for 2006-07, in: RBD, S.37-39, S.39; noch optimistischer ist der IWF: IWF, World Economic Outlook, Washington 2006, S.43.

<sup>69</sup>Vgl. EIU, Outlook, S.39f.; Rabobank, Romania, S.9; Larive, Romania, S.43.

zeigt eine jüngste Umfrage der Deutsch-Rumänischen Industrie- und Handelskammer (AHK) auf, welche Rahmenbedingungen für deutsche Firmen besonders wichtig sind, um in Rumänien zu investieren (Abbildung 2).<sup>70</sup>

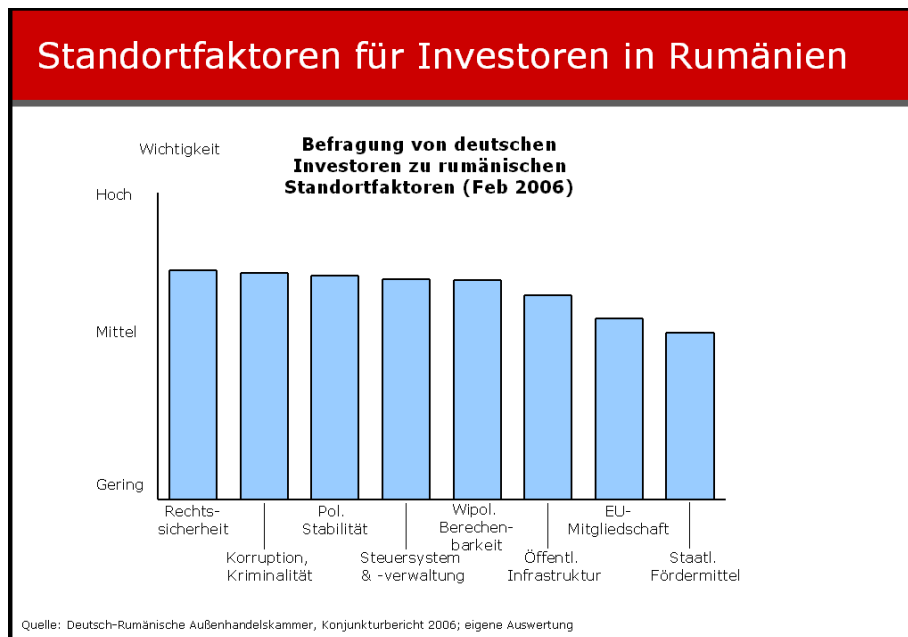


Abbildung 2: Standortfaktoren

Die in der Arbeit untersuchten Rahmenbedingungen für FDIs orientieren sich an Kriterien und Prioritäten der Umfrage (siehe Abbildung 3).

Übersicht Auswahl Maßnahmen und Kategorien				
#	AHK-Umfrage	Masterarbeit		
	Priorisierte Kategorien	Verwendete Maßnahme	Maßnahmenkategorie	Kapitel
1.	Rechtssicherheit	Rechtssicherheit	Rechtlich	4.1.1
	<i>Rechtssicherheit</i>	Eigentumsrechte	Rechtlich	4.1.2
	<i>Rechtssicherheit</i>	Gesellschaftsrecht	Rechtlich	4.1.3
	<i>Rechtssicherheit</i>	Wettbewerbsrecht	Rechtlich	4.1.4
2.	Korruption, Kriminalität	Korruption	Politisch	4.3.1
3.	Politische Stabilität	-	-	-
4.	Steuersystem & -verwaltung	Steuersystem	Wirtschaftlich	4.2.1
	<i>Steuersystem &amp; -verwaltung</i>	Investitionsgesetzgebung	Wirtschaftlich	4.2.2
5.	Wirtschaftspolitische Berechenbarkeit	Internationale Kooperation	Politisch	4.3.2
	<i>Wirtschaftspolitische Berechenbarkeit</i>	Privatisierung	Wirtschaftlich	4.2.3
6.	Öffentliche Infrastruktur	Öffentliche Infrastruktur	Wirtschaftlich	4.2.4
7.	EU-Mitgliedschaft	Beziehungen zur EU & Förderung von EU-Geldern	Politisch	4.3.3
8.	Staatliche Fördermittel	Förderung des Images Rumäniens im Ausland	Wirtschaftlich	4.2.5

Abbildung 3: Verwendung und Kategorisierung von Maßnahmen

Zusätzlich werden die in der AHK-Umfrage genannten Maßnahmen „Rechtssicherheit“, „Steuersystem und -verwaltung“ und „wirtschaftspolitische Berechenbarkeit“ um weitere Maßnahmen ergänzt, die für eine tiefergehende Analyse des Themas

<sup>70</sup>Vgl. Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer, Konjunkturbericht Rumänien 2006, Bukarest 2006. Ähnliche Kategorien finden sich in: IBRD; Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2005. Ein besseres Investitionsklima für Jeden, Washington 2005, S.26.

relevant erscheinen. Darüber hinaus bietet sich eine Kategorisierung der zu untersuchenden Maßnahmen in rechtliche, wirtschaftliche und politische Maßnahmen an. Dies unterstreicht die unterschiedlichen Betrachtungsweisen von Investitionspolitik und die unterschiedlichen Zuständigkeiten innerhalb des (rumänischen) Staates, auch wenn die Grenzen zwischen einzelnen Maßnahmen sicherlich fließend sind.

Nicht berücksichtigt wird im Rahmen dieser Arbeit, die in der AHK-Umfrage aufgeführte „politische Stabilität“, weil hier davon ausgegangen wird, dass sie keine zentrale Rolle (mehr) für die kurzfristige Schaffung von Rahmenbedingungen für FDI darstellt, da die politischen Institutionen in Rumänien weitgehend gefestigt sind.<sup>71</sup> Auch auf die Untersuchung anderer möglicher und interessanter Maßnahmen, wie die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik, sowie monetäre und lokale Steuerungsmaßnahmen muss im Rahmen dieser Arbeit verzichtet werden.

Die Analyse der Maßnahmen erfolgt in vier Schritten:

1. Definition der Maßnahme aus Investorensicht
2. Darstellung der wichtigsten Entwicklungen der Maßnahme
3. Bewertung der Maßnahme
4. Vergleich des rumänischen Standes mit dem in anderen Ländern Osteuropas

## 4.1 Rechtliche Maßnahmen

Die wichtigsten rechtlichen Maßnahmen zur Förderung von FDI sind, basierend auf der AHK-Umfrage, eine hohe Rechtssicherheit, ein liberales Eigentumsrecht, ein flexibles Gesellschaftsrecht und ein effektives Wettbewerbsrecht.

### 4.1.1 Rechtssicherheit

Unter Rechtssicherheit ist aus Sicht von Auslandsinvestoren zu verstehen, dass die Rechtsetzung eindeutig ist, der Staat rechtliche Regelungen konsistent anwendet und Investoren bestehende Rechte, z. B. Vertragsrechte, durchsetzen können.<sup>72</sup>

---

<sup>71</sup>1997 bescheinigte die EU-Kommission Rumänien die Erfüllung des politischen Kopenhagener Kriteriums. Vgl. Bank Austria Rumänien, S.7; Bertelsmann Stiftung (Hg.), Bertelsmann Transformation Index 2006: Romania, Gütersloh 2006, S.7ff.

<sup>72</sup>Vgl. auch OECD, Policy, S.43.

Die mangelnde Rechtssicherheit war für ausländische Unternehmen nach 1990 die gewichtigste Ursache, nur zögerlich in den rumänischen Markt zu investieren.<sup>73</sup> Hauptprobleme waren dabei (1) die geringe Harmonisierung der Gesetze, (2) die mangelnde Verlässlichkeit einer stringenten Regelauslegung durch die rumänischen Behörden und (3) die unzulängliche Durchsetzung der Gesetze durch die Gerichte.<sup>74</sup>

(1) Seit 1990 verabschiedete das rumänische Parlament eine Vielzahl von investitionsbezogenen Gesetzen.<sup>75</sup> Problematisch war hierbei jedoch zum einen, dass Gesetze zum gleichen Themenkomplex sehr häufig geändert wurden. So machten die häufigen Änderungen von Steuersätzen und Bemessungsgrundlagen eine betriebswirtschaftliche Planung für Investoren äußerst schwierig.<sup>76</sup>

Zum anderen wurden häufig neue – meist durchaus EU-konforme – Gesetze erlassen, ohne dass bestehende, z. T. sich widersprechende, Gesetze modifiziert oder aufgehoben wurden. Daraus entstehende Rechtslücken müssen noch heute mit Notverordnungen überwunden werden (allein über 100 im 1. Halbjahr 2005).<sup>77</sup>

Eine wirkliche rechtliche Harmonisierung wurde erst nach 2001 eingeleitet. Inzwischen müssen alle betroffenen Ministerien an der Gesetzgebung beteiligt werden. Auch involvierte Interessengruppen müssen nun vorab konsultiert werden („Sunshine-Law“, 52/2003), sodass insgesamt die Transparenz erhöht und die Zahl der widersprüchlichen Gesetze gesenkt werden konnte.<sup>78</sup>

(2) Große Frustration hat unter Investoren zudem verursacht, dass die Anwendung der bestehenden Regelungen durch die rumänischen Behörden in der Vergangenheit weder besonders verlässlich noch berechenbar gewesen ist.<sup>79</sup>

So wandte die Verwaltung neue Regelungen häufig nur sehr zögerlich an oder revidierte bereits getroffene Entscheidungen. Ein Beispiel ist die Continental AG, der ursprünglich Steuervergünstigungen zugesagt worden waren, die dann auf politischen Druck hin wieder aberkannt wurden.<sup>80</sup> Die wichtigsten Ursachen für das unberechenbare Verhalten der Behörden waren die widersprüchliche Gesetzeslage (siehe oben),

---

<sup>73</sup>Vgl. Dresdner Bank, Investieren, S.22.

<sup>74</sup>Vgl. ebd. und Leïße, Olaf, EU-Beitritt, S.9.

<sup>75</sup>Im Detail dazu in den nachfolgenden Abschnitten.

<sup>76</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.194 und Foreign Investors Council, An investment climate for European Union membership, Bukarest 2002, S.16 und 25.

<sup>77</sup>Vgl. IWF, Country Report Romania. Selected Issues and Appendix, Washington 2001, S.56 und EU-Kommission, Monitoring 2005, S.11.

<sup>78</sup>Vgl. EU-Kommission, Monitoring 2005, S.11; Foreign Investors Council, Immediate measures to increase Foreign Direct Investment in Romania, Bukarest 2005, S.4.; OECD, Policy, S.41.

<sup>79</sup>Vgl. Cluse, ADI, S.301f.

<sup>80</sup>Vgl. FIC, FDI 2005, S.15; Müller, Rumänien, S.195.

die mangelnde Fachkompetenz der Behördenmitarbeiter, aber eben auch die Manipulierbarkeit der Verwaltungsentscheidungen.<sup>81</sup>

U. a. auch auf Druck der EU hin wurde die Reform der Öffentlichen Verwaltung ein fundamentaler Agendapunkt der rumänischen Regierungen seit Ende der 90er Jahre (u. a. Entscheidung 699/2004). Zumindest punktuell wurden Fortbildungen für Verwaltungsbeamte eingerichtet, um eine regelkonforme Verwaltungsanwendung zu gewährleisten. Die Auswirkung der Einführung eines Verhaltenskodex für Beamte (2004) kann bislang noch nicht abgesehen werden.<sup>82</sup>

(3) Das rumänische Gerichtswesen stand in der Vergangenheit regelmäßig in der Kritik, den bestehenden Gesetzen wenig Durchsetzungskraft zu verleihen und z. T. willkürliche Entscheidungen zu treffen. So blieben in der Vergangenheit viele Rechtsfälle unbearbeitet oder manche Urteile nur schwer nachvollziehbar. Insbesondere wurde die Wirtschaftskriminalität nur in geringem Maße verfolgt. Zu erklären ist dies hauptsächlich mit dem starken politischen Druck auf die Richter, der Furcht einiger Richter vor physischer Bedrohung, der geringen Zahl der Richter, der mangelhaften Richterausbildung, der Unterbezahlung und dem veralteten Prozessrecht.<sup>83</sup>

In den letzten Jahren hat sich Rumänien bemüht, die starke Überlastung der Gerichte zu reduzieren. Die Zahl der Richter wurde von 1.513 (1990) auf 3.557 (2004) erhöht.<sup>84</sup> Außerdem wurden die Unabhängigkeit des Justizwesens in der Verfassung festgeschrieben und das Prozessrecht reformiert. So sind u. a. seit 2004 außerordentliche Revisionsverfahren nicht mehr möglich, was Willkürentscheidungen einschränkt. Ferner wird die rechtliche Absicherung von Investoren durch die Einführung eines elektronischen Archivs für Forderungen gefördert. Schließlich hat Rumänien 2005 die OECD-Deklaration zur Stärkung der Rechtssicherheit ausländischer Investoren unterzeichnet.<sup>85</sup>

In der Bewertung der Reformen ist einerseits festzuhalten, dass die geringe Rechtssicherheit weiterhin einer der größten Risikofaktoren für den Investitionsstandort Rumänien ist.<sup>86</sup> Es bestehen immer noch elementare Probleme bei der Gewalten-

---

<sup>81</sup>Vgl. FIC, Climate 2002, S.9.

<sup>82</sup>Vgl. OECD, Policy, S.42; EU-Kommission, Monitoring 2005, S.12.

<sup>83</sup>Vgl. Leiß, EU-Beitritt, S.9; EBRD, Romania, S.15; FIC, Climate, S.9; Menzer, Sorgenkind.

<sup>84</sup>Vgl. National Institute of Statistics, Justice and infringement situation, 2004, S.3, [http://www.insse.ro/anuar\\_2004/zip\\_e2004/chap19-justice.pdf](http://www.insse.ro/anuar_2004/zip_e2004/chap19-justice.pdf).

<sup>85</sup>OECD Declaration on International Investment and Multinational Enterprises. Vgl. OECD, Progress in Investment Reform for Romania. Investment Reform Index, Bukarest 2006, S.18.; OECD, Policy, S.43f.; EU-Kommission, Monitoring 2005, S.14; Menzer, Sorgenkind.

<sup>86</sup>Vgl. FIC, FDI 2005, S.11. und Müller, Rumänien, S.209f.

teilung zwischen Exekutive und Judikative, der Implementierung der Gesetze sowie bei der Anleitung und Fortbildung der Verwaltungsbeamten. Zudem ist die Harmonisierung der Rechtsetzung bei weitem nicht abgeschlossen. Eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Gesetzgeber, Behörden und Gerichten bleibt essentiell, um eine konsistente Gesetzesauslegung zu erreichen.<sup>87</sup>

Andererseits hat sich die Rechtssicherheit in Rumänien ohne Zweifel verbessert. So konnten z. B. die Bestechungsversuche bei geschäftlichen Genehmigungsverfahren seit 2002 deutlich reduziert werden. Ferner konnten Firmen ihre Kosten für die Zusammenarbeit mit der Verwaltung in den vergangenen Jahren senken. Fortschritte hat Rumänien auch bei der Funktionsfähigkeit des Justizwesens gemacht.<sup>88</sup>

Die Verbesserungen (v. a. im Justizbereich) spiegeln sich auch im regionalen Vergleich wider, in dem Rumänien relativ gut abschneidet. So sahen 2005 20% der befragten Investoren die Arbeit der Gerichte Rumäniens zwar als elementare Hürde für Investitionen an, doch gaben dies z. B. 31% für Makedonien an (Abbildung 4).<sup>89</sup>

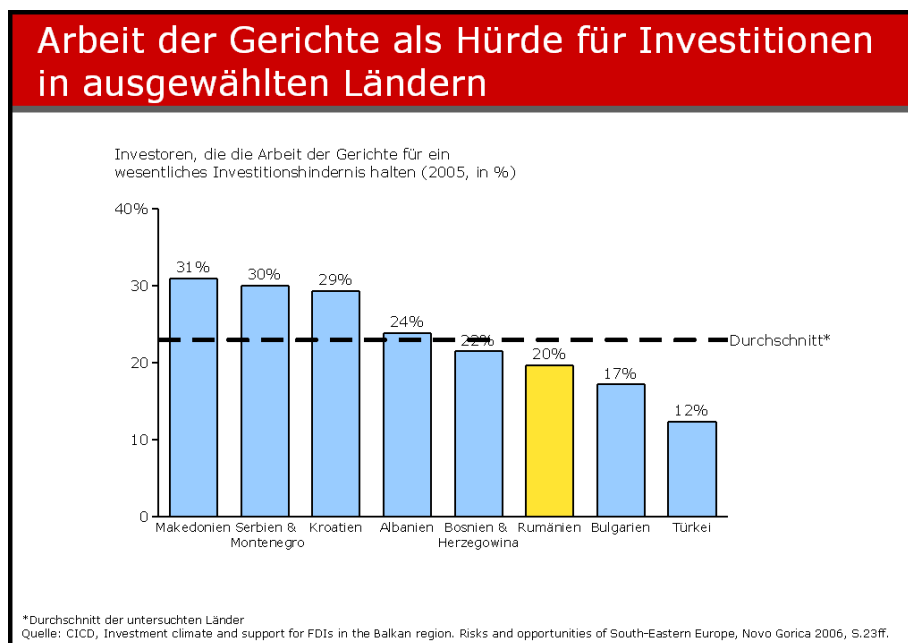


Abbildung 4: Arbeit der Gerichte als Investitionshürde

Darüber hinaus kann Rumänien (inzwischen) auch bei der Durchsetzung von Verträgen im regionalen Vergleich mithalten. Zwar dauert dies in Rumänien mit im

<sup>87</sup>Vgl. Mihai, Alexandra, Romanian Central Public Administration and the challenges of Europeanisation, SWP Working Paper, Berlin 2005, S.1-8; EU-Kommission, Monitoring 2005, S.12.

<sup>88</sup>Vgl. World Bank, Anticorruption in transition 3. Who is succeeding and why?, Washington 2006, S.57 und 60f.; EBRD, Romania, S.5.

<sup>89</sup>Vgl. CICD, Investment climate and support for FDI in the Balkan region. Risks and opportunities of South-Eastern Europe, Novo Gorica 2006, S.23ff.

Durchschnitt 335 Tagen immer noch erstaunlich lange, doch immer noch 105 Tage (oder 30%) kürzer als z. B. in Bulgarien (siehe Abbildung 5).<sup>90</sup>

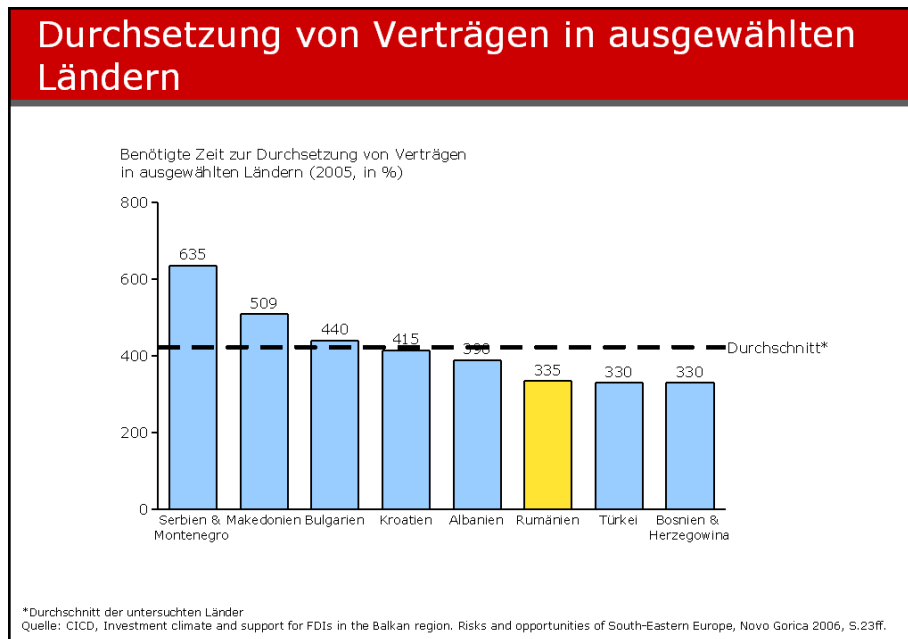


Abbildung 5: Vertragsdurchsetzung

#### 4.1.2 Eigentumsrecht

Für ausländische Investoren bedeutet ein liberales Eigentumsrecht, dass sie möglichst uneingeschränktes Marktzugangsrecht genießen, also Grundstücke und Gebäude erwerben können. Zudem besteht idealerweise Transparenz über Rechte und Pflichten sowie Schutz vor Enteignungen.

Seit dem Ende des Kommunismus sind die Eigentumsrechte ein sehr sensibles Thema in Rumänien gewesen.<sup>91</sup> So wurde das Recht auf Eigentum zwar erstmals im Bodengesetz von 1991 erwähnt, aber erst 2003 auch in der Verfassung festgehalten (Art.41). Die Rückgabe bzw. Entschädigung für bis 1989 enteignete Gebäude wurde erst 2001 gesetzlich geregelt und hält noch an.<sup>92</sup>

Für Ausländer bestehen drei Hauptprobleme im rumänischen Eigentumsrecht: (1) das Verbot von Bodenerwerb durch Ausländer, (2) die geringe Qualität der Grundbücher und (3) der mangelnde Schutz des geistigen Eigentums.

(1) Gemäß Art. 41 Abs. 2 S. 2 der rumänischen Verfassung sind Ausländer grundsätzlich vom Erwerb von Grundeigentum ausgeschlossen. Dies wird sich erst

<sup>90</sup>Vgl. CICA, Climate, S.23ff.

<sup>91</sup>Vgl. Maniu, Explaining growth, S.36.

<sup>92</sup>Vgl. OECD, Policy, S.49; bfai, Wirtschaftsführer, S.24; EU-Kommission, Monitoring 2006, S.4.



mit dem EU-Beitritt prinzipiell ändern.<sup>93</sup> Eine Übergangsregelung findet sich im Gesetz 312/2005, das EU-Bürger mit rumänischem Wohnsitz Rumänen gleichstellt. EU-Bürger, die ihren Wohnsitz nicht in Rumänien haben, dürfen Land erst fünf Jahre und Agrarland erst sieben Jahre nach dem rumänischen EU-Beitritt erwerben.<sup>94</sup> Doch auch nach dem EU-Beitritt Rumäniens können Gesetze den Bodenerwerb durch Ausländer einschränken. So dürfen ausländische Investoren gemäß VO 92/97 Grund und Boden nur über eine rumänische juristische Person erwerben, z. B. nach Gründung einer rumänischen Handelsgesellschaft, und nur, wenn dies zur Ausübung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit notwendig ist. Es ist ausländischen Investoren allerdings auch jetzt schon gestattet, Eigentumswohnungen, Gebäude etc. zu erwerben, wenn sie Gesellschafter mit Sitz in Rumänien sind.<sup>95</sup>

(2) Probleme bereitet Investoren auch die mangelnde Qualität der Grundbücher. Zum einen existieren regional unterschiedliche Regelungen über die Form der Eintragung. Zum anderen besteht voller Rechtsschutz erst drei Jahre nach einer Eintragung. Schließlich gibt es wiederholt Klagen, dass die Grundbücher nur schlecht geführt werden, was zu Besitzstreitigkeiten führen kann.<sup>96</sup> Die rumänische Regierung hat die Defizite jedoch erkannt. Wichtigste Neuerung ist die Einführung einer elektronischen Grundbuchdatenbank, die sich allerdings - anders als z. B. in Kroatien<sup>97</sup> - zur Zeit noch im Aufbau befindet.<sup>98</sup>

(3) Die Verletzung des Patent- und Urheberrechts ist noch immer ein kritischer Faktor für Rumänien. Zwar hat Rumänien das Europäische Patentübereinkommen und andere völkerrechtliche Abkommen zum Schutze geistigen Eigentums unterzeichnet, doch macht deren Umsetzung weiterhin erhebliche Probleme. Auch die Modifizierung des rumänischen Patentgesetzes (203/02) hat diesen Missstand bislang nicht beseitigen können, da der politische Wille und die Kapazitäten fehlen, Verstöße zu ahnden und zu verfolgen.<sup>99</sup> Dies schlägt sich insbesondere in der Produktpiraterie nieder; waren bei Musik-CDs und Schallplatten im Jahr 2001 bereits 70% betroffen, lag dieser Wert 2005 bereits bei 80%. Zum Vergleich: In Polen lag der Wert bei 66%

<sup>93</sup>Vgl. Stalfort, Gisbert, Bodenerwerb nur für Gesellschafter. Besonderheiten des rumänischen Immobilienrechts, in: Ost-West-Contact, 4, 2005.

<sup>94</sup>Vgl. PI Partners, Legal considerations, S.54.

<sup>95</sup>Vgl. Bank Austria, Rumänien, S.47.; Dresdner Bank, Investieren, S.22.

<sup>96</sup>Vgl. Stalfort, Immobilienrecht.

<sup>97</sup>Vgl. Sanader, Ivo, Rede vor der Vertretung der EU-Kommission in Berlin, 13.06.2006.

<sup>98</sup>Vgl. Dresdner Bank, Investieren, S.22.

<sup>99</sup>Vgl. bfai, Wirtschaftsführer, S.167f.

und in Ungarn bei lediglich 30%.<sup>100</sup> Rumänien hat zwar zwei Behörden geschaffen - die Behörde für Geistiges Eigentum und die Behörde zum Schutz von Industriegütern -, doch ihre Mittel und Befugnisse sind zur Zeit noch beschränkt.<sup>101</sup>

Im Ergebnis ist festzustellen, dass der Eigentumserwerb für Ausländer in Rumänien sich ursprünglich als sehr schwierig gestaltete, aber die Marktzugangsbedingungen sich für (insbesondere EU-)Ausländer deutlich verbessert haben. Gemäß dem Bertelsmann Transformation Index (BTI) ist ein weitgehender politischer und rechtlicher Schutz des Eigentums in Rumänien bereits gewährleistet (Abbildung 6). Entscheidend wird für Rumänien sein, die bestehenden Regelungen (z. B. zum Schutz des geistigen Eigentums) noch effektiver umzusetzen. Der regionale Vergleich unterstreicht indes, dass eine weitere Verbesserung des rumänischen Eigentumsschutzes im Zuge des EU-Beitritts zu erwarten ist. So ist auffällig, dass gemäß dem BTI Eigentümer in allen osteuropäischen Beitrittsländern vollen Eigentumsschutz genießen.<sup>102</sup>

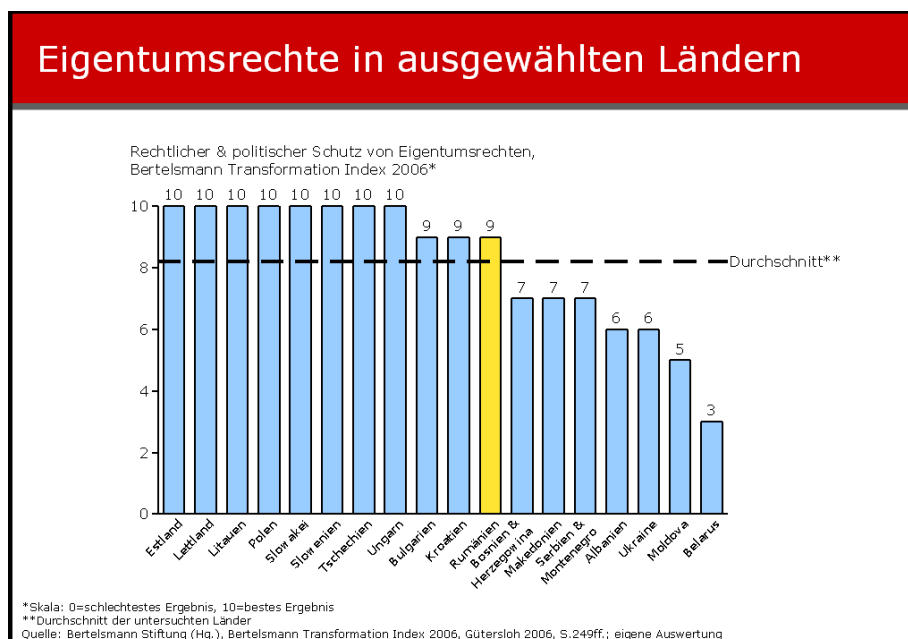


Abbildung 6: Eigentumsrechte

#### 4.1.3 Gesellschaftsrecht und bürokratische Hürden

Ein flexibles Gesellschaftsrecht zeichnet sich für ausländische Investoren idealerweise dadurch aus, dass sie frei aus verschiedenen Gesellschaftsformen gemäß ihrer Bedürf-

<sup>100</sup>Vgl. International Intellectual Property Alliance, Special 301: Romania, 2006, S.358; International Intellectual Property Alliance, Special 301: Poland, 2006, S.346 und International Intellectual Property Alliance, Special 301: Hungary, 2006, S.254.

<sup>101</sup>Vgl. OECD, Progress, S.18 und EU-Kommission, Monitoring 2006, 22.

<sup>102</sup>Vgl. Bertelsmann, BTI 2006, S.249ff; eigene Auswertung.

nisse wählen können und eine weitgehende Gleichbehandlung gegenüber Inländern genießen. Des Weiteren ist für Investoren essentiell, dass die rechtlichen und bürokratischen Hürden für Gesellschaftsgründungen bzw. Beteiligungen minimal sind.

Das rumänische Gesellschaftsrecht, kodifiziert 1990 und revidiert 1998, orientiert sich stark an westeuropäischen Vorbildern und ist (1) hinsichtlich der wählbaren Gesellschaftsformen attraktiv, während (2) der Abbau bürokratischer Hürden für ausländische Firmen nur zögerlich vorangeht.<sup>103</sup>

(1) In Bezug auf die Gesellschaftsformen ist zwischen Firmenneugründungen, Beteiligungen und Übernahmen zu unterscheiden.

Mögliche Gesellschaftsformen bei **Firmenneugründungen** und Zusammenschlüssen (Joint Ventures) sind im Handelsgesellschaftsgesetz (HGG) aufgeführt. Sie stehen prinzipiell In- wie Ausländern zu; die wichtigsten Formen für Ausländer sind die Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Aktiengesellschaft.<sup>104</sup>

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*societatea cu raspudere limitata*, S.R.L.) wird am häufigsten von ausländischen Investoren gewählt, da sie hier den größten Einfluss auf Entscheidungen nehmen können. Dies ist insbesondere bei Greenfield Investments und Joint Ventures der Fall und kommt für Firmen mit Investitionen von über 2 Mio. Lei (ca. €50) in Betracht. Die Gesellschafterzahl ist flexibel (1-50), wobei häufig die Möglichkeit einer Ein-Mann-GmbH genutzt wird.<sup>105</sup>

Aktiengesellschaften (*societatea pe actiuni*, S.A.) werden in der Regel bei Privatisierungen und größeren Joint-Ventures genutzt. Bei Bankengründungen sind sie die einzig mögliche Gesellschaftsform. Die Mindeststammkapitalsumme liegt bei €25 Tsd. Zusammensetzung und Aufgaben von Hauptversammlung, Verwaltungsrat und Aufsichtsrat entsprechen im Wesentlichen dem französischen Modell.<sup>106</sup>

Weitere für ausländische Investoren (v. a. aus steuerlichen Gründen) interessante Gesellschaftsformen bei Neugründungen sind zudem die Kommanditgesellschaft (*societate in comandita simpla*, S.C.S.), die Offene Handelsgesellschaft (*societate in nume colectiv*, S.N.C.) und die Kommanditgesellschaft auf Aktien (*societate in comandita pe actiuni*, S.C.A.). Ausländische Firmen können sich auch mit einer Niederlassung oder einer Tochtergesellschaft in Rumänien ansiedeln.<sup>107</sup>

---

<sup>103</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.149 und 156.

<sup>104</sup>Vgl. Dresdner Bank, Investieren, S.22; Menzer, Jörg K., Firmengründung leicht gemacht. Rechtssicherheit durch bestehende Gesetzgebung, in: Ost-West-Contact, 4, 2005.

<sup>105</sup>Vgl. Menzer, Firmengründung; Müller, Rumänien, S.152.

<sup>106</sup>Vgl. EU-Kommission, Monitoring 2005, S.46; Menzer, Firmengründung.

<sup>107</sup>Vgl. Menzer, Firmengründung; Bank Austria, Rumänien, S.33.

Wollen ausländische Investoren keine eigene Gesellschaft in Rumänien gründen, können sie sich auch an einer bereits bestehenden Firma **beteiligen**. Sie können dabei in allen Wirtschaftssektoren, ausgenommen im Versicherungswesen, bis zu 100% der Unternehmensanteile erwerben. Dies ist möglich durch den Kauf von Unternehmensanteilen oder durch Kauf bei Privatisierungen. Öffentliche Auktionen, Ausschreibungen und PPP-Projekte sind ebenfalls Beteiligungsmöglichkeiten.<sup>108</sup>

**Übernahmen** sind heute durch das Gesetz 31/1990 und die Verordnung 1376/2004 geregelt. Die EU-Richtlinie, die die steuerneutrale Behandlung von Übernahmen verlangt, hat Rumänien bereits umgesetzt.<sup>109</sup>

Die umfassenden Änderungen des HGG von 2003 haben einige Erleichterungen für ausländische Investoren gebracht. So können Gesellschaften in Rumänien auch von ausländischen Personen (ohne Einschränkungen) gegründet und geführt werden. Gleichzeitig wurden die Erwerbs- und Veräußerungsmöglichkeiten von Gesellschaftern und Vorständen verschärft, um missbräuchliches Verhalten zu verhindern.<sup>110</sup>

(2) Rumänien stand lange in dem Ruf, mit hohen bürokratischen Hürden ausländischen Firmen die Verrechtlichung ihrer Tätigkeiten zu erschweren. Besonders wurden die mangelnde Koordination zwischen verantwortlichen Behörden, die langen Antwortfristen und die vielen Registrierungsstufen bemängelt.<sup>111</sup> Erst in jüngster Zeit ist es gelungen, den Abbau von teuren und zeitintensiven bürokratischen Hürden zur Unternehmensgründung voranzutreiben. So wurden u. a. ein neues elektronisches Registrierungssystem und ein kohärentes Antragsverfahren eingeführt, die sich allerdings noch in der Einführungsphase befinden.<sup>112</sup> Ferner konnte für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) 2004 eine Vereinfachung und Verkürzung des Registrierungsprozesses erreicht werden. Dies wurde u. a. mit der zentralen Koordination von KMU-Aktivitäten durch die 2003 gegründete National Agency for Small and Medium Sized Enterprises and Co-operatives (NASMEC) ermöglicht. Für Firmentöchter wurde das Verfahren ebenfalls verkürzt: Sie müssen sich nun lediglich im Amt für Außenhandelsbeziehungen und im Handelsregister anmelden.<sup>113</sup>

Im Ergebnis stellt das Gesellschaftsrecht keine Hürde für ausländische Investoren

<sup>108</sup>Vgl. Dresdner Bank, Investieren, S.22.

<sup>109</sup>Vgl. PI Partners, Legal considerations, S.54; Price Waterhouse Coopers, Managing the accession process: Tax implications, in: RBD, S.77-79, S.77.

<sup>110</sup>Vgl. Bank Austria, Rumänien, S.31.

<sup>111</sup>Vgl. FIC, Climate 2002, S.8; EBRD, Romania, S.20; Müller, Rumänien, S.156.

<sup>112</sup>Vgl. OECD, Policy, S.13

<sup>113</sup>Vgl. EU-Kommission, Monitoring 2005, S.35; Menzer, Sorgenkind; www.animmc.ro.

in Rumänien dar. Vielmehr kann ihm EU-Standard bescheinigt werden. Positiv ist v. a. zu beurteilen, dass die rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten eine hohe Flexibilität aufweisen, es im ganz überwiegenden Maße eine Gleichbehandlung zwischen In- und Ausländern gibt und es keine Beteiligungsobergrenzen für Ausländer gibt.<sup>114</sup>

Kritischer zu bewerten sind die Reformbemühungen zum Bürokratieabbau. Insbesondere ist zu bemängeln, dass der Registrierungsprozess von Firmen weiterhin z. T. sehr kompliziert und langwierig ist. Letztlich zeigt sich hier, dass das Zusammenspiel zwischen rechtlichem Rahmen (häufig durch die EU forciert) und bürokratischer Umsetzung eines der größten Probleme Rumäniens ist. Allerdings ist der Reformwille (v. a. bei den KMUs) unverkennbar.<sup>115</sup>

Die Betrachtung der Nachbarstaaten zeigt darüber hinaus, dass Rumänien trotz aller Schwierigkeiten beim Bürokratieabbau vergleichsweise gut abschneidet. So dauert es in Rumänien inzwischen lediglich elf Tage, um ein Unternehmen zu gründen, während ein Investor in Bulgarien hierfür 32 Tage und in Bosnien und Herzegowina sogar 54 Tage benötigt (siehe Abbildung 7).<sup>116</sup>

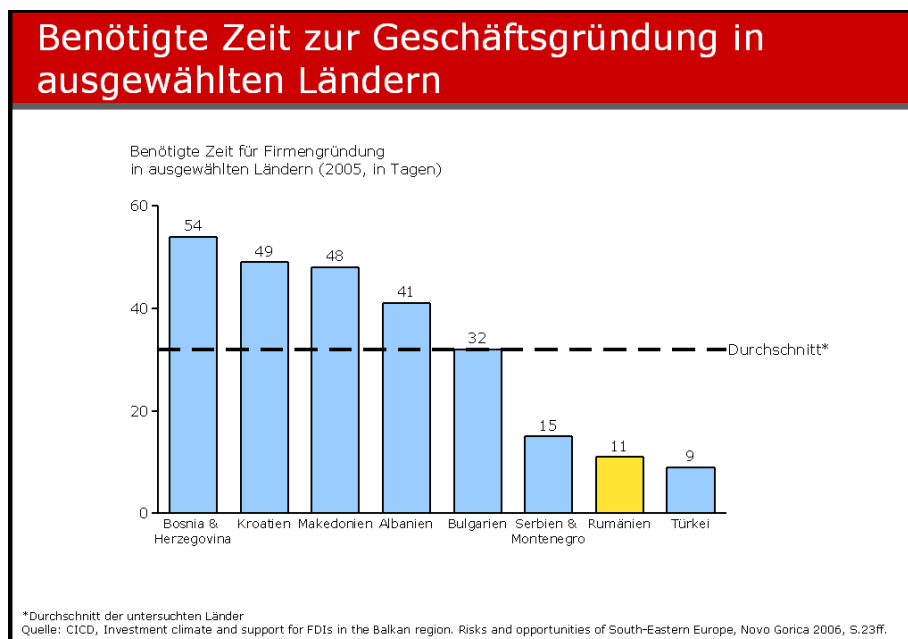


Abbildung 7: Geschäftsgründung

<sup>114</sup>Vgl. EU-Kommission, Monitoring 2005, S.46; Müller, Rumänien, S.156.

<sup>115</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.156.

<sup>116</sup>Vgl. CICD, Climate, S.23ff.

#### 4.1.4 Wettbewerbsrecht

Für Investoren ist ein effektives Wettbewerbsrecht wichtig, damit sie vor Missbrauch durch marktbeherrschende Firmen geschützt werden und sie nicht unter Marktverzerrungen auf Grund von manipulierten staatlichen Beihilfen leiden müssen.<sup>117</sup>

Rumäniens Wettbewerbsrecht war insbesondere der EU lange ein Dorn im Auge. Die späte Auflösung staatlicher Monopole und die intransparente Beihilfepolitik führten dazu, dass die Wettbewerbspolitik neben dem Justizwesen das einzige Feld ist, deren mangelhafte EU-Tauglichkeit einen Beitritt 2007 noch verhindern könnten.<sup>118</sup>

Bis 1996 existierte kein eigentliches Wettbewerbsrecht in Rumänien. Zu deutlichen Veränderungen des Wettbewerbsrahmen kam es erst mittels Unterstützung der EU und durch (1) die Verabschiedung des Wettbewerbsgesetzes, (2) die Einrichtung des Wettbewerbsrates, und (3) die Regelungen der staatlichen Beihilfen. Die Liberalisierung staatlicher Monopole wird unter „Privatisierungen“<sup>119</sup> behandelt.

(1) Das rumänische Wettbewerbsgesetz 21/1996 stellt den Missbrauch einer dominierenden ökonomischen Stellung unter Strafe. Darüber hinaus regelt es die Vorgehensweise bei Preisabsprachen.<sup>120</sup> Eine jüngste Gesetzesnovelle hat zudem die Vorzugsbehandlung staatlicher Firmen abgeschafft. Schließlich wird auch nicht mehr zwischen in- oder ausländischen Firmen unterschieden.<sup>121</sup>

(2) Wichtigstes Instrument zur Durchsetzung der Wettbewerbsregeln wurde der Wettbewerbsrat (1996), der natürliche Monopole überwacht und Marktmissbräuche ahndet. Dabei besitzt er auch die Befugnis, Bußgelder zu verhängen.<sup>122</sup> Die starke Unterbesetzung des Wettbewerbsrates konnte inzwischen behoben werden. So hatte er 2005 272 Mitarbeiter, während es 1998 lediglich 63 gewesen waren. Nachdem lange eine Überlappung der Kompetenzen beanstandet worden war, wurde das bereits seit Jahren bestehende Wettbewerbsamt 2003 in den Wettbewerbsrat integriert.<sup>123</sup>

(3) Anders als im Kartellrecht setzten Reformen bezüglich der staatlichen Beihilfen deutlich später ein. Besonders problematisch war die große Anzahl verdeckter Subventionen, wie etwa die Gewährung von Steuerzahlungsaufschüben für ver-

<sup>117</sup>Vgl. OECD, Policy, S.69; Müller, Rumänien, S.146.

<sup>118</sup>Siehe hierzu im Detail Abschnitt 4.3.3; vgl. Gabanyi, Rumänien, S.12.

<sup>119</sup>Siehe Abschnitt 4.2.3

<sup>120</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.147.

<sup>121</sup>Vgl. OECD, Policy, S.47 und S.61; EU-Kommission, Monitoring 2005, S.48.

<sup>122</sup>Vgl. OECD, Policy, S.61 und 69.

<sup>123</sup>Vgl. Europäische Kommission, Regelmäßiger Bericht der Kommission über Rumäniens Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 1998, S.57 und EU-Kommission, Monitoring 2005, S.48.

lustmachende Firmen und Steuererleichterungen für neue Investoren.<sup>124</sup> So machten die verdeckten Subventionen noch 2000-2003 durchschnittlich 2,8% des BIP aus, während dieser Betrag bei den EU 15 bei lediglich 0,4% lag. Darüber hinaus hat Rumänien in der Vergangenheit wiederholt großzügig krisengeplagte Industrien subventioniert, insbesondere die Stahlindustrie. Das staatliche Beihilfegesetz von 1999, zuletzt 2004 novelliert, hat die Kritik aufgenommen und die rumänischen Vorschriften dem Acquis angepasst. Aus EU-Sicht war dabei auch die Implementierung der neuesten EU-Richtlinie (1/2003) ein wichtiger Fortschritt, der zufolge u. a. die Steuervergünstigungen für Investoren den EU-Standards angepasst wurden.<sup>125</sup>

Im Ergebnis ist für die letzten Jahre ohne Zweifel eine Stärkung des rechtlichen Wettbewerbsrahmens in Rumänien zu konstatieren. 2005 kam die EU-Kommission in ihrem Fortschrittsbericht zu dem Schluss: „Die Angleichung der Kartellvorschriften an den Besitzstand ist abgeschlossen.“<sup>126</sup> Eine entscheidende Rolle in den Reformen hat sicherlich das neue Wettbewerbsgesetz gespielt, das von der UNCTAD sogar als Mustergesetz für Transformationsländer vorgeschlagen wurde.<sup>127</sup> Auch die Beihilfevergabe hat sich insgesamt deutlich verbessert, u. a. wurden seit 2004 keine Beihilfen mehr gebilligt, die nicht im Einklang mit EU-Vereinbarungen stehen.<sup>128</sup> Dass Rumänien gemäß der EBRD seit 1998 gar keine Fortschritte gemacht hat und sich immer noch auf der gleichen Notenskala (2,3 von maximal 5 Punkten) befindet, ist somit nicht nachvollziehbar.<sup>129</sup> Auch eine Verschiebung des EU-Beitritts wegen der Defizite in der Wettbewerbspolitik erscheint wenig gerechtfertigt.

Doch trotz aller Erfolge besteht in allen diskutierten Bereichen weiterhin Reformbedarf. So sind zwar Monopole formal verboten, aber ihr Abbau ist noch immer nicht optimal, sodass zahlreiche Quasi-Monopole bestehen. Beim Wettbewerbsrat wird eine weitere Stärkung der Unabhängigkeit und Widerstandsfähigkeit gegenüber der Politik gefordert.<sup>130</sup> Auch wird das mangelnde Zusammenspiel mit den regionalen Wettbewerbsbehörden kritisiert. Schließlich wird auch bei den Beihilfen der weiterhin lückenhafte Gesetzesvollzug und die mangelnde Koordination zwischen Ministerien

<sup>124</sup>Vgl. FIC, FDI 2005, S.7; FIC Climate 2002, S.28; EU-Kommission, Monitoring 1998, S.31.

<sup>125</sup>Vgl. OECD, Policy, S.14 und 64; Gabanyi, Rumänien, S.12.

<sup>126</sup>EU-Kommission, Monitoring 2005, S.48.

<sup>127</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.147.

<sup>128</sup>Vgl. EU-Kommission, Monitoring 2005, S.101f.; EU-Kommission, Monitoring 2006, S.21 u. 30.

<sup>129</sup>Vgl. EBRD, Romania, S.18 und Bertelsmann, Romania, S.11.

<sup>130</sup>Vgl. Bertelsmann, Romania, S.10; FIC, FDI 2005, S.7.

und nachgelagerten Behörden bemängelt.<sup>131</sup>

Die Defizite in der Implementierung des Wettbewerbs- und Beihilferechts sind letztlich auch der Grund dafür, warum Rumänien im Vergleich zu den bereits beigetretenen EU-Staaten Osteuropas noch erheblichen Aufholbedarf bzgl. seiner Wettbewerbsordnung hat (Abbildung 8). Auch hier besteht gleichwohl die Hoffnung, dass der EU-Beitritt den Anschluss an europäische Standards beschleunigen wird.<sup>132</sup>

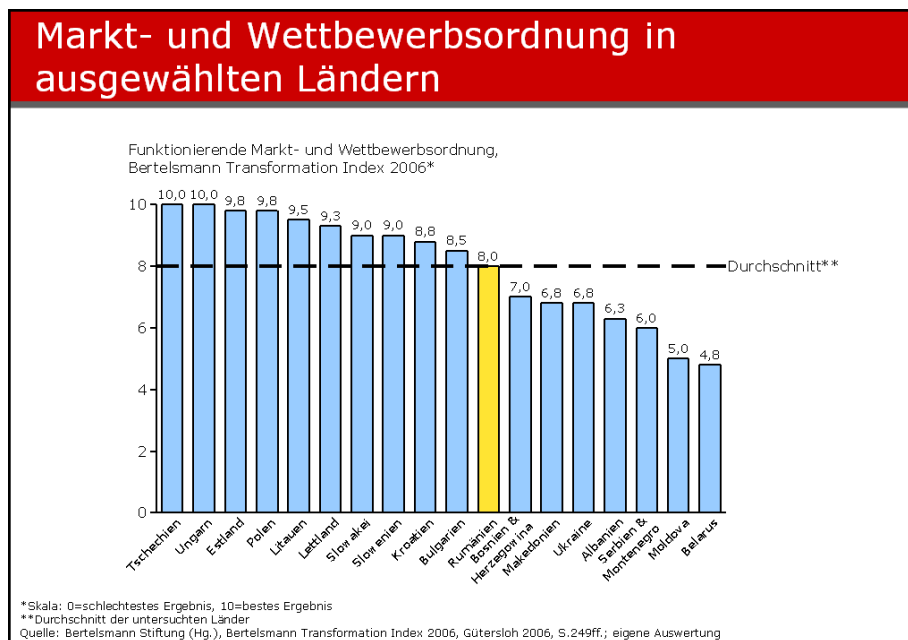


Abbildung 8: Markt- und Wettbewerbsordnung

## 4.2 Wirtschaftliche Maßnahmen

Die wichtigsten wirtschaftlichen Maßnahmen zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für FDI sind ein gut funktionierendes Steuersystem, eine attraktive Investitionsgesetzgebung, eine effektive Privatisierungspolitik, eine ausreichende öffentliche Infrastrukturpolitik und die Förderung des Images im Ausland.<sup>133</sup>

### 4.2.1 Steuersystem

Bezüglich eines leistungsfähigen Steuersystems sind für ausländische Investoren drei Aspekte essentiell: (1) die Transparenz der Steuerpolitik, (2) die Steuerart und der Steuersatz sowie schließlich (3) die Arbeit der Steuerverwaltung.<sup>134</sup>

<sup>131</sup>Vgl. OECD, Policy, S.69.; Müller, Rumänien, S.101f.; EU-Kommission, Monitoring 2006, S.22.

<sup>132</sup>Vgl. Bertelsmann, BTI 2006, S.249ff und Bertelsmann, Romania, S.10f.

<sup>133</sup>Siehe hierzu die Ergebnisse der AHK-Umfrage in Abbildung 2.

<sup>134</sup>Ähnlich Müller, Rumänien, S.174f.



Die negative Bewertung aller drei Aspekte war der Grund dafür, dass ausländische Firmen Rumänien lange als schwierigen Investitionsstandort bewerteten.<sup>135</sup>

(1) Die inkonsistente und lediglich kurzfristig angelegte Steuerpolitik Rumäniens hat jahrelang inländische wie ausländische Investoren verunsichert. Ursache waren einerseits die Vielzahl der eingesetzten Maßnahmen, wie Steuereinführungen, Steuersätze, Bemessungsgrundlagen, Absetzungsmöglichkeiten etc. und andererseits die mangelnde Transparenz und die Unzuverlässigkeit der politischen Entscheidungen.<sup>136</sup>

Seit 2003 hat sich die rumänische Regierung allerdings verstärkt bemüht, die rechtliche Vereinheitlichung voranzutreiben und die Transparenz der Gesetzgebung zu erhöhen. 2004 trat ein neues Steuergesetzbuch in Kraft, das die Steuergesetzgebung Rumäniens erstmals vereinheitlichte. Dabei wurden die fiskalischen Grundsätze harmonisiert und die Prozedur für Widerspruchsverfahren kodifiziert.<sup>137</sup>

(2) In einer ersten Reform des Steuersystems wurden 1999 u. a. die Körperschafts- und die Mehrwertsteuer auf 25% bzw. 19% gesenkt. Im Jahr 2005 fand eine umfassende Steuerreform in Rumänien statt, die auch als „big-bang tax reform“ bezeichnet wurde.<sup>138</sup> Die bisher progressive Einkommenssteuer mit Steuersätzen von 18% bis 40% wurde durch eine Einheitssteuer („flat tax“) ersetzt und auf 16% festgeschrieben. Der Unternehmenssteuersatz wurde von 25% auf ebenfalls 16% gesenkt. Ausländische und inländische Firmen werden hierbei gleich behandelt. Schließlich wurden viele Abzugsmöglichkeiten abgeschafft.<sup>139</sup>

(3) Wie bei anderen zuvor diskutierten Maßnahmen haben auch beim Steuersystem Investoren die Umsetzung als besonders problematisch bewertet. So wurde den lokalen Behörden wiederholt vorgeworfen, die steuergesetzlichen Änderungen entweder schlecht oder gar nicht umzusetzen, was die Planungssicherheit der Investoren erheblich eingeschränkt hat. Z. B. wurden wiederholt zugesprochene Steuererleichterungen vor Ende des Ablaufes der rechtlich verbindlichen Periode von den lokalen Behörden nicht mehr gewährt.<sup>140</sup> Darüber hinaus galt die Steuerverwaltung als inkompetent und unorganisiert. Seit 2000 wurden verstärkt Maßnahmen zur Modernisierung der Steuerverwaltung getroffen, u. a. durch eine verstärkte Elektronisierung

---

<sup>135</sup>Vgl. FIC, Climate 2002, S.8, EU-Kommission, Monitoring 1998, S.62f.

<sup>136</sup>Vgl. Dresdner Bank, Investieren, S.22.

<sup>137</sup>Vgl. PI Partners, Legal considerations, S.56; Bank Austria, Rumänien, S.42.

<sup>138</sup>Vgl. HVB, Accession, S.18.

<sup>139</sup>Vgl. Bank Austria, Rumänien, S.44 und 46; Haarmann Hemmelrath, Rumänien: Änderungen und Tendenzen im Bereich des rumänischen Steuerrechts, in: Ost-West-Contact, 10, 2005.

<sup>140</sup>Vgl. FIC Climate 2002, S.8.

der Steuereinzahlung, der Einstellung neuer Mitarbeiter und einer verstärkten Zusammenarbeit mit der EU.<sup>141</sup>

Die Bewertung des Steuersystems als Maßnahme zur Attraktivierung von FDI ist eine vorläufige, da die Auswirkungen der jüngsten Reformen noch nicht absehbar sind. Offensichtlich ist, dass die rumänische Regierung bemüht ist, die Steuerpolitik stärker als Standortpolitik zu benutzen. Ein Trend zur Vereinheitlichung und letztlich auch zur Vereinfachung des Wirtschaftsrechts ist nicht zu übersehen. Investoren waren im Ergebnis auch mit der Einführung der Flat Tax durchaus zufrieden.<sup>142</sup>

Fraglich ist jedoch, ob die rumänische Führung wirklich aus der Kritik an ihrer intransparenten Steuerpolitik gelernt hat: Als nach der Einführung der Flat Tax die Steuereinnahmen einbrachen, reagierte die Regierung damit, dass sie zahlreiche Sätze für indirekte bzw. Verbrauchssteuern kurzfristig erhöhte, u. a. die Dividenden-, die Kapitalgewinn- (beide auf 16%), die Alkohol- und die Tabaksteuer.<sup>143</sup> Zwar ist auch hier die Tendenz zur Vereinheitlichung mit der Orientierung an 16% zu erkennen; aber bedenklich ist, dass die Steuerpolitik weiterhin unberechenbar bleibt.

Auch die Diskrepanz zwischen Rechtsrahmen und Verwaltungshandeln bleibt im Steuersystem weiterhin bestehen. So urteilten 50% der deutschen Firmen in einer jüngsten Umfrage (2005), dass die Steuerverwaltung wenig oder gar nicht gesetzes-treu handele.<sup>144</sup>

Der regionale Vergleich zeigt, dass Rumänien sich stark an Vorbildern wie der Slowakei (19%) und Estland (23%) orientiert hat, die gute Erfahrungen mit der Einführung einer Flat Tax gemacht haben. Wie Abbildung 9 verdeutlicht, hat die (Unternehmens-) Steuerreform von 2005 zu einer großen Verbesserung von Rumäniens Wettbewerbsposition in Osteuropa geführt.<sup>145</sup>

#### 4.2.2 Investitionsgesetzgebung

Durch eine attraktive Investitionsgesetzgebung schafft ein Staat besondere Anreize, um Firmen zu Investitionen zu bewegen. In der Regel handelt es sich hierbei um

<sup>141</sup>Vgl. EU-Kommission, Monitoring 2005, S.61f.

<sup>142</sup>Vgl. Walther, Mathias H., IBD/WBF-Wirtschaftsumfrage 05/06: Stimmungshoch bei Unternehmen. Nur wenige Wermutstropfen trüben das Investitionsklima, in: Ost-West-Contact, 4, 2006.

<sup>143</sup>S. Larive, Romania, S.45; Haarmann Hemmelrath, Steuerrecht; Bank Austria, Rumänien, S.46.

<sup>144</sup>Vgl. Walther, Wirtschaftsumfrage und Haarmann Hemmelrath, Steuerrecht.

<sup>145</sup>Vgl. UNCTAD, World Investment Report 2002, Transnational Corporations and Export Competitiveness, New York/ Genf 2002, S.213 und Romanian Agency for Foreign Investment, Investment Climate in Romania. Investments benefit, Berlin, June 2005, S.16; eigene Auswertung.

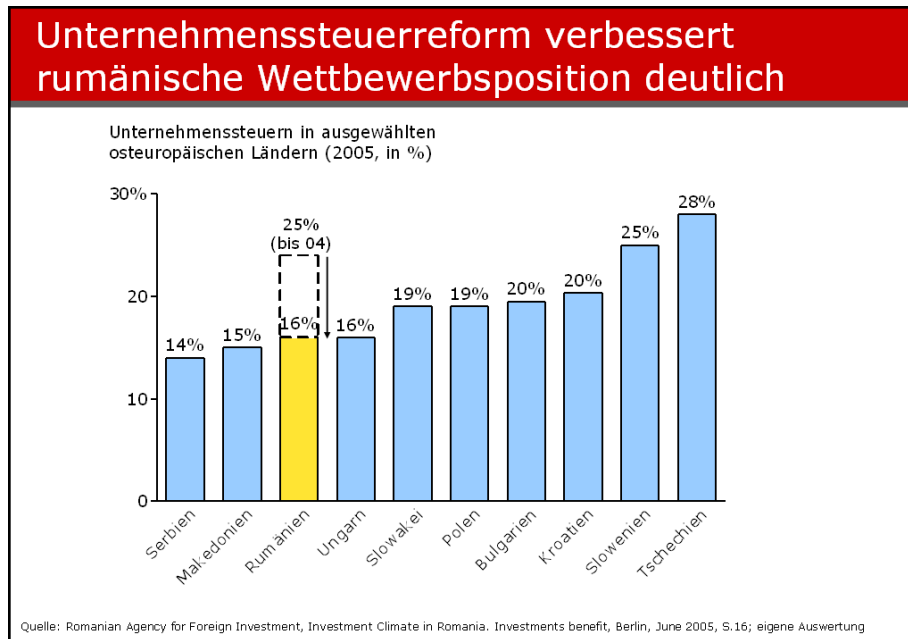


Abbildung 9: Steuersystem

Steuer- und Zollvergünstigungen sowie Direktsubventionen.<sup>146</sup>

Rumänien begann erst in einem sehr späten Transformationsstadium, eine aktive Investitionspolitik zu betreiben. Zwar stellte bereits das Gesetz 35/1991 ausländische Investoren den inländischen gleich, doch eine tatsächliche Stimulierung von Investitionen wurde erstmals 1997 als gesetzliches Ziel festgehalten. Dieses Gesetz wurde noch im selben Jahr und danach noch mehrmals modifiziert. Die rumänische Gesetzgebung zur Inzentivierung von Investitionen beruht primär auf Steuererleichterungen.<sup>147</sup> Bei der Untersuchung der Investitionsgesetzgebung ist zwischen (1) Förderungen nach Firmengröße und (2) regionalen Förderungen zu unterscheiden.

(1) Die Regierung hat ihre Förderungen auf drei Firmengruppen zugeschnitten: Großinvestoren, KMUs und Mikrounternehmen.<sup>148</sup>

Bei **Großinvestitionen** von über \$1 Mio. dürfen sich ausländische Firmen gemäß Gesetz 332/2001 in Rumänien engagieren, wenn sie entsprechende Umwelt- und Sicherheitsauflagen einhalten. Sonderbestimmungen gelten für den Finanzdienstleistungssektor. Gleich inländischen Großunternehmen dürfen sie ihre Produktionsmittel, wie Maschinen und Software, zollfrei einführen. Sie profitieren zudem von einer reduzierten Gewinnsteuer, einer beschleunigten Abschreibung und einer Aufschiebbarkeit der Mehrwertsteuerzahlungen.<sup>149</sup>

<sup>146</sup>Ähnlich, Müller, Rumänien, S.190.

<sup>147</sup>S. UNCTAD, Country Profile Romania, New York/ Genf 2003, S.14.

<sup>148</sup>Vgl. Larive, Romania, S.54f.

<sup>149</sup>Vgl. UNCTAD, Profile, S.14; Larive, Romania, S.44; Dresdner Bank, Investieren S.23.

Eine besondere staatliche Förderung von **KMUs** fand in Rumänien erstmals ab 1999 und heute auf der Basis des Gesetzes 346/2004 statt. Danach wird die Gründung von KMUs mit weniger als 250 Mitarbeitern und weniger als €8 Mio. Umsatz vereinfacht, vor allem durch geringere Registrierungsvoraussetzungen und durch die Reduzierung von Verwaltungsschritten. Ferner erhalten KMUs 50% Zuschüsse, wenn sie Managementsysteme, u. a. für Qualität und Gesundheit, implementieren.

Schließlich zahlen **Mikrounternehmen** mit weniger als 10 Arbeitnehmern und Umsatz unter €100 Tsd. lediglich einen Körperschaftssteuersatz von 3%.<sup>150</sup>

(2) War die Industrieproduktion im Sozialismus relativ gleichmäßig - unabhängig von ihrem ökonomischen Nutzen - in ganz Rumänien verstreut gewesen, führte die Transformation nach 1989 zur Rekonzentration auf die Ballungszentren. Regionale Fördermaßnahmen verwirklichte Rumänien mit der Einrichtung von Freihandelszonen, Sonderwirtschaftszonen und von Industrie- und Technologieparks.<sup>151</sup>

Auf der Basis des mehrfach novellierten Gesetzes 84/1992 können **Freihandelszonen** eingerichtet werden. Dort ist die Einfuhr und Lagerung von Produktionsmitteln zollfrei.<sup>152</sup> Produktionsmittel sind innerhalb der Zone auch von der Mehrwert- und der Gewinnsteuer befreit, allerdings nur bis Mitte 2007. Auch staatliche Beihilfen für Investitionen in der Zone sind bis zu 60% möglich. Die Freihandelszonen, von denen 2005 sechs existierten, können bis zu 49 Jahre lang gepachtet werden.<sup>153</sup>

In strukturschwachen Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit können **Sonderwirtschaftszonen** eingerichtet werden, in denen Investoren Zoll-, Gewinn- und Mehrwertsteuerermäßigungen genießen. 1998 wurden erstmals solche strukturschwachen Gebiete definiert, und 2004 wurde die Maximalförderung dieser Gebiete, die anfänglich auf zehn Jahre begrenzt worden war, aufgehoben. Anfang 2006 bestanden 38 Förderzonen, die sich vorwiegend in Bergbauregionen befanden.<sup>154</sup>

Zudem können gemäß VO 65/2001 **Industrie- und Technologieparks** gegründet werden. Solche Parks dürfen nur im Rahmen von Joint Ventures gegründet werden, in denen öffentlichen Behörden sowie rumänische Firmen beteiligt sind. Nur rumänische Firmen dürfen die Parks leiten. In Industrieparks wird Unternehmen Steuerzahlungsaufschub und -reduzierungen auf Anfangsinvestitionen gewährt. In

---

<sup>150</sup>Statt 16%. Vgl. AHK, Investitionsanreize in Rumänien, Bukarest 2005, S.2; PI Partners, Legal considerations, S.55; bfai, Wirtschaftsführer, S.141.

<sup>151</sup>Vgl. bfai, Wirtschaftsführer, S.43; OECD, Policy, S.67ff.

<sup>152</sup>Vgl. Bank Austria Rumänien, S.48; PI Partners, Legal considerations, S.56.

<sup>153</sup>Vgl. Dresdner Bank, Investieren, S.23; AHK, Investitionsanreize, S.1; OECD, Policy, S.68.

<sup>154</sup>Vgl. PI Partners, Legal considerations, S.55

Technologieparks hingegen wird den Firmen Land bereitgestellt und die Steuerlast für Gebäude reduziert. 2006 bestanden 37 Industrie- und Technologieparks.<sup>155</sup>

Im Ergebnis hat die Investitionsgesetzgebung Rumänien auf den ersten Blick zu einem attraktiveren Standort gemacht. Dennoch haben Investoren gute Gründe skeptisch zu bleiben. Dies gründet sich zuerst auf der inkonsistenten und wechselhaften Investitionspolitik in der Vergangenheit, die Investoren erheblich verunsicherte. Z. B. wurden 1998 zahlreiche Steuer- und Zollvergünstigungen verabschiedet, die zur Haushaltskonsolidierung bereits 1999 für fünf Jahre außer Kraft gesetzt wurden.<sup>156</sup>

Problematisch ist zudem die Gültigkeitsdauer bestimmter Anreize, die mit dem EU-Beitritt, auslaufen, wie z. B. die Senkung der Gewinnsteuer für Großinvestitionen und viele der regionalen Fördermöglichkeiten.<sup>157</sup> Außerdem bietet die Investitionsgesetzgebung ausländischen Investoren keine Vorteile im Vergleich zu ihren inländischen Wettbewerbern, die ihrerseits komparative Vorteile, wie Marktkenntnisse, Zuliefererkontakte etc., besitzen. Des Weiteren setzen die meisten Förderungen eine Mindestinvestitionsdauer von zehn Jahren voraus, was ebenfalls potenzielle Investoren abschrecken könnte.<sup>158</sup> Schließlich sind z. B. die allermeisten Industrieparks noch gar nicht im Betrieb - Ende 2005 waren es lediglich drei.<sup>159</sup> All diese Hindernisse haben letztlich ein größeres Interesse ausländischer Firmen an den speziellen Fördermaßnahmen in Rumänien in den letzten Jahren verhindert.

Der regionale Vergleich zeigt, dass Rumänien (vielleicht zu) spät das umgesetzt hat, was andere Länder schon viel länger bewerkstelligt hatten. Förderte Rumänien z. B. Industrieparks erst seit 2001, gab es diese u. a. in Polen und Ungarn bereits Mitte der 90er Jahre.<sup>160</sup> Fraglich ist, ob mit Auslaufen vieler Fördermöglichkeiten ab EU-Beitritt<sup>161</sup>, Rumänien nicht die Gelegenheit verpasst hat, mit einer großzügigen Anreizpolitik ausländische Firmen anzuziehen und auch langfristig im Land zu halten und somit an andere Länder in Osteuropa aufzuschließen.

---

<sup>155</sup>Vgl. UNCTAD, Profile, S.15; Dresdner Bank, Investieren, S.23; [www.arisinvest.ro](http://www.arisinvest.ro).

<sup>156</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.192.

<sup>157</sup>Es wird hierbei allerdings Übergangsfristen geben. Vgl. PI Partners, Legal considerations, S.55.

<sup>158</sup>Vgl. Dresdner Bank, Investieren, S.23; PI Partners, Legal considerations, S.54f.

<sup>159</sup>Nämlich Timisoara, Arad, Sibiu. Siehe AHK, Investitionsanreize, S.2.

<sup>160</sup>Vgl. OECD, Tax policy assessment and design in support of direct investment. A study of countries in South East Europe, Paris 2003, S.180.

<sup>161</sup>Vgl. OECD, Policy, S.68; EU-Kommission, Monitoring 2005, S.105.

### 4.2.3 Privatisierung

Eine erfolgreiche, marktkonforme Privatisierung, also die Veräußerung ehemals staatlicher Betriebe an in- oder ausländischer Investoren ist aus Sicht von Transformationsregierungen ein Schlüsselfaktor für die Wirtschaftsentwicklung, v. a. wenn es ihnen nicht gelungen ist, die Staatsbetriebe selber zu reformieren. Für Investoren sind Privatisierungskäufe eine geeignete Investitionsmöglichkeit, um ihr Risiko zu minimieren, da sie sich auf bestehende Ressourcen stützen können.<sup>162</sup>

In Rumänien bestanden hinsichtlich der Privatisierung drei Problemfelder: (1) der späte Beginn, (2) die Kompetenzunklarheiten bei der Durchführung und (3) die unterschiedliche Vorgehensweise bei Groß- und Kleinprivatisierungen.

(1) Nominell bedeuteten zwei frühe Gesetze (15/1990 und 31/1991) bereits allererste Schritte auf dem Weg zur Privatisierung. Eine echte Privatisierung wurde wegen konträrer Interessen innerhalb der rumänischen Regierungen, einer unklaren Rechtslage und der Scheu von Investoren wegen der hohen länderspezifischen Risiken tatsächlich erst sehr spät eingeleitet.<sup>163</sup> Ausländische Investoren konnten erst ab Mitte der 90er Jahre mehr als 40% der Anteile an privatisierten Unternehmen besitzen und trafen auf Probleme beim Eigentumserwerb.<sup>164</sup>

Eine erste Privatisierungswelle fand 1995/96 statt.<sup>165</sup> Die Banken waren der erste Sektor, in denen Privatisierungen 1997 im großen Stil eingeleitet wurden. Es folgten diverse Bereiche der Industrieproduktion und der Tourismussektor. Nach der jüngsten Öffnung des Energiesektors wird gegenwärtig an der Liberalisierung des Schienenverkehrs und des Schienennetzes gearbeitet.<sup>166</sup>

(2) Zu Beginn liefen die Privatisierungen in Rumänien äußerst chaotisch ab, weil die rechtliche Lage sich ständig änderte - allein zwischen 1990 und 2002 wurden acht Privatisierungsgesetze verabschiedet - und es an einer klaren Kompetenzverteilung bezüglich der Durchführung der Privatisierungen fehlte.<sup>167</sup> Einige Betriebe waren beim Wirtschaftsministerium, andere beim „State Ownership Fund“ angesiedelt. Die Privatisierung des Landwirtschaftssektor wiederum wurde dezentral organisiert. Kri-

<sup>162</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.41; Cluse, ADI, S.130; Belke, Ansgar; Baumgärtner, Frank; Schneider, Friedrich u. a., The Different Extent of Privatisation Proceeds in EU Countries: A Preliminary Explanation Using a Public Choice Approach, in: IZA Discussion Papers, 1741, 09/2005, S.25.

<sup>163</sup>Vgl. Maniu, Explaining growth, S.37; Dresdner Bank, Investieren, S.21; Deloitte, Overview, S.33; Bertelsmann, Romania, S.3; Müller, Rumänien, S.79.

<sup>164</sup>Siehe Abschnitt 4.1.2 und vgl. Müller, Rumänien, S.171.

<sup>165</sup>Vgl. Maniu, Explaining growth, S.42.

<sup>166</sup>Vgl. OECD, Policy, S.61; EU-Kommission, Monitoring 2005, S.34.

<sup>167</sup>Vgl. Bertelsmann, Romania, S.12.

tisiert wurde auch die mangelnde Koordination zwischen den Privatisierungsstellen mit dem Wettbewerbsrat.

Eine wirkliche Beschleunigung und Ordnung des Privatisierungsprozesses fand erst infolge des Gesetzes 137/2002 statt. Der neu gegründeten APAS (Authority for Privatization and Administration of State Assets) wurden die Schlüsselbetriebe übertragen, die verkauft werden sollten. Sie erhielt weitreichende Kompetenzen und den Status eines Ministeriums.<sup>168</sup> Nach dem Verkauf des Großteils ihres Portfolios wurde die APAS 2004 durch eine neue Agentur, die AVAS (Romanian Authority for State Assets Recovery), ersetzt, die auch die Privatisierung neuer liberalisierter Sektoren koordinierte und den Post-Privatisierungsprozess betreute. Eine zentrale Aufgabe wurde zudem der Entwurf rechtssicherer Verträge, um zu gewährleisten, dass Investoren und Staat - anders als in der Vergangenheit - ihre gegenseitigen Verpflichtungen auch einhalten.<sup>169</sup>

(3) Bis zum Ende der 90er Jahre lag der Fokus der Privatisierungen auf kleinen und mittelgroßen Firmen. Gleichwohl war der Erfolg hierbei in den Anfangsjahren begrenzt, denn Private konnten zwar Firmen kaufen, doch besaß der Staat weiterhin erhebliche Mitspracherechte. Außerdem wurden die (Klein-)Unternehmer wenig auf den Wettbewerb vorbereitet, sodass sie dem Marktdruck häufig nicht standhalten konnten und entweder insolvent gingen oder die Kontrolle wieder an regierungsnahe Stellen zurückdelegieren mussten. Eine bessere Wettbewerbsvorbereitung und Betreuung setzte erst Ende der 90er Jahre ein.<sup>170</sup>

Trotz massiver Kritik, u. a. von der EU, dem Bankrott großer Firmen nicht adäquat zu begegnen, begann die Regierung erst 1997, auch größere staatliche Firmen wie den Automobilhersteller Dacia (an Renault), Romtelecom und das Stahlwerk Siderex zum Kauf anzubieten.<sup>171</sup> Seit 2001 waren nur noch Großprivatisierungen aus dem Banken- und Energiesektor von Gewicht für die Privatisierungspolitik Rumäniens. Ende 2005 konnte die rumänische Geschäftsbank BCR für €3,8 Mrd. an die österreichische Erste Bank verkauft werden. Der Verkaufswert entsprach ca. der Summe aller Privatisierungen Rumäniens in den 15 Jahren zuvor.<sup>172</sup>

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Privatisierungen zwar erst sehr spät und mit

<sup>168</sup>Vgl. EU-Kommission, Monitoring 2005, S.104f.; OECD, Policy, S.32-35.

<sup>169</sup>Vgl. OECD, Policy, S.35ff., Deloitte, Overview, S.33; EU-Kommission, Monitoring 2005, S.71.

<sup>170</sup>Vgl. Deloitte, Overview, S.33; Maniu, Explaining growth, S.37.

<sup>171</sup>Vgl. EU-Kommission, Monitoring 1998, S.18; Deloitte, Overview, S.33; Bertelsmann, Romania, S.12; National Bank of Romania, Annual Report 2001, Bukarest 2002, S.13.

<sup>172</sup>Vgl. Deloitte, Overview, S.30. und Larive, Romania, S.46.

vielen Schwierigkeiten durchgeführt wurden, sie letztlich aber ohne Zweifel zu einem Schlüsselfaktor für das rumänische Wirtschaftswachstum und auch zum wichtigsten Treiber für FDI in Rumänien geworden sind.<sup>173</sup>

Die Privatisierungspolitik hat klare Erfolge zu verzeichnen. Insgesamt wurden zwischen 1993 und 2004 über 8.000 Firmen privatisiert.<sup>174</sup> Wie aus Abbildung 10 ersichtlich, konnten die jährlichen Privatisierungseinnahmen deutlich gesteigert werden, allerdings wurden sie ab 2001, auf Grund des Fokus der Regierung auf große Firmen, durch deutlich weniger privatisierte Firmen erreicht.

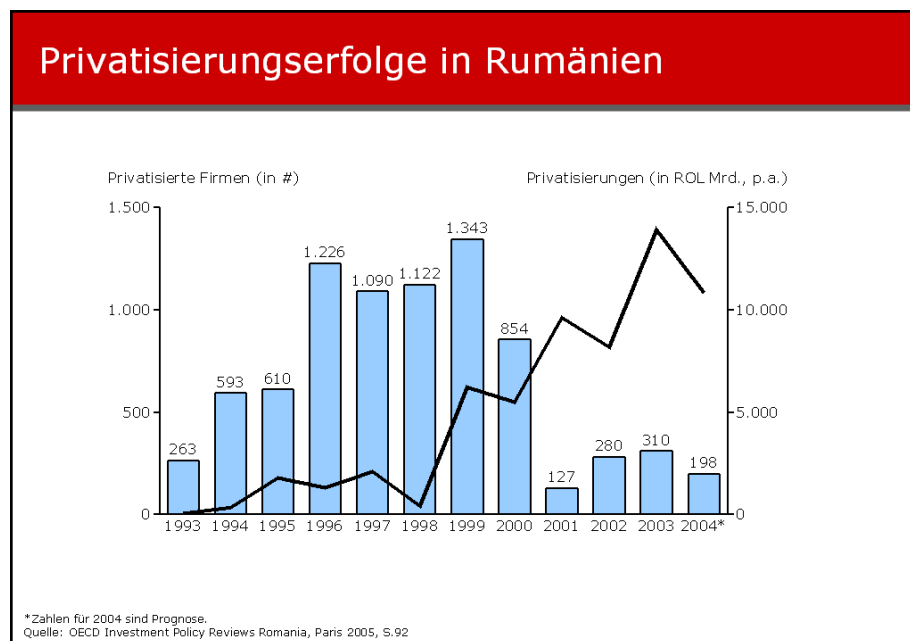


Abbildung 10: Privatisierungserfolge

Trotz der Privatisierungserfolge ist zu fragen, ob Rumänien durch den späten Beginn nicht Chancen verpasst hat. So hätte die frühere Privatisierung einiger Großbetriebe nicht nur die Produktivität rumänischer Betriebe schneller gesteigert, sondern auch die desolante Einnahmenseite der rumänischen Regierung verbessern können.<sup>175</sup> Ferner haben verspätete Privatisierungen dazu geführt, dass Firmen mit gutem Potenzial (wie z. B. das LKW-Werk in Kronstadt/ Brasov) heute nicht mehr konkurrenzfähig sind, während eine frühere Sanierung durch Investoren sie möglicherweise gerettet hätte. Bemängelt wird schließlich, dass Rumäniens kleineren Betriebe, die privatisiert worden sind, noch nicht die Wettbewerbsfähigkeit wie in den Vergleichsländern haben.<sup>176</sup>

<sup>173</sup>Vgl. OECD, Policy, S.13.

<sup>174</sup>Vgl. IWF, Country Report Romania. Selected Issues and Appendix, Washington 2006, S.113.

<sup>175</sup>Vgl auch. OECD, Policy, S.30.

<sup>176</sup>Vgl. bfai, Wirtschaftsführer, S.33.



Im regionalen Vergleich nimmt Rumänien einen Platz im Mittelfeld ein (Abbildung 11). Zwar konnte Rumänien den Anteil des Privatsektors am BIP von 40% (1994) stark auf 70% (2005) erhöhen.<sup>177</sup> Der höhere Anteil der Privatwirtschaft am BIP, z. B. in Ungarn (80%) zeigt jedoch, dass Rumänien durchaus noch Potenzial für Privatisierungen besitzt. So waren bis Ende 2003 lediglich zwei Drittel der kleinen und nur 40% der großen staatlichen Unternehmen privatisiert. Dabei besaß oder kontrollierte der rumänische Staat noch etwa 1.900 Firmen.<sup>178</sup>

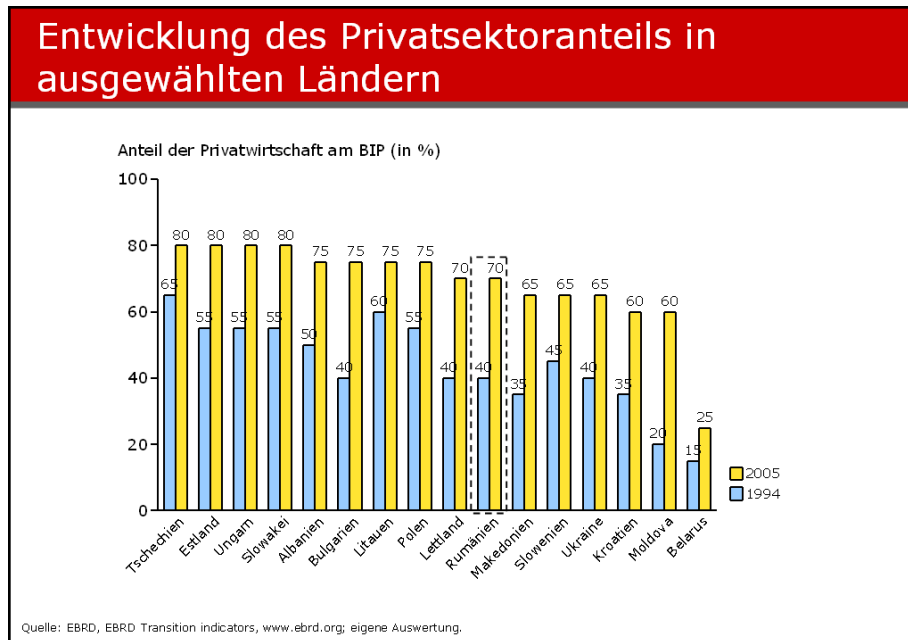


Abbildung 11: Entwicklung des Privatsektors im Vergleich

#### 4.2.4 Öffentliche Infrastruktur

Die Förderung der öffentlichen Infrastruktur ist aus Sicht von ausländischen Investoren wichtig, da das Bestehen einer guten Infrastruktur die Voraussetzung für reibungslose Wirtschaftsaktivitäten ist und weil für ausländische Firmen, auf Grund ihres Kapitals und Know-hows, der Infrastruktursektor selber attraktiv für Investitionen ist.<sup>179</sup>

Wegen der mangelnden Liquidität liefen Rumäniens Infrastrukturinvestitionen zu Beginn der 90er Jahre nur schleppend an. Zuvor hatte Rumänien seine Auslandsschulden als einziges Transformationsland in Osteuropa vollständig zurückgezahlt. Dies wird heute als Fehler Rumäniens angesehen, da der Regierung in der Trans-

<sup>177</sup>Vgl. EBRD, Latest strategy; Maniu, Explaining growth, S.45; EBRD, EBRD, Transition report 2005: Business in transition, www.ebrd.com/pubs/econo/6520.htm.

<sup>178</sup>Vgl. OECD, Policy, S.30; Müller, Rumänien, S.86; Bertelsmann, BTI 2006, S.249ff.

<sup>179</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.131ff. und 205f.

formationsphase die Mittel, u. a. für die dringend notwendigen Infrastrukturinvestitionen, fehlten. Beispielhaft wird auf die Infrastrukturpolitik in den Bereichen (1) Straßen-, (2) Schienen- und (3) Telekommunikationsinfrastruktur eingegangen.<sup>180</sup>

(1) Prinzipiell verfügt Rumänien über gute Ausgangsbedingungen für ein attraktives Straßennetz, u. a. auf Grund der Anbindung an die Korridore Nr. 4 und 9, mit Strecken quer durch Europa.<sup>181</sup> Doch in der Praxis stellte das Straßennetz keinen Vorteil für Rumänien als Investitionsstandort dar, da die Qualität der Straßen, insbesondere außerhalb der Ballungszentren, sehr mäßig war. Der Ausbau des Straßennetzes war 2001-2004 eine wichtige Regierungspriorität.<sup>182</sup> Es fehlte jedoch an der notwendigen Kontinuität in der Verkehrspolitik. So wurden die Arbeiten für mehrere innerrumänische Autobahnen (z. B. durch Siebenbürgen und von Bukarest nach Brasov) nach dem Regierungswechsel 2004 wegen Korruptionsvorwürfen und zu hoher Kosten gestoppt, gleichzeitig aber Arbeiten an neuen Autobahnen begonnen.<sup>183</sup>

(2) Auch das Eisenbahnnetz galt traditionell als Sorgenkind der rumänischen Infrastruktur. Es war zwar dicht, aber weite Strecken waren nur eingleisig, die Züge fuhren selten und langsam. Die staatliche Förderung für die Modernisierung des Schienennetzes stagnierte in den vergangenen Jahren auf Grund der Konsolidierungsbemühungen der Staatshaushalte. Die Entkoppelung des Schienennetzes vom Verkehr ist zwar offiziell, aber noch nicht faktisch, eingeführt worden.<sup>184</sup> Wichtige Geldgeber waren internationale Organisationen, wie Weltbank, EBRD und EU, mit deren Hilfe bis 2013 150 Bahnhöfe auf europäischen Standard gebracht werden sollen.<sup>185</sup>

(3) Problematisch, auch für Investoren, war zudem der lange mangelhafte Telekommunikationssektor. Das Telefonsystem war unzuverlässig und regelmäßig überlastet. 1993 besaßen lediglich 12% der Rumänen Telefon.<sup>186</sup> Bis Anfang 2003 liberalisierte die rumänische Regierung den Telekommunikationsmarkt vollständig und die RomTelecom musste ihr Festnetzmonopol aufgeben. Doch in der Praxis ist es der Regierung bislang nicht gelungen, privatwirtschaftliche Konkurrenz zu etablieren. Besser entwickelte sich der Mobilfunkmarkt, in dem bereits zahlreiche Wettbewerber

<sup>180</sup> Ähnlich: Nicoletti, Giuseppe; Golub, Stephen S.; Hajkova, Dana u. a., The influence of policies on trade and foreign direct investment, in: OECD Economic Studies, 36, 2003, S.7-83, S.40.

<sup>181</sup> Nr. 4 von Berlin bis Istanbul und Nr. 9 von Helsinki über Moskau bis nach Constanta.

<sup>182</sup> Vgl. Maniu, Explaining growth, S.64.

<sup>183</sup> Vgl. bfai, Wirtschaftsführer, S.70f.

<sup>184</sup> Z. B. existiert noch keine unabhängige Regulierungsbehörde; vgl. EBRD, Romania, S.21.

<sup>185</sup> Vgl. bfai, Wirtschaftsführer, S.45f., 74 und 179.

<sup>186</sup> Vgl. Müller, Rumänien, S.207.

konkurrieren und in dem die Benutzerzahlen von 1,4 Mio. (1999) auf 11,4 Mio. (2005) angestiegen sind.<sup>187</sup>

Dass sich im Ergebnis die Infrastruktur Rumäniens in den letzten Jahren trotz aller Schwierigkeiten doch verbessert konnte, liegt letztlich an der höheren Schuldenaufnahme (2005: 37% des BIP), der großen internationalen Unterstützung und den zunehmenden Auslandsinvestitionen (u. a. durch FDI in der Bauindustrie).<sup>188</sup>

Der Blick auf die Nachbarn zeigt, dass Rumäniens Fortschritte im Infrastrukturbereich sich durchaus mit denen in anderen osteuropäischen Ländern messen lassen können (Abbildung 12).<sup>189</sup> Dennoch kann von einem europäischen Standard der rumänischen Infrastruktur noch nicht gesprochen werden. So schätzt die Rabobank für den Verkehrsbereich, dass Rumänien noch Infrastrukturinvestitionen in Höhe von €1,2 Mrd. tätigen muss, um ein akzeptables Niveau zu erreichen.<sup>190</sup> So wurden zwar seit 2000 2.300 km Nationalstraßen erneuert und ca. 100 km Autobahn fertig gestellt; aber damit waren seit 1990 lediglich 26% aller Straßen in Rumänien erneuert worden. Von 73 Tsd. km Straße sind noch heute die Hälfte unbefestigt, Autobahnen bestehen nur auf 228 km Länge.<sup>191</sup> Letztlich bedeutet dies einerseits, dass die Grundvoraussetzungen für bestehende Wirtschaftsaktivitäten von Investoren noch nicht optimal sind; andererseits bietet dieses Defizit Investoren auch weitere Möglichkeiten für FDI.

#### 4.2.5 Förderung des Images Rumäniens im Ausland

Um das Land als Investitionsstandort bei ausländischen Investoren bekannter zu machen, kann eine Regierung Maßnahmen zur Förderung seines Images im Ausland ergreifen. Rumänien hat dabei – wenn auch relativ spät – v. a. auf die Einrichtung einer Investitionsagentur gesetzt.<sup>192</sup>

Im Jahre 2002 wurde von der Regierung ARIS, die Rumänische Agentur für Auslandsinvestitionen, gegründet, lange nachdem die erfolglose Romanian Development Agency (1991-1997) abgeschafft worden war. ARIS hat zum Ziel, Investoren aufzuspüren, Kontakte zwischen Behörden und Investoren herzustellen, die Perzeption Rumäniens im Ausland zu verbessern und somit letztlich das Investitionsvolumen

<sup>187</sup>Vgl. EBRD, Romania, S.21 und 46; Capital magazine, 72, 386, 18.5.2000.

<sup>188</sup>Vgl. Rabobank, Romania, S.7, Larive, Romania, S.49

<sup>189</sup>Vgl. EBRD, Romania, S.18.

<sup>190</sup>Vgl. Rabobank, Romania, S.5.

<sup>191</sup>Vgl. bfai, Wirtschaftsführer, S.72f. und 175.

<sup>192</sup>Siehe auch OECD, Tax Policy, S.77.

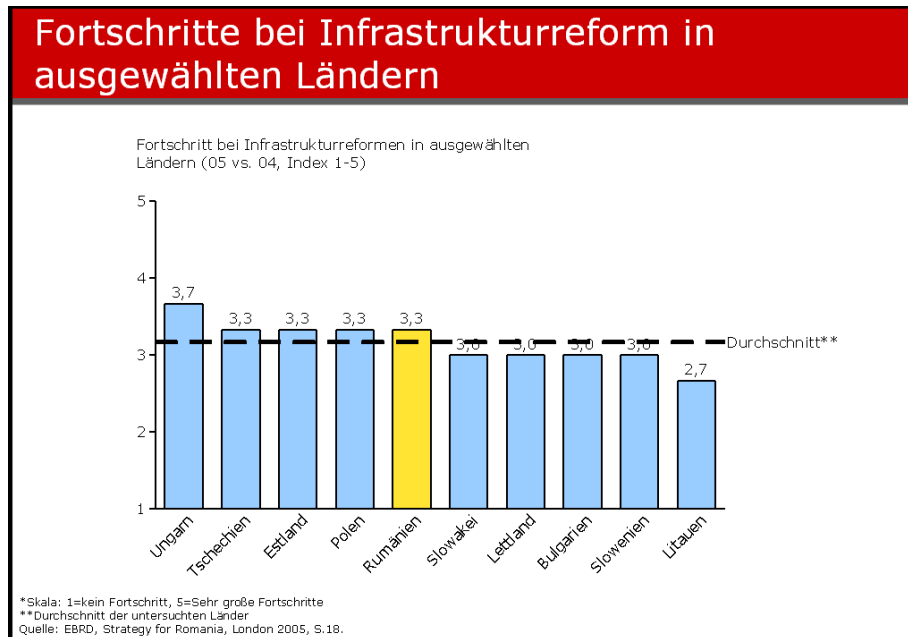


Abbildung 12: Infrastruktur

in Rumänien zu steigern. Darüber hinaus soll ARIS den Investoren auch Ratschläge geben, sobald sie im Land tätig geworden sind.<sup>193</sup>

Bei der Beurteilung der Arbeit der ARIS ist beachtlich, dass sie zwischen 2002 und 2005 391 Projekte betreute. Allerdings überstieg das Investitionsvolumen bei 75% der Projekte nicht die Höhe von \$10 Mio., sodass nur begrenzt von einer erfolgreichen Vermittlung von Großinvestitionen gesprochen werden kann. Dies ist z. T. auch durch das geringe Budget von ARIS zu erklären, das 2005 lediglich €500 Tsd. umfasste – deutlich zu wenig für eine effektive Investitionspolitik.<sup>194</sup>

Zudem ist fraglich, ob ARIS seine Möglichkeiten im Vergleich zu ähnlichen Agenturen in anderen Ländern wirklich ausschöpft. So gibt es z. B. in Kroatien die FINA-Behörde, die als One-Stop-Shop-Agentur fungiert und somit die Investitionsbemühungen eines ausländischen Unternehmens umfassend begleitet und alle bürokratischen Angelegenheiten in einem Haus für den Investor regelt.<sup>195</sup> ARIS hat hingegen lediglich eine beratende Funktion, übernimmt jedoch selber keine bürokratischen Aufgaben. Auch betreiben andere Agenturen, wie z. B. die tschechische CzechInvest, eine offensivere Förderpolitik, um forschungsintensive Investitionen ins Land zu holen. Schließlich erfolgte die Einrichtung einer echten Investitionsagentur in Rumänien deutlich später als in anderen Ländern. So wurde die bulgarische Investitionsagentur

<sup>193</sup>Vgl. Bank Austria, Rumänien, S.30; OECD, Fact Sheet, S.29.

<sup>194</sup>Vgl. Larive, Romania, S.44; OECD, Progress, S.17.

<sup>195</sup>Vgl. Sanader, EU-Kommission.

(FIPA) bereits 1997, die albanische Agentur sogar schon 1991 ins Leben gerufen.<sup>196</sup>

### 4.3 Politische Maßnahmen

Die wichtigsten politischen Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsstandorts Rumänien sind die Bekämpfung der Korruption, intelligente internationale Kooperationen, gute Beziehungen zur EU und eine effektive Verwendung der EU-Gelder.<sup>197</sup>

#### 4.3.1 Korruptionsbekämpfung

Die Korruption, also die Bestechung von – bestechlichen – Politikern und Beamten zum Einwirken auf Entscheidungen, ist für Investoren über die moralische Verwerflichkeit und strafrechtliche Ahndung hinaus auch in wirtschaftlicher Hinsicht problematisch, weil das Vertrauen in die staatlichen Institutionen erodiert und der freie Wettbewerb verzerrt wird. Insbesondere ausländische Investoren sind Benachteiligte der Korruption, da sie häufig die „Spielregeln“ der Korruption weniger gut als ihre inländischen Wettbewerber beherrschen.<sup>198</sup>

In Rumänien war die Korruption lange Zeit tief verwurzelt. Schon vor 1989 war Rumänien bekannt für seine grassierende „geringfügige“ Korruption gegenüber niederen Verwaltungsbeamten. Lange galt sie dort als die größte Hürde für höhere Investitionen. Tatsächlich haben laut einer Umfrage in Rumänien bereits 80% der Befragten schon einmal Schmiergeld für eine öffentliche Leistung bezahlt und drei Viertel der Befragten glaubten 2002, dass die Korruption noch höher sei als 1989.<sup>199</sup>

Die Hauptproblemfelder bei der Bekämpfung der rumänischen Korruption waren (1) der Mangel einer kohärenten Strategie, (2) die schwache öffentliche Verwaltung und (3) die besonderen Schwierigkeiten im Vergaberecht.

(1) Erst Mitte der 90er Jahre wurde die Korruptionsbekämpfung als wichtiges politisches Ziel formuliert. In der Folgezeit sah Rumänien eine Vielzahl von Gesetzen und Aktionsplänen. Ein erster Schritt zur Verrechtlichung der Korruptionsbekämpfung war das Anti-Korruptionsgesetz (1996). Es folgten das Anti-Geldwäschegesetz und das Gesetz über den öffentlichen Dienst.<sup>200</sup> Nachdem jahrelang keine signifikant

---

<sup>196</sup>Vgl. UNCTAD, World Investment Report 2005, Transnational Corporations and the Internationalization of R&D, New York/ Genf 2005, S.213; OECD, Tax Policy, S.97 und 113.

<sup>197</sup>Siehe Abbildung 2 in Anlehnung an die Ergebnisse der AHK-Umfrage.

<sup>198</sup>Ähnlich FIC, FDI 2005, S.35f.

<sup>199</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.144; Leiß, EU-Beitritt, S.10.

<sup>200</sup>Vgl. Gabanyi, Rumänien, S.17.

ten Verbesserungen zu spüren waren, wurde 2001 ein Nationaler Plan und ein Nationales Programm zur Korruptionsvorbeugung lanciert. Doch unter Ministerpräsident Nastase wurde die Anti-Korruptionsgesetzgebung wieder ein wenig gelockert. Erst im Präsidentenwahlkampf 2004 wurde die Korruption zum zentralen Thema, und 2005 wurde eine Nationale Strategie zur Betrugsbekämpfung verabschiedet. Bukarest ist inzwischen auch allen wichtigen internationalen Abkommen beigetreten, u. a. der Group of States against corruption (GRECO) des Europarates.<sup>201</sup>

Problematisch bei der Zunahme all dieser Gesetze und Strategien war, dass sich auch die Zuständigkeiten häufig änderten, überschritten oder ungeklärt blieben. So wurde 2002 die Landesanwaltschaft mit der Korruptionsbekämpfung und der Koordination der Behörde zur Korruptionsverfolgung (NAPO)<sup>202</sup> beauftragt. Zudem wurde eine Nationale Anti-Korruptionsbehörde (PNA) innerhalb des Ministeriums für Verwaltung und Innere Angelegenheiten gegründet.<sup>203</sup> 2005 wurde ferner die Generaldirektion Korruptionsbekämpfung (DGA) im gleichen Ministerium geschaffen, die insbesondere die Korruption in der öffentlichen Verwaltung bekämpfen soll. Schließlich wurde die Anti-Betrugs-Agentur (DLAF) geschaffen, um insbesondere die Integrität von Politikern zu überprüfen. Zu einer Entflechtung der vielen Zuständigkeiten ist es bislang nicht gekommen.<sup>204</sup>

(2) Der Kern des rumänischen Korruptionsproblems lag bei der schwachen, bestechungsanfälligen öffentlichen Verwaltung, die über zu wenig qualifiziertes Personal verfügte und dieses nicht angemessen bezahlen konnte. Letztlich konnte die öffentliche Verwaltung nicht mit der Privatwirtschaft konkurrieren und somit auch nicht ausreichend Fachkräfte rekrutieren. Diese Problematik erstreckte sich über alle Verwaltungsbereiche, war aber für ausländische Investoren besonders spürbar in der Steuerverwaltung, im Justizwesen und im Außenhandel.<sup>205</sup> Neben einer aktiveren Bekämpfung der Korruption in der Verwaltung hat sich Rumänien bemüht, durch Reformen Anreize zu geben, um auf aktive und passive Korruption zu verzichten. Zu erwähnen sind hierbei die Reformen im Justizwesen, u. a. die deutliche Anhebung der Gehälter der Richter und die Steuerreform mit der Einführung der Flat Tax.<sup>206</sup>

<sup>201</sup>Vgl. EBRD, Romania, S.14; Leïße, EU-Beitritt, S.10; EU-Kommission, Monitoring 2005, S.18f.

<sup>202</sup>NAPO = National Anti-corruption Prosecution Office. Vgl. FIC, FDI 2005, S.35.

<sup>203</sup>Seit 2006 heißt die PNA National Anti-Corruption Directorate (DNA). Vgl. EU-Kommission, Monitoring 2006, S.7.

<sup>204</sup>Vgl. Gabanyi, Rumänen, S.18; Leïße, EU-Beitritt, S.10.

<sup>205</sup>Vgl. Scheele, Jonathan, Interview, in: Ziuu, 5.5.2004; FIC, FDI 2005, S.36.

<sup>206</sup>Siehe auch oben Abschnitte 4.1.1 und 4.2.1; vgl. World Bank, Anticorruption, S.47f. und S.55.

(3) Die Vergabe öffentlicher Aufträge war lange Zeit ein besonders anfälliger Bereich für Bestechungsversuche in Rumänien. Dies lag v. a. daran, dass jahrelang Aufträge ohne öffentliche Ausschreibungen vergeben wurden. Die Dringlichkeits-VO 60/2001 regelte erstmals die öffentliche Auftragsvergabe auf europarechtlicher Basis und ermöglichte auch ausländischen Firmen die Teilnahme an Ausschreibungen. Hierbei wurde zugleich verboten, dass Aufträge gestückelt werden können, um somit unter die Grenze für öffentliche Ausschreibungen zu gelangen. Schließlich können seit 2002 Aufträge von über €2.000 über das neu geschaffene elektronische Ausschreibungssystem stattfinden (VO 20/2002).<sup>207</sup>

Schon die lange Liste von Strategien und neu eingerichteten Institutionen zeigt, dass die Korruptionsbekämpfung in Rumänien inzwischen ernst genommen wird. Im Ergebnis wurde von 1990 bis 2004 Anklage gegen 260 höhere Amtsträger, darunter vier Minister, aber auch gegen das gesamte Führungspersonal der Privatisierungsbehörde, erhoben.<sup>208</sup> Gleichwohl erscheint die Verfolgung von Korruptionsdelikten weniger effektiv zur Korruptionsreduzierung als die Ursachenbekämpfung. So weist die Weltbank darauf hin, dass v. a. die jüngsten Reformen zu einem beachtlichen Korptionsrückgang in Steuerverwaltung und Justizwesen geführt haben.<sup>209</sup>

Dennoch ist die Korruption weiterhin ein großes Problem. Zwar entspricht die Gesetzgebung dem *Acquis*, aber die Umsetzung ist in weiten Teilen noch nicht vollständig gewährleistet.<sup>210</sup> Inzwischen besteht hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung auch eher das Problem, dass zu viele Anti-Korruptionsgesetze und zu viele verantwortliche Behörden bestehen, die Unsicherheit über die anzuwendende Rechtsgrundlage und die Effizienz der Korruptionsbekämpfung gefährden. Bei der Vielzahl von Zuständigkeiten ist zudem die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass die agierenden Behörden auch für politische Zwecke, insbesondere zur Ausschaltung politischer Gegner, missbraucht werden.<sup>211</sup>

Der Korruptionsindex von Transparency International (CPI) verdeutlicht Rumäniens durchwachsene Bilanz in der Korruptionsbekämpfung (Abbildung 13). Die linke Graphik zeigt, dass Rumänien nach Jahren der Verschlechterung sieben Jahre gebraucht hat, um den CPI Score von 1998 wieder zu erreichen. Bulgarien

---

<sup>207</sup>Vgl. bfai, Wirtschaftsführer, S.114ff.

<sup>208</sup>Vgl. Bolesch, Cornelia, Hoffen auf die Gnade Brüssels, in: Süddeutsche Zeitung, 29.09.2004.

<sup>209</sup>Vgl. World Bank, Anticorruption, S.47f. und S.55; EU-Kommission, Monitoring 2006, S.6.

<sup>210</sup>Vgl. FIC, FDI 2005, S.9 und 35; EU-Kommission, Monitoring 2005, S.11.

<sup>211</sup>Vgl. Gabanyi, Rumänien, S.15 und 17.

konnte z. B. seine Bewertung im selben Zeitraum um 38% verbessern. Rumänien hat sich im Gesamtranking vom 61. (1998) auf den 85. Platz (2005) verschlechtert und liegt damit hinter allen neuen EU-Mitgliedstaaten. Da sich auch die Anzahl der untersuchten Länder vergrößert hat, ist die relative Position Rumäniens im Verhältnis zur Gesamtzahl, also das Perzentil, allerdings aussagekräftiger für die CPI-Entwicklung (rechte Graphik). So befand sich Rumänien 1998 im 72. und 2005 bereits im 54. Perzentil. Gleichwohl verbesserte sich z. B. Bulgarien im selben Zeitraum deutlich stärker nämlich vom 78. in das 35. Perzentil.<sup>212</sup>

Hinsichtlich der Bewertung der Reformen im Vergaberecht bleibt noch abzuwarten, inwieweit die neuen Regelungen die Korruption tatsächlich eindämmen werden. So wurde nach Einführung der Ausschreibungsregeln ihre intransparente Ausführung kritisiert.<sup>213</sup> Zudem wurden weiterhin Verträge ohne Ausschreibungen vergeben, wie z. B. 2004 im Falle der Auftragsvergabe zum Bau von zwei Autobahnstrecken an die amerikanische Bechtel und die französische Vinci. Allerdings besteht die Hoffnung, dass die Einführung des „E-Procurement“ die Effizienz und Transparenz des Vergabeverfahrens, insbesondere auch für ausländische Investoren, fördern wird.<sup>214</sup> Die Weltbank berichtet, dass sich die Korruptionsfälle bei öffentlichen Ausschreibungen in Rumänien in den letzten Jahre deutlich und zwar auch im regionalen Vergleich verringert haben. Wussten 2002 noch über 20% der befragten Firmen häufige Bestechungsversuche bei Ausschreibungen, waren es 2005 nur noch ca. 15%, während es in Polen ca. 17 % und in Bulgarien ca. 20% waren.<sup>215</sup>

### 4.3.2 Internationale Kooperationen

Für ausländische Investoren ist die Zusammenarbeit eines Staates mit internationalen Organisationen und anderen Staaten ein wichtiger Gradmesser für die Beurteilung der dortigen Reformpolitik. Auch erkennen sie daran, inwieweit Staaten kooperationsfähig sind und sich an Abmachungen mit anderen Akteuren halten.<sup>216</sup>

Von besonderer Bedeutung war für Rumänien in der Vergangenheit die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie (1) der EBRD, (2) der Weltbank-

<sup>212</sup>Vgl. Transparency CPI, 1998-2005, [www.transparency.org](http://www.transparency.org).; eigene Analysen.

<sup>213</sup>Vgl. Gabanyi, Rumänien, S.19.; Europäische Kommission, 2004 Regular Report on Romania's Progress towards Accession, Brüssel 06.10.2004, S.53.

<sup>214</sup>Vgl. bfai, Wirtschaftsführer, S.70f. und 115f.

<sup>215</sup>Vgl. World Bank, Anticorruption, S.57f.

<sup>216</sup>Vgl. Bertelsmann, BTI 2006, S.93f.



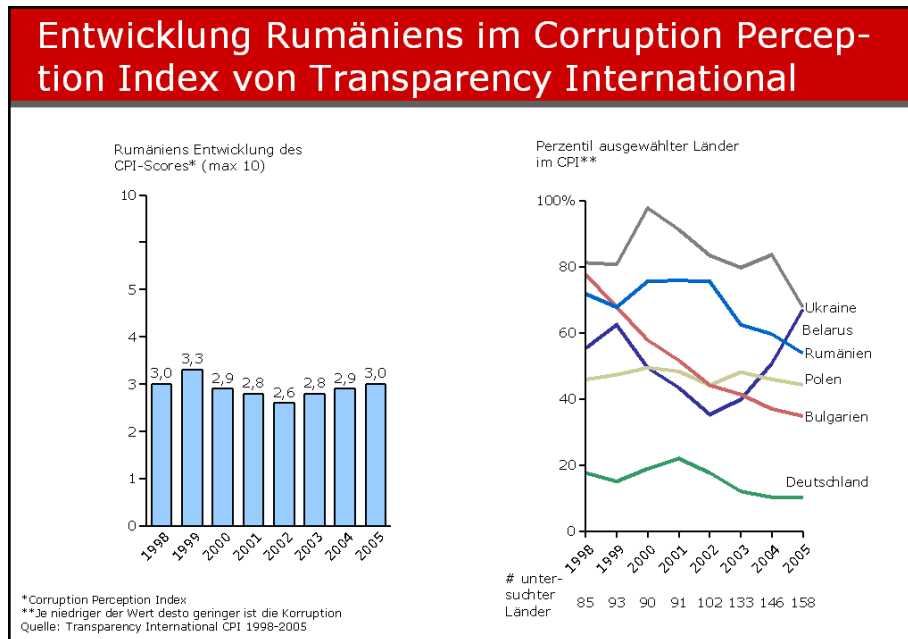


Abbildung 13: Korruptionsbekämpfung

gruppe und (3) dem IWF, aber (4) auch bilaterale Investitionsabkommen (BITs).<sup>217</sup>

(1) Die EBRD ist der größte Einzelinvestor in Rumänien. Zwischen 1992 und 2005 unterstützte die Bank 160 Projekte im Wert von €3,2 Mrd. Dabei fanden 62% der Projekte im privaten Sektor, insbesondere im Bankensektor und in der verarbeitenden Industrie, statt. Die EBRD arbeitet eng mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) zusammen, die Kredite für Infrastruktur, Umwelt und FDI-Projekte vergibt.<sup>218</sup>

(2) Die Weltbankgruppe (inkl. IFC und IBRD) hat seit 1991 40 Projekte im Wert von \$5 Mrd. begleitet, allein 2005 erhielt Rumänien \$709 Mio. Der Schwerpunkt lag dabei auf Infrastrukturprojekten und der Förderung des Investitionsklimas.<sup>219</sup> Des Weiteren kooperiert Rumänien mit der International Finance Corporation, einer Weltbanktochter, die Kredite direkt an rumänische Privatunternehmen vergibt und zwischen 1991-2004 Kredite in Höhe von \$548 Mio. genehmigt hat.<sup>220</sup>

(3) Rumänien ist bereits seit 1972 Mitglied des IWF. Die Beziehungen haben sich wechselhaft entwickelt. Zwar gewährte der IWF der rumänischen Regierung finanzielle Unterstützung, verlangte aber auch wiederholt drastischere fiskalpolitische und geldpolitische Maßnahmen, z. B. nach den reformarmen Jahren 1989-1994.<sup>221</sup> So stieß 1999 auch in der Wirtschaft die Streichung der Steuererleichterungen für

<sup>217</sup>Die Beziehungen zur EU werden im folgenden Abschnitt 4.3.3 analysiert.

<sup>218</sup>Vgl. EBRD, EBRD in Romania, in: RBD, S.57-59; EBRD, Romania, S.34.

<sup>219</sup>Vgl. World Bank, World Bank and Romania, in: RBD, S.62-63; Larive, Romania, S.45.

<sup>220</sup>Vgl. Bank Austria, Rumänien, S.14 und 19. und IFC, Evaluation.

<sup>221</sup>Vgl. Maniu, Explaining growth, S.42; OECD, Fact Sheet, S.12.

Investoren zur – vom IWF geforderten – Haushaltskonsolidierung auf großes Unverständnis.<sup>222</sup> 2004 sagte der IWF Rumänien eigentlich Unterstützung in Höhe von über \$360 Mio. zu, doch nach Differenzen über die Fiskal- und Geldpolitik setzte Rumänien seinerseits im Oktober 2005 die Kooperation mit dem IWF aus.<sup>223</sup>

(4) Mit dem Abschluss von BITs (= Bilateral Investment Treaties) mit insgesamt 94 Staaten, hat sich Rumänien bemüht, das Vertrauen anderer Staaten in den rumänischen Investitionsstandort zu erhöhen. Auch wenn hier kaum staatenpezifische Vorzüge oder Verpflichtungen festgehalten werden, unterstreichen diese Verträge doch den besonderen Willen der Vertragspartner, auf ein positives Investitionsklima hinzuwirken. Die BITs sollen zudem die Berechenbarkeit von Investitionsbedingungen für ausländische Unternehmen erhöhen.

Im Ergebnis war die internationale Kooperation zwischen Rumänien immer dann besonders erfolgreich, wenn Rumänien keine besonders umfassenden Verpflichtungen eingehen musste. So hat Rumänien als drittgrößtes Empfängerland der EBRD nach Russland und Polen unter Beweis gestellt, dass es erfolgreich internationale Unterstützung an sich binden kann.<sup>224</sup>

Das schwierigste Verhältnis zu internationalen Organisationen besteht aus rumänischer Sicht noch immer zum IWF. Insbesondere der innenpolitische Druck, der durch die Auflagen des IWF entstand, hat eine Kooperation erschwert. Es ist auch festzustellen, dass der Druck des IWF in der Vergangenheit nicht nur wenige Reformen bewirkt hat, sondern auch wenig Auswirkungen auf das Investitionsklima in Rumänien gehabt haben. So sahen die Ratingagenturen den jüngste Kooperationsabbruch 2005 angesichts der nahenden EU-Mitgliedschaft gelassen und nahmen keine Korrekturen des Länderrisikos vor.<sup>225</sup>

Im regionalen Vergleich führte die ambivalente rumänische Politik gegenüber internationalen Organisationen, v. a. gegenüber dem IWF und der EU<sup>226</sup>, zu einem durchschnittlichen Ergebnis im BTI (Abbildung 14), demzufolge erneut alle osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, aber auch Kroatien, besser abschneiden.<sup>227</sup>

Mit den BITs hat Rumänien eine interessante Form der internationalen Kooperation gefunden, die prinzipiell einen Pluspunkt für den Investitionsstandort Rumänien

<sup>222</sup>Siehe hierzu Abschnitt 4.2.2.

<sup>223</sup>Vgl. Rabobank, Romania, S.4.; ABN-AMRO Gap, S.25, bfai, Wirtschaftsführer, S.27.

<sup>224</sup>Vgl. EBRD, RBD, S.57.

<sup>225</sup>Vgl. ABN-AMRO, Gap, S.26; Müller, Rumänien, S.74.

<sup>226</sup>Siehe Abschnitt 4.3.3.

<sup>227</sup>Vgl. auch Bertelsmann, BTI 2006, S.18.

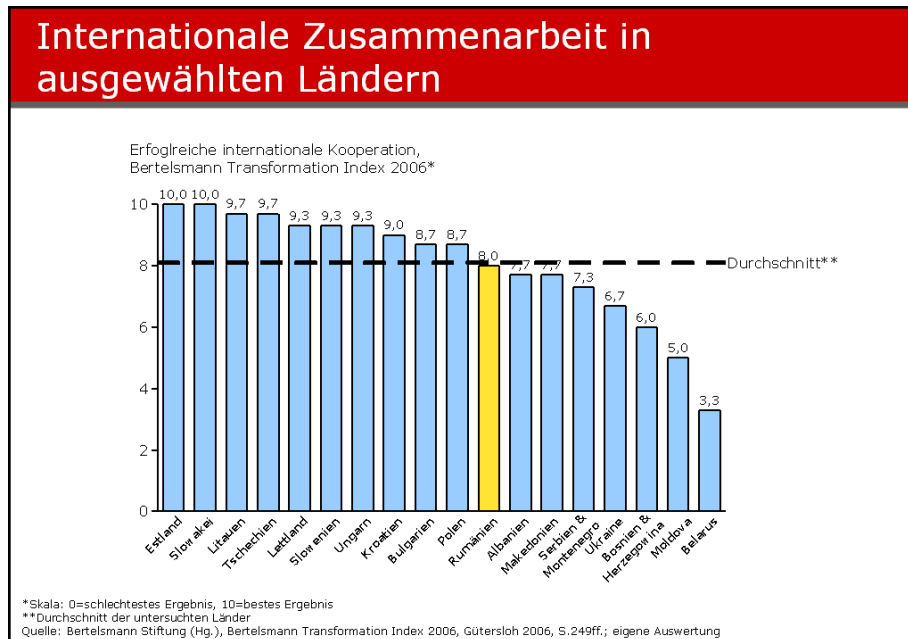


Abbildung 14: Internationale Kooperation

darstellt, insbesondere weil Rumänien deutlich mehr BITs als andere Länder abgeschlossen hat (siehe Abbildung 15). Problematisch an den BITs ist gleichwohl, dass ihr Spielraum im Zuge des EU-Beitritts eingeschränkt werden wird, da sie dann Drittstaaten keine größeren Zugeständnisse machen dürfen, als im Acquis Communautaire vorgesehen ist (z. B. bzgl. der Kapitalverkehrsfreiheit).<sup>228</sup>

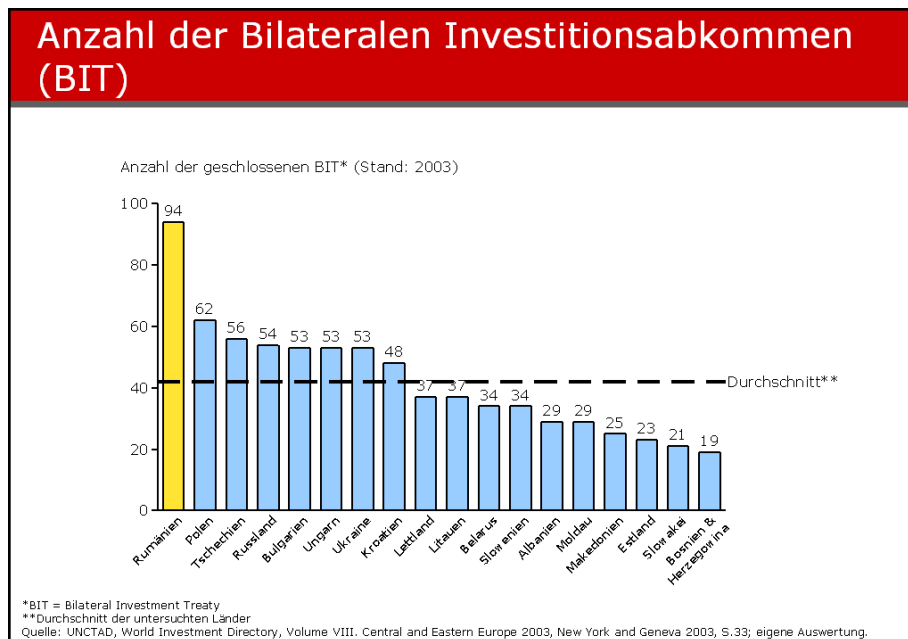


Abbildung 15: Investitionsgesetzgebung: BITs

<sup>228</sup>Vgl. OECD, Policy, S.73ff; UNCTAD, Investment Directory, S.28f.

### 4.3.3 Beziehungen zur EU und die Verwendung von EU-Geldern

Die Erfahrungen in den 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten zeigen, dass gute Beziehungen zur EU und die Vorbereitungen zum EU-Beitritt Schlüsselfaktoren für Reformen und Wirtschaftswachstum sind.<sup>229</sup>

Die Beziehungen Rumäniens zur EU haben auch für potenzielle Investoren in Rumänien eine zentrale Rolle gespielt. Vom EU-Beitritt Rumäniens erwarten sich ausländischen Investoren deutlich Vorteile, u. a. die Harmonisierung der Kapitalmarkt-, Steuer- und Bilanzierungsregelungen sowie eine Vereinfachung der Exportbestimmungen und ein höheres Absatzpotenzial durch den Zugang zum EU-Binnenmarkt.<sup>230</sup> Nachfolgend werden (1) die Entwicklung der Beziehungen zur EU, (2) die jüngsten Schwierigkeiten in der Vor-Beitrittsphase und (3) die Verwendung der erhaltenen EU-Gelder analysiert.

(1) Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur EG 1990 folgte ein Jahr später ein Handels- und Kooperationsabkommen. 1993 wurde ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet, das 1995 in Kraft trat und als Europa-Abkommen bezeichnet wird. Es sah u. a. die Schaffung einer Freihandelszone und die schrittweise Übernahme des Acquis vor, die durch Twinningprogramme unterstützt wurde.<sup>231</sup>

Trotz der Vertiefung der Beziehungen stand die EU dem Beitrittsgesuch Rumäniens (1995) auf Grund des schleppenden Transformationsprozesses lange skeptisch gegenüber. Insbesondere die Kriege in Ex-Jugoslawien und die dadurch drohende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Rumäniens führten jedoch zu der Überzeugung in Brüssel, dass die EU die rumänische Wirtschaft sowie den Reformkurs unter Constantinescu stärker fördern müsse. Das Ergebnis war die Erhöhung der EU-Zahlungen und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen (2000).<sup>232</sup>

Nach schleppendem Beginn beschleunigte sich nach 2001 das Reformtempo, was u. a. eine Übernahme des Acquis ermöglichte, die, nach einer Verfassungsänderung, 2003 weitgehend abgeschlossen wurde.<sup>233</sup> 2004 erhielt Rumänien den Status einer funktionierenden Marktwirtschaft, konnte die Beitrittsverhandlungen abschlie-

<sup>229</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.111-137 und Neuhaus, Direktinvestitionen, S.14ff.

<sup>230</sup>Vgl. Larive, Romania, S.43.

<sup>231</sup>Vgl. Leïße, EU-Beitritt, S.7; HVB Bank, Mit Europa wachsen. Investieren in Rumänien und Bulgarien, Duisburg 2006, S.11 und allgemein: Hartwig, Ines, Die Europapolitik Rumäniens. Entwicklung institutionalisierter Kooperation, Baden-Baden 2001.

<sup>232</sup>Vgl. Leïße, EU-Beitritt, S.7f.

<sup>233</sup>Vgl. EBRD, Romania, S.14f., 46, bfai, Wirtschaftsführer, S.125, 127; Leïße, EU-Beitritt, S.8.

ben und den Beitrittsvertrag am 25.4.2005 unterzeichnen.<sup>234</sup>

(2) Rumänien wird voraussichtlich am 1.1.2007 der EU beitreten, doch die endgültige Entscheidung darüber wird erst im Herbst 2006 gefällt werden. Grund für die lange so vorsichtige Politik der EU gegenüber Rumänien waren v. a. die schlechten Erfahrungen bei der Umsetzung vereinbarter Reformen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen. So haben Regierungen Verpflichtungen nicht eingehalten oder nur verzögert umgesetzt. Insbesondere haben sich neue rumänische Regierungen regelmäßig nicht an die Versprechen ihrer Vorgänger gebunden gefühlt. Doch die EU ließ sich auch nur deshalb so zögerlich auf Rumänien ein, weil Rumäniens Reformrückstand besonders groß war, die innenpolitischen Spannungen nicht nachzulassen schienen und Rumänien, auch wegen seiner Größe und seiner kulturellen Besonderheiten, wenige Fürsprecher in der EU hatte.<sup>235</sup>

Dies erklärt, warum die EU schon frühzeitig drei Sicherheitsmechanismen bzw. „Schutzklauseln“ entworfen hat, um einen rumänischen Beitritt bei Bedarf im letzten Moment noch verhindern oder zumindest verschieben zu können.

Mit der **ersten Schutzklausel**, die es auch für die zehn neuen Mitgliedstaaten gab, hat sich die EU vorbehalten, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und einen Beitritt – allerdings nur bei einstimmigen Votum des Europäischen Rates – zu verhindern, wenn die Umsetzung der Verpflichtungen zum Binnenmarkt und im Bereich Justiz und Innere Angelegenheiten mangelhaft ist.<sup>236</sup>

Die **zweite Schutzklausel**, die nur für Bulgarien und Rumänien entwickelt wurde, besagt, dass bei Versäumnissen in wichtigen Bereichen bei Einstimmigkeit des Europäischen Rates der Beitrittstermin auf den 1.1.2008 verschoben werden kann.<sup>237</sup>

Schließlich hat die EU eine **dritte, sog. Super-Schutzklausel**, speziell für Rumänien, entworfen, die elf konkrete Vorgaben in der Wettbewerbspolitik und im Bereich Justiz und Innere Angelegenheiten umfasst, die Rumänien vor einem EU-Beitritt verwirklicht haben muss. Eine qualifizierte Mehrheit im Europäischen Rat kann bei Nichterfüllen eine Verschiebung des Beitritts auf 2008 erwirken.<sup>238</sup>

(3) Rumänien hat seit Anfang der 90er Jahre und verstärkt seit 1999 EU-Beihilfen erhalten (1999-2005: €650-700 Mio. p. a.). Dabei ist Rumänien im Wesentlichen

<sup>234</sup>Vgl. Treaty Concerning the Accession of the Republic of Bulgaria and Romania to the European Union, Luxemburg, 25.4.2005; bfai, Wirtschaftsführer, S.25.

<sup>235</sup>Vgl. Leïße, EU-Beitritt, S.6; Gabanyi, Rumänien, S.7f.

<sup>236</sup>Vgl. Accession Treaty, Artikel 36-38, und Gabanyi, Rumänien, S.5.

<sup>237</sup>Vgl. Gabanyi, Rumänien EU Beitritt, S.11.

<sup>238</sup>Vgl. Accession Treaty, Annex IX; Gabanyi, Rumänien, S.5 und S.11-16.

Empfänger von Zahlungen aus drei Programmen: ISPA (für die Bereiche Verkehr und Umwelt seit 2000), SAPARD (für die Landwirtschaft seit 2000) und PHARE (für Infrastruktur und Institutionen seit 1989).<sup>239</sup> Weiter kann Rumänien für 2006 mit €1,2 Mrd., in den ersten drei Jahren nach dem Beitritt mit ca. €2 Mrd. p. a. rechnen. Die Verwendung der EU-Gelder wird hier beispielhaft am PHARE-Programm dargestellt, aus dem 1999-2005 €2,6 Mrd. nach Rumänien flossen.<sup>240</sup>

In einem Sonderbericht hat der Rechnungshof des Europäischen Gerichtshofes die Verwendung von PHARE-Geldern zwischen 2000 und 2005 überprüft. Dabei kommt der Rechnungshof zu dem Ergebnis, dass die mit EU-Geldern finanzierten Projekte zwar den PHARE-Zielen entsprachen, aber „bei über der Hälfte der geprüften Investitionsprojekte (...) die Investitionsgüter nicht oder nur zum Teil für die beabsichtigten Zwecke eingesetzt [wurden].“<sup>241</sup> Das bedeutet, dass die Hälfte der Projekte zum vereinbarten Termin nicht wie geplant liefen. In mehreren Fällen lagen die 3-Jahres-Projekte um zwei Jahre in der Planung zurück. Gründe für die mangelhafte Umsetzung sieht der Rechnungshof in der fehlenden kohärenten Strategie, die alle ausführenden Beteiligten berücksichtigt, die zu geringen Verwaltungskapazitäten und die von rumänischer Seite aus nicht ausreichend beigesteuerten Mittel.<sup>242</sup>

Im Ergebnis sind die Reformen zur Vorbereitung eines EU-Beitritts die möglicherweise wichtigste, von der rumänischen Regierung beeinflussbare Komponente zur Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für FDI's gewesen. Entscheidend ist dabei, dass, trotz aller Probleme der rumänischen Regierungen bei der Beitrittspolitik, als wenig wahrscheinlich gilt, dass eine der Schutzklauseln zur Anwendung kommen und der Beitrittstermin Rumäniens verschoben werden wird.<sup>243</sup>

Gleichwohl haben die innenpolitischen Querelen und der ambivalente Kurs Rumäniens zu EU-Fragen zu Recht Kritik an der politischen Verlässlichkeit Rumäniens hervorgerufen und auch Investoren verunsichert. Der regionale Vergleich zeigt hierbei, dass eine innenpolitische (Grund-) Konsensbildung in EU-Fragen elementar für den Vertrauensaufbau ist. Dass dies auch leistbar ist, zeigt der kroatische Fall: So wurde dort ein Rat mit Beteiligung aller Parlamentsparteien eingerichtet, der

<sup>239</sup>Vgl. Larive, Romania, S.45f.; Deloitte, Overview, S.29. und HVB, Europa, S.11.

<sup>240</sup>PHARE = „Poland & Hungary Assistance for Restructuring the Economy“; vgl. EBRD, Romania, S.33; HVB, Accession, S.17; ABN-AMRO, Gap, S.26, Deloitte, Overview, S.29.

<sup>241</sup>Europäischer Gerichtshof, Sonderbericht Nr. 4/2006 über PHARE-Investitionsprojekte in Bulgarien und Rumänien, Brüssel 27.06.2006, S.6.

<sup>242</sup>Vgl. ebd., S.6, 14 und 16.

<sup>243</sup>Der Abschluss der Vertragsratifizierung steht noch aus; vgl. bfai, Wirtschaftsführer, S.25.

das gemeinsame Ziel des EU-Beitritts vor Augen hat und tagespolitische Auseinandersetzungen vermeidet. Der Rat verhindert, dass EU-Vorgaben prinzipiell in Frage gestellt werden und stellt zudem sicher, dass die Vorgaben möglichst schnell und effizient abgearbeitet werden.<sup>244</sup>

Das PHARE-Programm wiederum zeigt, dass in Rumänien die Verwendung von EU-Geldern noch nicht optimal verläuft. Wie bei anderen bereits untersuchten Maßnahmen konnten Projekte zwar zentral angemessen definiert werden, doch waren die (meist lokalen) Behörden häufig mit der Umsetzung überfordert. Der Vergleich mit Bulgarien, dessen Verwendung von PHARE-Geldern ebenfalls vom Rechnungshof überprüft wurde, zeigt jedoch auch, dass dies kein rein rumänisches Problem ist, da auch in Bulgarien die mangelnden Verwaltungskapazitäten und die fehlende Abstimmung zwischen Behörden kritisiert wurde.<sup>245</sup>

## 5 Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der rumänischen Bemühungen zur Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für FDI's dargestellt. Dabei wird untersucht, wie sich die Reformen auf die rumänischen FDI-Zahlen ausgewirkt haben, wie die Reformpolitik Rumäniens im Gesamten zu bewerten ist und welche Lehren zukünftige EU-Beitrittskandidaten aus dem Fall Rumäniens ziehen können.

### 5.1 Reformauswirkungen auf FDI's in Rumänien

Bei der Analyse der Reformauswirkungen auf die FDI-Entwicklung in Rumänien wird auf (1) die Gesamtentwicklung, (2) die unterschiedlichen Formen von FDI's, (3) die Zielindustrien, (4) die Zielregionen und (5) die Herkunftsländer eingegangen. In diesem Zusammenhang wird auch der regionalen Vergleich berücksichtigt.

(1) Wie Abbildung 16 zeigt, haben sich die FDI's in Rumänien stark, mit einem CAGR von 44%, entwickelt, und zwar von \$40 Mio. (1993) auf \$6,5 Mrd. (2005).<sup>246</sup>

Eine deutliche Zunahme war dabei v. a. seit 1997 durch die steigenden Privatisierungserlöse zu verzeichnen. Auch haben die FDI's erheblich an Bedeutung für das

<sup>244</sup>Vgl. Sanader, EU-Kommission.

<sup>245</sup>Vgl. Europäischer Gerichtshof, PHARE, S.16ff., 23 und 26.

<sup>246</sup>Die Abweichungen zu Kapitel 3 resultieren aus den unterschiedlichen Währungsdarstellungen. Für historische Zahlen existieren nur Angaben in US-Dollar; vgl. UNCTAD, FDI database, [www.unctad.org/Templates/Page.asp?intItemID=1923&lang=1](http://www.unctad.org/Templates/Page.asp?intItemID=1923&lang=1); WIIW, Datenbank, S.8.

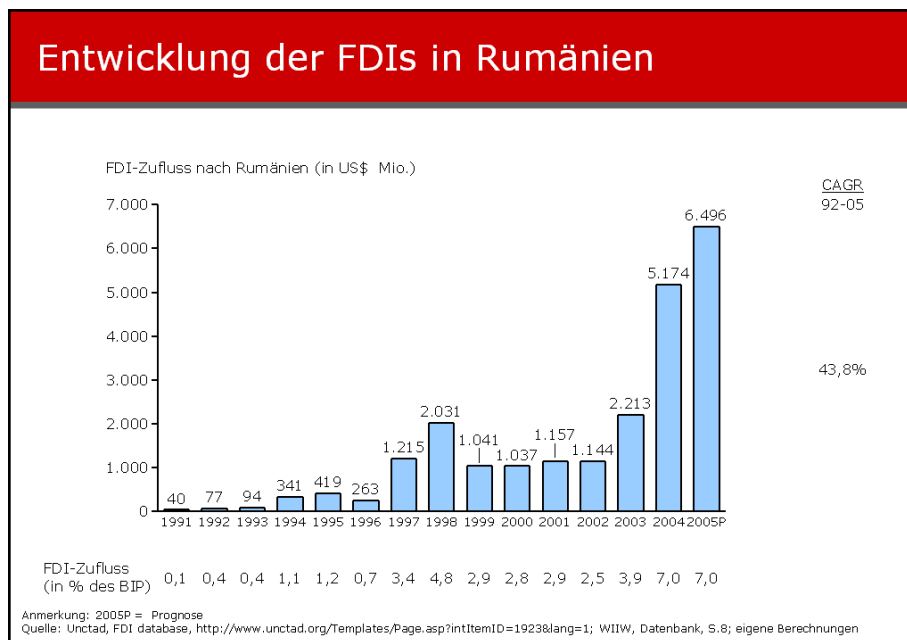


Abbildung 16: Entwicklung FDI-Zufluss

BIP gewonnen. Während die FDI-Zuflüsse nach Rumänien 1994-2002 durchschnittlich 2,5% des BIP ausmachten, lag dieser Wert im Jahr 2004 bereits bei 7% des BIP. Polen und die Ukraine erhielten im gleichen Jahr FDIs, die lediglich 2,5% bzw. 2,6% des BIP ausmachten.<sup>247</sup> Ferner hat sich die Zahl der Investoren deutlich erhöht. Hielten 2000 noch ca. 77 Tsd. ausländische Investoren gezeichnetes Kapital in Rumänien, waren es 2005 bereits 111.580. Schließlich sind die FDIs im Verhältnis zu den Bruttoanlageinvestitionen gestiegen, allein 2002-2004 von 12% auf 32%, was die wachsende Bedeutung der ausländischen vs. den inländischen Investitionen unterstreicht.<sup>248</sup>

Auch Rumäniens FDIs Pro-Kopf sind deutlich gestiegen, von €43 (1997) auf €240 (2005). Damit hat Rumänien im osteuropäischen Vergleich eine gute Position im Mittelfeld erreicht (siehe Abbildung 17).<sup>249</sup>

(2) Die rumänischen Behörden unterscheiden bei der FDI-Datenerhebung nicht zwischen unterschiedlichen FDI-Arten. Dennoch ist bekannt, dass die Privatisierungen die FDIs mit über 50% in den letzten Jahren dominiert haben. Deutlich wird der große Einfluss von Privatisierungen auf FDIs anhand der Privatisierung der Ölgesellschaft Petrom im Jahr 2004, die für €1,4 Mrd. von der österreichischen OMV erworben wurde und die damit alleine 37% der FDIs 2004 ausmachte.<sup>250</sup>

<sup>247</sup>Vgl. Neuhaus, Direktinvestitionen, S.18ff.; WIIW, Datenbank, S.1.

<sup>248</sup>Vgl. Oficial National Al Registrului Comertului, Societati Comerciale Cu Participare Straina La Capital, Sinteza Statistica, Bukarest 2006, S.10; UNCTAD, WIR 2005, S.321.

<sup>249</sup>Vgl. WIIW, Datenbank, S.3; vgl. HVB, Europa, S.6, UNCTAD, Database.

<sup>250</sup>Vgl. Voinea, Liviu, Revisiting FDI Patterns in Transition. The case of Romania, EACES Confe-



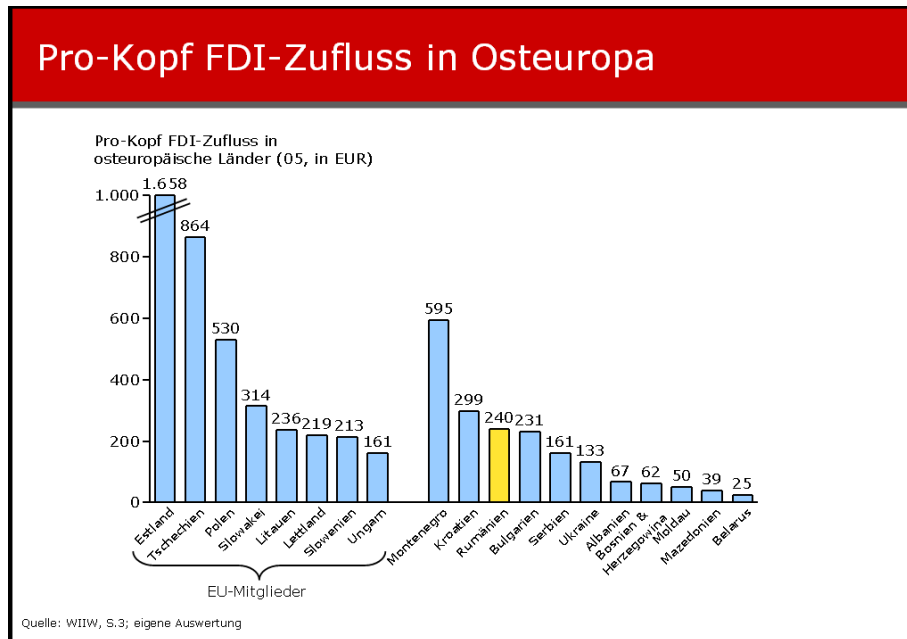


Abbildung 17: Pro-Kopf FDI-Zufluss

Die zweitwichtigste Investitionsform in Rumänien sind die Greenfield Investments, die allerdings immer noch relativ selten sind. 2002 gab es 112 Greenfield-Projekte, 2004 waren es 168. In Ungarn waren es 2004 bereits 211 und in Polen 230. Der Schwerpunkt der Greenfield Investments lag auf der Automobilindustrie und dem Handel.<sup>251</sup> Hierunter waren zwar einige Standortverlagerungen, doch überwiegend handelte es sich um ein weiteres Standbein, das die heimische Produktion ergänzte, sodass nur begrenzt von einem echten Offshoring, also einer kompletten Verlegung des Produktionsstandortes, gesprochen werden kann.

(3) Die sektorale Verteilung der FDI-Zuflüsse war 1991-2004 stark von der Industrie geprägt, die in diesem Zeitraum 54,4% der FDIs erhielt. Wichtige Treiber waren hierbei die Lebensmittel-, Getränke- und Tabakindustrie sowie die Automobilindustrie, die in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen hat.

19,8% der FDIs fielen auf Dienstleistungen und dabei insbesondere auf den Telekommunikations- und den Bankensektor. Der Groß- und Einzelhandel erhielt 1991-2004 14,5% der FDIs. Die Landwirtschaft konnte in diesem Zeitraum hingegen nur 0,9% der FDIs anziehen. Hochtechnologien, wie die Elektronik, machten zwischen 1991-2002 lediglich 2% aus.<sup>252</sup> Insgesamt muss festgehalten werden, dass die FDIs

rence Paper, 2002, S.1-11, S.4f; OECD, Policy, S.18; ABN-AMRO, Gap, S.22; eigene Berechnungen.

<sup>251</sup>Vgl. UNCTAD, WIR 2005, S.75 und S.257f.; Larive, Romania, S.45.

<sup>252</sup>Vgl. National Bank of Romania, Romania. Economic update, banking system and investment climate, Bukarest 2003, S.40ff und 49; bfai, Wirtschaftsführer, S.63f.; Bank Austria Rumänien, S.11; National Trade Register, Proceedings in the Central Trade Register, Bukarest 2003, S.8.

die Sektorentwicklung Rumäniens nur unwesentlich beeinflusst haben. Insbesondere ist es nicht gelungen, den Agrarsektor europäischen Vorbildern anzupassen.

(4) Regional konzentrierten sich die FDI's stark auf den Großraum Bukarest, wohin 1991-2004 allein 56% der Investitionen flossen. Insbesondere an der Grenze zu Moldova, gab es nur vereinzelt FDI's. Hier zeigt sich, dass der starke Fokus auf die Privatisierung von Betrieben, die häufig in der Hauptstadt und der Region am Schwarzen Meer angesiedelt waren, eine breitflächige Investitionspolitik und die Abnahme des regionalen Gefälles – trotz regionaler Förderungen – verhindert hat.<sup>253</sup>

(5) Die FDI's in Rumänien wurden 2005 zu 70% von Firmen aus der EU gehalten. Wichtigster ausländischer Investor in Rumänien waren Ende 2005 die Niederlande mit 16,6% des akkumulierten gezeichneten Kapitals (ca €2,2 Mrd.) in über 2.300 Firmen. Weitere große Investoren waren Österreich (14,5%) und Deutschland (9,5%), dessen Engagement sich stark auf kleine (insgesamt 12.898) Firmen mit Investitionen bis zu €40 Tsd. fokussierte. Die geplanten Privatisierungen werden voraussichtlich dazu führen, dass Österreich in Zukunft eine herausragende Rolle als Auslandsinvestor einnehmen wird. Positiv zu bewerten ist, dass eine relativ große Anzahl von Ländern, 2005 waren es 50, in Rumänien investiert, da so eine einseitige Abhängigkeit von einigen wenigen Ländern vermieden wird.<sup>254</sup>

## 5.2 Gesamtbewertung der Investitionspolitik Rumäniens

Auch wenn die Reformenerfolge Rumäniens durch bestimmte Maßnahmen nicht quantifizierbar sind, ist es gleichwohl möglich, in der Gesamtbewertung der rumänischen Investitionspolitik fünf Kernergebnisse zu konstatieren:

(1) *Der späte Reformbeginn hat erhebliche Wettbewerbsnachteile verursacht.*

Ob Korruptionsbekämpfung, Gesellschaftsrecht oder Privatisierung - praktisch alle nachhaltigeren Reformen setzten erst Mitte der 90er Jahre und damit deutlich später als in vielen anderen osteuropäischen Staaten ein. Daher konnte Rumänien seine guten Ausgangschancen, bedingt durch die vorteilhaften kurzfristig nicht-beeinflussbaren Rahmenbedingungen, nicht nutzen, um auch mit aktiven Maßnahmen Firmen in größerer Menge in der ersten Transformationsphase nach 1989 anzulocken. Doch als Konsequenz bleibt festzuhalten, dass zum einen die Rumänen

<sup>253</sup>Vgl. Registrului Comertului, Statistica, S.24; bfai, Wirtschaftsführer, S.43f.

<sup>254</sup>Vgl. Registrului Comertului, Statistica, S.8; Larive, Romania, S.44 und 47.

erst später als ihre Nachbarn vom Wirtschaftsaufschwung profitieren konnten. Zum anderen hatten sich ausländische Investoren zum Zeitpunkt einer wirtschaftlichen Stabilisierung Rumäniens schon auf andere osteuropäische Länder fokussiert, was ebenfalls den lange Zeit geringen FDI-Zufluss erklärt. Schließlich führten die lange fehlenden Reformen dazu, dass viele Staatsbetriebe so heruntergewirtschaftet waren, dass eine gewinnbringende Privatisierung praktisch nicht mehr möglich war.

Aus diesem Befund lässt sich einerseits die Frage ableiten, ob eine „Schocktherapie“ mit einer zügigeren Umwandlung zu einer funktionierenden Marktwirtschaft nicht erfolgreicher für die Anziehung von FDIs, aber auch für die Wirtschaftsentwicklung allgemein, als der eingeschlagene graduelle Reformprozess gewesen wäre.<sup>255</sup> Andererseits ist fraglich, inwieweit Rumänien es zukünftig gelingen wird, Firmen, die nicht bereits in (anderen) osteuropäischen Staaten aktiv sind, noch von den Vorteilen von Investitionen in Rumänien, statt z. B. in den günstigen Produktionsstandorten in Asien, zu überzeugen.

(2) *Die mangelnde Koordination zwischen Planung und Umsetzung war einer der entscheidenden Gründe für eine lange Zeit erfolglose Reformpolitik Rumäniens.*

Insbesondere war für Rumänien die Diskrepanz zwischen Gesetzgebung einerseits und Umsetzung durch die Bürokratie andererseits bezeichnend. Dieser Malus zieht sich durch alle diskutierten Maßnahmen. So wurden häufig Reformen auf nationaler Ebene ausgelöst, ohne dass lokale Stellen ausreichend hinsichtlich der Bedeutung und Reichweite der Reformen geschult und informiert worden wären. Die Defizite fanden sich in allen Behörden wieder, wie in Justiz-, Steuer- und Wettbewerb. Bezeichnend ist hierbei der oben dargestellte Fall der PHARE-Gelder, für die die Verwendung zwar klar definiert wurde, aber die lokalen Behörden weder die Ziele hinreichend erklärt bekamen noch ausreichend personelle Unterstützung für die Umsetzung erhielten.<sup>256</sup>

(3) *Auf Grund der vielschichtigen Reformen ist Rumänien, auch im regionalen Vergleich, ein attraktiver Investitionsstandort geworden.*

Besonders erfolgreiche Maßnahmen waren hierbei aus Investorensicht die Privatisierung, der verbesserte Rechtsrahmen (z. B. die Stärkung des Eigentumsrechts) und die positive Entwicklung der Beziehungen zur EU. Zwar sind die Auswirkungen der Steuerreform auf die FDIs (noch) nicht in vollem Maße absehbar, doch ist die Einführung der flat tax von (nur) 16% positiv zu beurteilen und hat Rumänien

<sup>255</sup>Vgl. Maniu, Explaining growth, S.41.

<sup>256</sup>Vgl. Abschnitt 4.3.3.

letztlich zu einer erheblichen Verbesserung seiner Wettbewerbsposition verholfen.<sup>257</sup> Weniger erfolgreiche Maßnahmen waren die Investitionsgesetzgebung, die Korruptionsbekämpfung und der Aufbau einer öffentlichen Infrastruktur.

Hinsichtlich der analysierten Kategorien ist festzuhalten, dass die wirtschaftlichen Maßnahmen (und hierbei insbesondere die Privatisierungen) letztlich die größten Erfolge gebracht haben. Die rechtlichen Maßnahmen haben zwar wichtige Voraussetzungen für zukünftige FDIs (Greenfield Investments) geschaffen, wie ein gelungenes Gesellschaftsrecht für Firmenneugründungen, wurden aber häufig nicht ausreichend von politischen Maßnahmen flankiert. So gab es, wie dargestellt, zahlreiche Bemühungen, die Korruption mit rechtlichen Mitteln zu bekämpfen, doch fehlte häufig der politische Wille, die neuen Anti-Korruptionsgesetze auch umzusetzen, ohne sie zur Verfolgung politischer Gegner zu missbrauchen.

Letztlich hat sich auch die Risikoeinschätzung des Standorts Rumäniens verbessert. So konnte sich Rumänien im AT Kearney „FDI Confidence Index“, der die Attraktivität und Sicherheit von Investitionsstandorten bewertet, von 2004 auf 2005 vom 42. auf den 25. Platz verbessern.<sup>258</sup> Im Euromoney Länderrisiko konnte sich Rumänien von Platz 68 (2004) auf Platz 65 (2006) steigern, gilt nun als „Investitionsland mit geringem Risiko“ und liegt damit nur noch einen Platz hinter Bulgarien.<sup>259</sup>

(4) *Trotz der Privatisierungserfolge ist Rumäniens anhaltende Abhängigkeit von ihnen in Bezug auf die Attraktivierung von FDIs kritisch zu beurteilen:*

Zum einen kann es ein Nachteil sein, dass bei Privatisierungen – im Gegensatz zu Greenfield Investments – das ausländische Geld in erster Linie in Staatshände fließt und nicht der Privatwirtschaft zugute kommt. Dies ist insbesondere im rumänischen Fall zu beachten, da die Regierung wiederholt geringes Verantwortungsbewusstsein bei der Verwendung öffentlicher Gelder gezeigt hat, z. B. im Straßenbau und bei einigen PHARE-Projekten. Zum anderen ist zu befürchten, dass das Privatisierungspotenzial bald erschöpft sein wird, da Privatisierungen (maximal) nur möglich sind, bis alle Staatsfirmen in privater Hand sind. Der Höhepunkt der Privatisierungen wird 2007 möglicherweise bereits überschritten sein; die ARIS rechnet noch für 2006 mit FDIs von ca. €5,8-6,2 Mrd., während sie 2007, mangels größerer Privatisierungspro-

<sup>257</sup>Vgl. Larive, Romania, S.45; ARIS, Benefits, S.16; EBRD, Latest strategy.

<sup>258</sup>Vgl. AT Kearney, FDI Confidence Index. Global Business Policy Council, 8, Alexandria/ VA 2005, S.2.

<sup>259</sup>Vgl. CICD, Climate, S.39.

jekte, lediglich von Investitionen von €3,2 bis 4,0 Mrd. ausgeht.<sup>260</sup>

So scheint unausweichlich, dass Rumänien sich in Zukunft stärker auf Greenfield Investments konzentrieren muss. Dabei wäre ein Fokus auf Offshoring-Aktivitäten, v. a. auch durch KMUs, besonders wichtig für ein nachhaltiges ausländisches Engagement.<sup>261</sup> Doch es bleibt abzuwarten, ob die Greenfield Investments die Privatisierungen tatsächlich zukünftig kompensieren können. Voraussetzungen dafür wären auch eine deutliche Verbesserung der (Verkehrs-)Infrastruktur, von der Greenfield Investments, z. B. zum Import von Produktionsmitteln, stark abhängig sind.<sup>262</sup>

(5) *Die rumänische Investitionspolitik muss stärker im Zusammenspiel zwischen Regierung und Investoren entwickelt werden.*

Die Politik Rumäniens, zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für FDI's war geprägt von autonomen Entscheidungen des Staates, die häufig den Verdacht erregten, an den Bedürfnissen der Investoren „vorbeizureformieren“. So zeigt die mangelnde Nutzung der zahlreichen eingerichteten Industrieparks, dass hier zwar mit großem Aufwand eine Investitionsgesetzgebung entwickelt worden war, diese aber offensichtlich wenig mit den Erwartungen der Investoren übereinstimmte. Zwar zeigen die Publikationen des FIC<sup>263</sup>, dass die Investoren in den letzten Jahren verstärkt ihre Ideen in den Gesetzgebungsprozess einbringen konnten, doch wird eine stärkere Zusammenarbeit der rumänischen Regierungen mit Investoren in Zukunft unerlässlich sein. So könnten Kooperationen im Bildungsbereich, z. B. durch engere Absprachen mit technischen Universitäten, sicherstellen, dass das in den ausländische Firmen benötigte Wissen auch an potenzielle Mitarbeiter vermittelt wird. Ferner sehen auch Investoren PPP-Projekte als eine ausbaufähige Kooperationsform an.<sup>264</sup> Schließlich könnte ARIS in Kooperation mit bereits in Rumänien verankerten ausländischen Firmen stärker genutzt werden, um den Investitionsstandort Rumänien bekannter zu machen und den angestrebten Abbau der bürokratischen Hürden, z. B. durch die Einrichtung einer One-Stop-Shop-Agentur, zu forcieren.

<sup>260</sup>Siehe Abschnitt 4.2.3; vgl. WIIW, Datenbank, S.2; OECD, Policy, S.20.

<sup>261</sup>So auch: Bank Austria Rumänien, S.14.

<sup>262</sup>Vgl. EBRD, Latest strategy.

<sup>263</sup>Siehe FIC, Climate 2002 und FIC, FDI 2005.

<sup>264</sup>Vgl. Walther, Wirtschaftsumfrage.

### 5.3 Lehren für zukünftige EU-Beitrittskandidaten

Die Bemühungen Rumäniens günstige Rahmenbedingungen für FDIIs zu schaffen, können für Länder, wie z. B. Serbien und die Ukraine, als interessantes Beispiel dienen, da sie ebenfalls einen Transformationsprozess durchschreiten und potenzielle EU-Beitrittskandidaten sind. So lassen sich aus Rumäniens Fall drei Lehren ziehen:

(1) *Erst echte Anreize, wie die EU-Beitrittsperspektive, forcieren Reformen, die auch die Rahmenbedingungen für FDIIs entscheidend verbessern.*

Losere Kooperationsformen, wie Assoziierungs- und Kooperationsabkommen haben, so zeigt das rumänische Beispiel, keinen vergleichbaren Effekt. Erst die Einsicht, dass der erwünschte EU-Beitritt nur mittels Reformen möglich sein würde, machte den rumänischen Reformwillen zu einer treibenden politischen Kraft. Dieser Reformwille leistete gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag für die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen von FDIIs.<sup>265</sup> Der anvisierte EU-Beitritt ist hierbei auch deutlich effektiver als kurz- und mittelfristige Zuwendungen und Kredite anderer internationaler Finanzorganisationen wie EBRD und IWF, die kaum nachhaltigen Einfluss auf Reformen in Rumänien nehmen konnten.

Gleichzeitig sollten EU-Beitrittskandidaten eine klare Kosten-Nutzen-Abwägung eines EU-Beitritts treffen, da die Reformbemühungen sowie der EU-Beitritt auch Nachteile mit sich bringen, wie der Fall Rumäniens gezeigt hat, indem z. B. durch die Einführung der EU-Standards auch Wettbewerbsvorteile abgebaut wurden.<sup>266</sup> Schließlich darf nicht vernachlässigt werden, dass die Reformen auch (zumindest kurzfristige) negativen Folgen für die Bevölkerung, wie Arbeitslosigkeit etc., verursachen können, die abgefedert werden oder unter der Perspektive erfolgen müssen, dass ein EU-Beitritt tatsächlich dauerhafte Verbesserungen bewirken wird.

(2) *Das rumänische Beispiel zeigt, dass der Hürdenabbau wichtiger als der Anreizaufbau bei der Attraktivierung von FDIIs ist und ersterer auch Priorität bei der Investitionspolitik von EU-Beitrittskandidatenländern genießen sollte.*

So sind Maßnahmen wie die Einrichtung von Investitionsagenturen (ARIS) und Industrieparks, aber auch die Senkung der Unternehmenssteuern interessante Maßnahmen zur Standortattraktivierung. Doch durch den rumänischen Fall wird deutlich, dass es, zumindest in der Anfangsphase, eher hürdenabbauende Maßnahmen

<sup>265</sup>Vgl. Maniu, Explaining growth, S.101.

<sup>266</sup>Vgl. Müller, Rumänien, S.63.

sind, die geeignet sind, FDIs anzuziehen. Beispiele sind die Stärkung der Rechtssicherheit, aber auch die Verbesserung der Arbeit der Verwaltung, da hierdurch Investitionen bürokratisch und finanziell entlastet und die Planungssicherheit erhöht wird.

Die besondere Problematik beim Anreizaufbau ist eine dreifache: Er muss genau die Bedürfnisse der Investoren treffen, er muss klare Vorteile gegenüber Angeboten im regionalen Vergleich haben und er muss im konkreten Fall auf den Zeitpunkt einen EU-Beitritts abgestimmt sein. So müssen die Förderungen, z. B. für Sonderwirtschaftszonen, rechtzeitig eingerichtet werden, weil die Aufrechterhaltung von Quasi-Subventionen in der Regel nach EU-Beitritt nicht mehr möglich ist und weil Firmen kurz vor einem nahenden Beitritt weniger geneigt sein werden, allein wegen der (auslaufenden) Förderungen Investitionen zu tätigen. Die Schwierigkeiten Rumäniens in allen diesen Punkten zeigen, dass der Hürdenabbau im Ergebnis effektiver und effizienter als der Anreizaufbau für die Attraktivierung von FDIs ist.

Einen ambivalenten Fall des Hürdenabbaus stellt die Korruption dar. So wird ihre Bekämpfung zwar einerseits von Investoren als wichtiger Standortfaktor (in Rumänien) genannt.<sup>267</sup> Andererseits kann der geschickte Einsatz von Bestechungsgeldern den Investoren z. T. auch – selbstverständlich illegale – Vorteile einbringen, insbesondere dann, wenn sie schon länger im Markt aktiv sind und die „Spielregeln“ der Korruption beherrschen. Auch Rumänien hat gezeigt, dass die anhaltende Korruption den starken Zufluss von FDIs der letzten Jahre nicht verhindert hat.<sup>268</sup> So wird möglicherweise die negative Wirkung von Korruption auf FDIs von manchen Beobachtern<sup>269</sup> überschätzt. Gleichwohl wäre es völlig falsch, EU-Beitrittskandidaten zu raten, die Korruption nicht zu bekämpfen, da die langfristig nachteiligen Folgen von Korruption auf Volkswirtschaften unbestritten sind.

(3) *Eine vertrauensschaffende, konsistente und termintreue Investitionspolitik ist die Grundvoraussetzung für die Attraktivierung von FDIs.*

Hierbei ist essentiell, dass politische und rechtliche Zusagen eingehalten werden und dass nicht, wie allzu häufig im rumänischen Fall, Entscheidungen vorheriger Regierungen (z. B. beim Straßenbau) ignoriert oder eigene Versprechungen (z. B. Steuererleichterungen) wieder zurückgenommen werden. Ferner ist eine kohärente

<sup>267</sup>Siehe auch die Ergebnisse der AHK-Umfrage in Abbildung 2.

<sup>268</sup>Siehe Ergebnisse in Abschnitt 4.3.1.

<sup>269</sup>Vgl. World Bank, Anticorruption, S.27.

Umsetzungsstrategie notwendig, die ein klares Verständnis des Reformzieles hat und durch ein straffes, über die notwendigen Kompetenzen verfügendes Projektmanagement unterstützt wird. Dies gilt insbesondere auch für EU-Vorgaben, die häufig einerseits ambitioniert und andererseits – wie im rumänischen PHARE-Beispiel – wenig konkret sind. Schließlich müssen EU-Beitrittskandidaten ein realistisches Timing ihrer Reformen entwickeln; dies trifft v. a. dann zu, wenn es um die Erfüllung von EU-Normen geht, die häufig komplizierte inländische Konsequenzen nach sich ziehen. Dabei ist auch ein solides „Expectation Management“ gegenüber der EU wichtig. So hat die EU teilweise mit den vielen weitgehenden Reformen, die sie Rumänien abverlangte, die Bevölkerung und das Personal in der lokalen Exekutive überfordert. Dies führte häufig zur Nicht-Erfüllung von Vorgaben, bei denen Rumänien häufig stark – und z. T. auch zu Unrecht – kritisiert wurde. Dies hätte durch eine früheres und nachdrücklicheres Hinweisen Rumäniens auf Umsetzungsschwierigkeiten verhindert werden können. Auch Kroatien hat nach Aufnahme seiner Beitrittsverhandlungen festgestellt, dass das Aushandeln längerer Übergangsfristen mit der EU durchaus möglich und notwendig ist, um Kritiker im Inland und in der EU zu beruhigen.<sup>270</sup>

## 6 Schlussbetrachtung und Forschungsausblick

Die Arbeit hat gezeigt, dass es Rumänien möglich gewesen ist, sich mit weitreichenden Reformen innerhalb von ca. zehn Jahren, auch im regionalen Vergleich, zu einem attraktiven Standort für FDIs zu entwickeln.

Die Gründe für den Erfolg waren eine weitgehend gelungene Privatisierungspolitik, eine deutliche Stärkung der Rechtssicherheit und zahlreiche Reformen im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen. Dabei waren die Maßnahmen der wirtschaftlichen Kategorie am erfolgreichsten.

Gleichwohl darf nicht vergessen werden, dass die Reformen, trotz günstiger nicht-beeinflussbarer Ausgangsbedingungen, erst sehr spät einsetzten und Rumänien der Anschluss an die Konkurrenten in Osteuropa als Wirtschaftsmacht und als attraktiver Investitionsstandort erst jüngst gelungen ist. Wichtige reformhemmende Faktoren waren dabei die sich häufig ändernde Gesetzgebung, die mangelnde Koordination der Reformen, die anfangs geringe Rechtssicherheit und die schwache Verwaltung.

Im Ergebnis ist Rumänien heute ein attraktiver Standort, der allerdings Zukunfts-

---

<sup>270</sup>Vgl. Obradovic, Tamara, Vize-Außenministerin Kroatiens, Gespräch in Zagreb am 27.6.2006.



strategien entwickeln muss, um auch nach Auslaufen der Privatisierungen weiter FDI's anzuziehen. Um insbesondere mehr Greenfield Investments anzuziehen, werden zukünftige Regierungen ihren Schwerpunkt auf die Korruptionsbekämpfung, einen reibungslosen EU-Beitritt und einen stärkeren Anreizaufbau legen müssen.

Von den Erfolgen und Fehlschlägen Rumäniens können EU-Beitrittskandidaten einiges lernen, insbesondere über die Bedeutung der EU-Beitrittsperspektive für die Investitionspolitik, über die Vorteile des Hürdenabbaus gegenüber dem Anreizaufbau und über die Wichtigkeit von Glaubwürdigkeit in der Politik für nachhaltige Investitionen.

Für weitere Forschungen wäre es interessant zu beleuchten, welche der einzelnen Maßnahmen der rumänischen Regierung die Entscheidung ausländischer Firmen beeinflusst hat, in Rumänien zu investieren. Darüber hinaus ist auch denkbar, dass andere Kriterien als die von der Regierung geschaffenen Maßnahmen, wie niedrige Arbeitslöhne im Land, die alles entscheidenden Faktoren für FDI's gewesen sind. Hierbei scheint es lohnend zu sein herauszuarbeiten, inwieweit sich Erwartungen und Verhalten der investierenden Firmen mit den tatsächlich implementierten Maßnahmen der rumänischen Regierung decken. Des Weiteren wäre es interessant zu analysieren, inwieweit Rumänien ein europäisches Phänomen darstellt oder ob es nicht auch Parallelen zu anderen Transformationsländern, z. B. in Asien oder Südamerika, gibt, von denen noch mehr über die Erfolge bei der Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für FDI's zu lernen ist.

## 7 Literaturverzeichnis

- ABN-AMRO Romania, Romania vs. Poland - A narrowing gap, in: RBD, S.21-26; *zitiert als: ABN-AMRO, Gap.*
- Amiti, Mary; Wei, Shang-Jin, Fear of Service Outsourcing: Is It Justified?, IMF Working Paper 186, 2004, S.1-41.
- AT Kearney, FDI Confidence Index. Global Business Policy Council, 8, Alexandria/VA 2005.
- Banca Comerciala Romana, Evolution and Prospects of the Romanian Economy, in: RBD, S.67-73; *zitiert als: BCR, Romanian Economy.*
- Bank Austria Creditanstalt, Investitionsleitfaden Rumänien, 2. Auflage, Wien 2006; *zitiert als: Bank Austria, Investitionsleitfaden.*
- Belke, Ansgar; Baumgärtner, Frank; Schneider, Friedrich u. a., The Different Extent of Privatisation Proceeds in EU Countries: A Preliminary Explanation Using a Public Choice Approach, in: IZA Discussion Papers, 1741, 09/2005.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.), Bertelsmann Transformation Index 2006, Gütersloh 2006; *zitiert als: Bertelsmann, BTI 2006.*
- Bertelsmann Stiftung (Hg.), Bertelsmann Transformation Index 2006. Romania, Gütersloh 2006, *zitiert als: Bertelsmann, Romania.*
- Boes, Andreas; Schwemmler, Michael, Was ist Offshoring?, in: Dieselben (Hg.), Bangalore statt Böblingen? Offshoring und Internationalisierung im IT Sektor, Hamburg 2005, S.9-12.
- Boia, Lucian, Historische Wurzeln der politischen Kultur Rumäniens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 27, 2006, S.13-20.
- Bolesch, Cornelia, Hoffen auf die Gnade Brüssels, in: Süddeutsche Zeitung, 29.09.2004.
- Brainard, William, A Simple Theory of Multinational Corporations and Trade with a Trade-off between Proximity and Concentration, Working Paper 4269, National Bureau of Economic Research, Cambridge/MA 1993.
- Bundesagentur für Außenwirtschaft, Wirtschaftsführer Rumänien, Köln 2005; *zitiert als: bfai, Wirtschaftsführer.*
- Capital magazine, 72, 386, 18.5.2000.
- Centre for International Cooperation and Development (CICD), Investment climate and support for FDIs in the Balkan region. Risks and opportunities of South-Eastern Europe, Novo Gorica 2006; *zitiert als: CICD, Climate.*
- Cluse, Reinhard, Ausländische Direktinvestitionen in den Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas. Ansätze zur Verbesserung der Standortqualität, Freiburg 1999; *zitiert als: Cluse, ADI.*

- Cohen, Benjamin J., Foreign Investment by United States Corporations as a Way of Reducing Risk, Discussion Paper No. 151, Economic Growth Center, New Haven/CT 1972.
- Deloitte, Romania - Economic Overview, in: RBD, S.29-34.
- Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer, Investitionsanreize in Rumänien, Bukarest 2005; *zitiert als: AHK, Investitionsanreize.*
- Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer, Konjunkturbericht Rumänien 2006, Bukarest 2006; *zitiert als: AHK, Konjunkturbericht.*
- Dresdner Bank, Investieren in Mittel- und Osteuropa, 09/2004, *zitiert als: Dresdner Bank, Investieren.*
- Dunning, John H., Trade, Location of Economic Activity and the MNE: A Search for an Eclectic Approach, in: Ohlin, Bertil; Hessleborn, Per Ove; Wijkman, Per Magnus (Hg.), The International Allocation of Economic Activity, London 1977, S. 395-418.
- Dunning, John H., Multinational Enterprises and the Global Economy, Wokingham 1993; *zitiert als: Dunning, Global Economy.*
- EBRD, Country Fact Sheet Romania, London 2006.
- EBRD, EBRD in Romania, in: RBD, S.57-59; *zitiert als: EBRD, RBD.*
- EBRD, Press Release, EBRD issues latest strategy for Romania, 22 February 2006; *zitiert als: EBRD, Latest strategy.*
- EBRD, Strategy for Romania, London 2005; *zitiert als: EBRD, Romania.*
- EBRD, Transition report 2005: Business in transition, [www.ebrd.com/pubs/econo/6520.htm](http://www.ebrd.com/pubs/econo/6520.htm).
- Europäische Kommission, Candidate Countries Economies Quarterly, 1. Quartal 2005; *zitiert als: EU-Kommission, Candidate.*
- Europäische Kommission, DG Trade, EU-Romania bilateral trade and trade with the world, Brüssel 29.04.2005.
- Europäische Kommission, 2004 Regular Report on Romania's Progress towards Accession, Brüssel 06.10.2004.
- Europäische Kommission, May 2006 Monitoring Report Romania, Brüssel 16.05.2006; *zitiert als: EU-Kommission, Monitoring 2006.*
- Europäische Kommission, Regelmäßiger Bericht der Kommission über Rumäniens Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 1998; *zitiert als: EU-Kommission, Monitoring 1998.*
- Europäische Kommission, Rumänien. Umfassender Monitoring-Bericht 2005, Brüssel 25.10.2005; *zitiert als: EU-Kommission, Monitoring 2005.*

- Europäischer Gerichtshof, Sonderbericht Nr. 4/2006 über PHARE-Investitionsprojekte in Bulgarien und Rumänien, Brüssel 27.06.2006; *zitiert als Europäischer Gerichtshof, PHARE.*
- Eurostat, News Release, 79, 15.6.2006.
- Fiesser, Caroline, Die mexikanische Finanzkrise 1994/95 und ihre Auswirkungen auf die Reform des Internationalen Währungsfonds, Hamburg 2004.
- Fischer, Bernhard, Foreign portfolio investment in emerging markets. A panacea for economic development?, HWWA-Report 148, Hamburg 1995.
- Foreign Investors Council, An investment climate for European Union membership, Bukarest 2002; *zitiert als: FIC, Climate 2002.*
- Foreign Investors Council, Immediate measures to increase Foreign Direct Investment in Romania, Bukarest 2005; *zitiert als: FIC, FDI 2005.*
- Gabanyi, Anneli Ute, Rumänien vor dem EU Beitritt, SWP, Berlin 2005; *zitiert als: Gabanyi, Rumänien.*
- Gokkent, Giyas M., Theory of foreign portfolio investment, Miami 1997.
- Görg, Holger, Analysing Foreign Market Entry: The choice between Greenfield investments and Acquisitions, Journal of Economic Studies, 27, 3, 2000, S.165-181.
- Grossman, Gene M.; Helpman, Elhanan, Outsourcing vs. FDI in industry equilibrium, in: Journal of the European Economic Association, 1, 2003, S.317-327.
- Haarmann Hemmelrath, Rumänien: Änderungen und Tendenzen im Bereich des rumänischen Steuerrechts, in: Ost-West-Contact, 10, 2005; *zitiert als: Haarmann Hemmelrath, Steuerrecht.*
- Hartwig, Ines, Die Europapolitik Rumäniens. Entwicklung institutionalisierter Kooperation, Baden-Baden 2001.
- Hauser, Frank, Country risk and Foreign Direct Investment in Transition Countries, München 2005; *zitiert als: Hauser, Country Risk.*
- Helpman, Elhanan, A Simple Theory of Trade with Multinational Corporations, Journal of Political Economy 92, 1984, S.451-471.
- Helpman, Elhanan, Multinational Corporations and Trade Structure, Review of Economic Studies 52, 1995, S.443-58.
- Horn, Gustav; Behncke, Stefanie, Deutschland ist keine Basarökonomie, in: DIW Wochenbericht, 40 2004.
- HVB Bank, Mit Europa wachsen. Investieren in Rumänien und Bulgarien, Duisburg 2006; *zitiert als: HVB, Europa.*
- HVB Bank, Romania. Focus on EU accession, in: RBD, S.17-18; *zitiert als: HVB, Accession.*

- Hymer, Stephen H., The International Operations of National Firms: A Study of Direct Foreign Investment, Cambridge 1976, S.41-46.
- IBRD, Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2005. Ein besseres Investitionsklima für Jeden, Washington 2005.
- International Business Promotion, Romanian Business Digest, Bukarest 2006; *zitiert als: RBD.*
- International Finance Group, Operations Evaluation Group, Evaluation Brief: IFC Operations in Romania, 2005; *zitiert als: IFC, Evaluation.*
- International Intellectual Property Alliance, Special 301: Romania, 2006.
- International Intellectual Property Alliance, Special 301: Poland, 2006.
- International Intellectual Property Alliance, Special 301: Hungary, 2006.
- IWF, Balance of Payments Manual, 5. Auflage, Washington 1993.
- IWF, Country Report Romania. Selected Issues and Appendix, Washington 2001; *zitiert als: IWF, Romania 2001.*
- IWF, Country Report Romania. Selected Issues and Appendix, Washington 2006; *zitiert als: IWF, Romania.*
- IWF, Datenbank, [www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2005/01/data.](http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2005/01/data.); *zitiert als: IWF, Datenbank.*
- IWF, World Economic Outlook, Washington 2006.
- Kokko, Ari, The home country effects of FDI in developed countries, Working Paper 225, EIJS, April 2006.
- Larive, Foreign Direct Investment in Romania, in: RBD, S.43-52; *zitiert als: Larive, Romania.*
- Leiß, Olaf, Rumänien und Bulgarien vor dem EU-Beitritt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 27, 2006, S.6-13; *zitiert als: Leiß, EU-Beitritt.*
- Maniu, Mircea; Kallai, Ella; Popa, Dana, Explaining growth. Country report: Romania (1990-2000), Bukarest 2001; *zitiert als: Maniu, Explaining growth.*
- Markusen, James R.; Maskus, Keith E., General Equilibrium Approaches of the Multinational Firm: A Review of Theory and Evidence, Working Paper 8334, National Bureau of Economic Research, Cambridge/MA 2001; *zitiert als: Markusen, Theory.*
- Menzer, Jörg K., Firmengründung leicht gemacht. Rechtssicherheit durch bestehende Gesetzgebung, in: Ost-West-Contact, 4, 2005; *Menzer, Firmengründung.*
- Menzer, Jörg K., Rumänien: Realität ist besser als der Ruf - Vom Sorgenkind Europas zum Vorreiter, in: Ost-West-Contact, 4, 2006; *zitiert als: Menzer, Sorgenkind.*

- Mihai, Alexandra, Romanian Central Public Administration and the challenges of Europeanisation, SWP Working Paper, Berlin 2005; *zitiert als: Mihai, Administration.*
- Müller, Waldemar, Ausländische Direktinvestitionen in Rumänien. Einfluss auf die Systemtransformation und EU-Integration, Nürnberg 2005; *zitiert als: Müller, Rumänien.*
- National Bank of Romania, Annual Report 2001, Bukarest 2002; *zitiert als: NBR, AR 2001.*
- National Bank of Romania, Foreign Direct Investment in Romania, Bukarest 2005; *zitiert als: NBR, FDI.*
- National Bank of Romania, Macroeconomic Statistics, in: RBD, S.270-286; *zitiert als: NBR, RBD.*
- National Bank of Romania, Romania. Economic update, banking system and investment climate, Bukarest 2003.
- National Institute of Statistics, Justice and infringemental situation, 2004, [http://www.insse.ro/anuar\\_2004/zip\\_e2004/chap19-justice.pdf](http://www.insse.ro/anuar_2004/zip_e2004/chap19-justice.pdf).
- National Institute of Statistics, Statistical Indicators, in: RBD, S.264-269; *zitiert als: INSSE, Indicators.*
- National Trade Register, Proceedings in the Central Trade Register, Bukarest 2003.
- Neuhaus, Marco, Direktinvestitionen: Der Wachstumsmotor in Mittel- und Osteuropa, in: Deutsche Bank Research, EU-Monitor, 24.6.2005; *zitiert als: Neuhaus, Direktinvestitionen.*
- Nicoletti, Giuseppe; Golub, Stephen S.; Hajkova, Dana u. a., The influence of policies on trade and foreign direct investment, in: OECD Economic Studies, 36, 2003, S.7-83.
- Nitsch, Volker; Sturm, Daniel M., The Trade Liberalization Effects of Regional Trade Agreements, Conference Paper, 7th Annual Conference on Global Economic Analysis, Washington DC 2004, S.1-33.
- Obradovic, Tamara, Vize-Außenministerin Kroatiens, Gespräch in Zagreb am 27.6.2006.
- OECD, Benchmark Definition of Foreign Direct Investment, 3. Auflage, Paris 1995.
- OECD, Country Fact Sheet Romania, Paris 2005; *zitiert als: OECD, Fact Sheet.*
- OECD, Investment Policy Reviews Romania, Paris 2005; *zitiert als: OECD, Policy.*
- OECD, Progress in Investment Reform for Romania. Investment Reform Index, Bukarest 2006; *zitiert als: OECD, Progress.*

- OECD, Tax policy assessment and design in support of direct investment. A study of countries in South East Europe, Paris 2003; *zitiert als: OECD, Tax policy.*
- Oficiul National Al Registrului Comertului, Societati Comerciale Cu Participare Straina La Capital, Sinteza Statistica, Bukarest 2006; *zitiert als: Registrului Comertului, Statistica.*
- PI Partners, Legal considerations for foreign investors, in: RBD, S.53-56; *zitiert als: PI Partners, Legal considerations.*
- Rabobank, Country Report Romania, Bukarest 2006; *zitiert als: Rabobank, Romania.*
- Romanian Agency for Foreign Investment, Investment Climate in Romania. Investment benefits, Berlin, Juni 2005; *zitiert als: ARIS, Benefits.*
- Sanader, Ivo, Rede vor der Vertretung der EU-Kommission in Berlin, 13.06.2006; *zitiert als: Sanader, EU-Kommission.*
- Scheele, Jonathan, Interview, in: Ziua, 5.5.2004.
- Sinn, Hans-Werner, Die Basar-Ökonomie. Deutschland: Exportweltmeister oder Schlusslicht?, Berlin 2005.
- Stalfort, Gisbert, Bodenerwerb nur für Gesellschafter. Besonderheiten des rumänischen Immobilienrechts, in: Ost-West-Contact, 4, 2005; *zitiert als: Stalfort, Immobilienrecht.*
- The Economist Intelligence Unit, EIU Country Profile. Romania, EIU, London, Collection 1991-2000.
- The Economist Intelligence Unit, Romania outlook for 2006-07, in: RBD, S.37-39; *zitiert als: EIU, Outlook.*
- Transparency CPI, 1998-2005, [www.transparency.org](http://www.transparency.org).
- Treaty Concerning the Accession of the Republic of Bulgaria and Romania to the European Union, Luxemburg, 25.4.2005; *zitiert als: Accession Treaty.*
- UNCTAD, Country Profile Romania, New York/ Genf 2002; *zitiert als: UNCTAD, Profile.*
- UNCTAD, FDI database, [www.unctad.org/Templates/Page.asp?intItemID=-1923&lang=1](http://www.unctad.org/Templates/Page.asp?intItemID=-1923&lang=1); *zitiert als: UNCTAD, Database.*
- UNCTAD, World Investment Directory, Volume VIII. Central and Eastern Europe 2003, New York/ Genf 2003; *zitiert als: UNCTAD, Investment Directory.*
- UNCTAD, World Investment Report 1996, Investment, Trade and International Policy Arrangements, New York/ Genf 1996.
- UNCTAD, World Investment Report 2002, Transnational Corporations and export Competitiveness, New York/ Genf 2002.

- UNCTAD, World Investment Report 2005, Transnational Corporations and the Internationalization of R&D, New York/ Genf 2005; *zitiert als: UNCTAD, WIR 2005.*
- Uvalic, Milica, Regional Cooperation in Southeastern Europe, in: Southeast Europe and Black Sea Studies, 1, 1, 2000, S.1-27.
- Voinea, Liviu, Revisiting FDI Patterns in Transition. The case of Romania, EACES Conference Paper, 2002, S.1-11.
- Walther, Mathias H., IBD/WBF-Wirtschaftsumfrage 05/06: Stimmungshoch bei Unternehmen. Nur wenige Wermutstropfen trüben das Investitionsklima, in: Ost-West-Contact, 4, 2006; *zitiert als: Walther, Wirtschaftsumfrage.*
- Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Datenbank über ausländische Direktinvestitionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, 1.6.2006, S.1-4; *zitiert als: WIIW, Datenbank.*
- World Bank, Anticorruption in transition 3. Who is succeeding and why?, Washington 2006; *zitiert als: World Bank, Anticorruption.*
- World Bank, World Bank and Romania, in: RBD, S.62-63.
- World Trade Organization, World Trade Statistics 2005, Washington 2006.
- Wullenkord, Axel, Entwicklungen und Perspektiven im Outsourcing, in: Ders. (Hg.), Praxishandbuch Outsourcing. Strategisches Potenzial, aktuelle Entwicklung, effiziente Unterstützung, München 2005, S.3-12.